

VOIT

**Wien ist leiwand,
aber**

Wahlprogramm 2025

160 Forderungen für Wien

FUTURE  MADE IN EUROPE

Vorwort

Liebe Europäerinnen und Europäer,

Unser Wahlprogramm für die **Wien Wahl 2025** ist Ausdruck unserer gemeinsamen Vision, unsere lebenswerte Stadt demokratischer, sozialer und ökologischer zu gestalten. Es ist das Ergebnis eines intensiven und engagierten Prozesses, der unter hohem Zeitdruck von ehrenamtlichen Europäer*innen durchgeführt wurde. Das Programm erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder absolute Kohärenz. Stattdessen spiegelt es die Vielfalt der Perspektiven und Ideen wider, die unsere Bewegung ausmachen und die uns alle zusammenbringen.

Unser Ansatz basiert auf evidenzbasierten Lösungen und Best Practices aus anderen europäischen Städten. Wir glauben, dass wir durch den Blick über den Tellerrand innovative und pragmatische Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit finden können. Deshalb haben wir uns in diesem Programm bewusst für Beispiele entschieden, die zeigen, wie integrale Politik funktionieren kann - eine Politik, die Menschen zusammenbringt und unterschiedliche Perspektiven vereint.

Stil und Struktur dieses Programms sind so vielfältig wie die Menschen, die an seiner Entstehung mitgewirkt haben. Es basiert zu einem großen Teil auf unserem Wahlprogramm 2020, da viele unserer damaligen Forderungen von der Stadt Wien bis heute nicht umgesetzt wurden. Gleichzeitig ist es eng mit unserem Europawahlprogramm abgestimmt - weitere Informationen können dort nachgelesen werden.

Applaus, Applaus für unser geniales Volunteer-Team!

Wie wir mit vereinten Kräften die Welt ein bisschen besser machen: Ohne diese unglaublichen Menschen wäre unser Wahlprogramm nur ein Haufen leerer Seiten geblieben:

Erich Adam, Karoline Adam, Manuel Dominikus, Roland Faltejsek, Konstantin Frangenheim, Sascha Neurohr, Oliver Marohn, Antonia Meyer, Moritz Reinthaler, Klaus Schulte, Johannes Seichter, Ricardo Winter und Andreas Wollstein

Wichtig: Unser Wahlprogramm ist kein heiliges Buch, sondern ein lebendiges Dokument. Wir sind offen für eure Ideen und Anregungen. Denn nur gemeinsam können wir Wien zu einer noch besseren Stadt machen!

Wir laden Sie ein, unser Programm zu lesen und sich inspirieren zu lassen.

Bei Fragen oder Anregungen stehen wir Ihnen jederzeit unter der angegebenen E-Mail-Adresse policy@voltoesterreich.org zur Verfügung. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, Wien noch lebenswerter zu machen!

Viel Freude beim Lesen!

Ina Dimitrieva

Policy Lead Volt Wien

Vorwort	1
Europa ist unser Zuhause – Wien mit Weitblick gestalten	7
I. Demokratie stärken	8
1. Wahlrecht für alle ab 16 Jahren.....	9
2. Erleichterung des Zugangs in die Politik.....	9
3. Bürger*innen-Räten als verbindliches Gremium im Gemeinderat.....	9
4. Unabhängige Kontrollstelle für Nebeneinkünfte der Abgeordnete.....	10
5. Online-Zugang zu allen Sitzungen politischer Gremien.....	11
6. Bürgerbudgets in allen Wiener Bezirken und auf Landesebene.....	11
7. Förderung der Vielfalt in der politischen Vertretung.....	11
8. Quotenregelungen für Menschen mit Behinderungen	12
9. Förderung des European Accessibility Act.....	12
10. Barrierefreiheit in der politischen Bildung	13
11. Leichte Sprache als Zulassungskriterium für Parteien	13
12. Ernennung einer Begleitperson.....	13
13. Wien als Vorreiterin digitaler Demokratie bis 2030.....	13
14. Zentrale digitale Bürgerbeteiligungsplattform.....	13
15. Einführung von KI-gestützten Chatbots	13
16. Entwicklung einer Wiener Bürgerbeteiligungs-App	14
17. Förderung hybrider Bürgerdialoge	14
18. Der Wiener KI-Kompass für transparente Entscheidungsprozesse	14
19. Bekämpfung von Desinformation durch offizielle digitale Kanäle	14
20. Nutzung von Open Data zur Förderung der kollektiven Intelligenz.....	15
21. Einführung eines digitalen Wiener Bürger*Innen-rates.....	15
22. Wirkungsmessung und Anpassung politischer Vorhaben.....	15
II. Regenerative Wirtschaft fördern.....	17
23. Digitale Verwaltungsprozesse und „One-Stop-Shop“ für Gründungen.....	18
24. „Innovationsfonds Wien“ zur Förderung grüner und sozialer Geschäftsmodelle	18
25. Aufbau eines Netzwerks von Co-Working-Spaces und Innovationszentren.....	18
26. Programm zur Anwerbung internationaler Talente für die nachhaltige Wirtschaft... 18	
27. Nachhaltigkeitsstandards für Unternehmen mit öffentlichen Aufträgen	18
28. Wiener Zukunftsrat zur Förderung einer regenerativen Wirtschaft.....	18
29. Start-ups: Schneller gründen durch den Abbau von Hürden	19
30. Umfassendes Zero-Waste-Programm für Wien	20

32. Städtisches Programm für Urban Mining.....	20
33. Kreislaufwirtschaftsprojekte im Bauwesen.....	20
34. Verpflichtende Nachhaltigkeitsstandards für öffentliche Beschaffung	21
35. Lebensmittelabfall- Vermeidungsprogramm.....	21
36. Mehrwegsystem für Verpackungen.....	21
37. Umfassende Bildungsinitiative zur Kreislaufwirtschaft	21
38. Elternschutz für Selbständige.....	21
39. Reform des Wiener Elterngeldes und Förderung von Teilzeitmodellen.....	22
40. Vaterschaftsurlaub und Mindest-Elternzeit.....	22
41. Unterstützung für Alleinerziehende.....	22
42. Schließung des Gender Pay Gaps und Sicherstellung gerechter Bezahlung	22
43. Steuerliche Anreize für betriebliche Kinderbetreuung.....	22
44. Verbindliche Frauenquoten und Förderprogramme für Frauen.....	22
45. Reform der Ausgleichsabgabe für Menschen mit Behinderungen	23
46. Förderung von weiteren Arbeitsplätzen.....	23
47. Abschaffung der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen	23
48. Förderung von anonymisierten Bewerbungsverfahren	24
49. Abschaffung diskriminierender Vormundschaften.....	24
50. Flexible Arbeitszeitmodelle	25
51. Homeoffice und ortsunabhängiges Arbeiten zur Reduktion von Emissionen	25
52. Recht auf Nichterreichbarkeit zur Förderung mentaler Gesundheit.....	25
53. Weiterbildung für grüne Kompetenzen und digitale Fähigkeiten	26
54. Arbeitszeitregelungen für eine regenerative Wirtschaft	26
55. Arbeitsmodelle mit Fokus auf regenerative Tätigkeiten.....	26
56. Unterstützung gesunder Lebensweisen durch flexible Arbeitsmodelle.....	26
57. Nachhaltige Arbeitsplatzgestaltung.....	26
58. Grenzüberschreitender Wirtschaftsraum	27
III. Mobilität und Klima neu gestalten.....	28
59. Autofreies Wien innerhalb des Rings.....	30
60. Einführung einer Umweltzone mit City-Maut innerhalb des Wiener Gürtels.....	30
61. Ausbau der Park-and-Ride- Kapazitäten am Stadtrand	31
62. Umfassender Ausbau des Carsharing-Angebots	31
63. Werbekampagne zur Förderung klimafreundlicher Mobilität	31
64. Flächendeckende Einführung von Fahrradstraßen	31

65. Grundlegende Verbesserung der Qualität des Radverkehrsnetzes.....	31
66. Öffnung aller Einbahnstraßen für den Radverkehr	32
67. Schutz vor Fahrraddiebstahl durch innovative Lösungen wie Fahrradboxen.....	32
68. Ausbau des City-Bike-Netzes in den äußeren Bezirken.....	32
69. Einrichtung von Grünstraßen zur Schaffung neuer Grünflächen.....	32
70. Ausweitung des Straßenbegleitgrüns zur Verbesserung des Mikroklimas	33
71. Endgültige Absage des Lobau-Autobahnprojekts.....	33
72. Förderung von Güterverkehr auf der Schiene.....	33
73. Gesetzliche Anpassungen für nachhaltigen Straßenbau	33
74. Einsatz klimafreundlicher Materialien bei Straßenbelägen	34
75. Ausbau taktiler Leitsysteme und Orientierungshilfen	34
76. Barrierefreie öffentliche Verkehrsinfrastruktur	34
77. Förderung barrierefreier Umbauten.....	34
78. Sensibilisierung durch Öffentlichkeitskampagnen	35
79. Begrünung von Fassaden und Dächern.....	35
80. Klimafreundliches Bauen und Heizen.....	35
81. Förderung privater Innenhofbegrünungen zur Steigerung der Biodiversität.....	35
82. Umgestaltung und Renaturierung des Wienflusses	36
83. Integration des Schwammstadt-Konzepts in alle Begrünungsmaßnahmen.....	36
84. Förderung erneuerbarer Energien durch lokale Projekte	36
85. Verbesserung des Wassermanagements & Hochwasserschutz.....	36
86. Klimaanpassung und Hitzeschutz.....	37
87. Ausbau des Monitoring der Wiener Wasserqualität	37
88. Ausbau des Monitoring der Luftqualität.....	38
89. Maßnahmen zur Prävention psychischer Gesundheitsrisiken durch Hitze	38
90. Inklusiver Katastrophenvorsorge und Evakuierungs-pläne	38
91. Klimaschutzmaßnahmen inklusiv gestalten	38
92. Inklusiver Schutz vor gesundheitlichen Folgen des Klimawandels	39
93. Datenbasierte Planung und Forschung.....	39
IV. Vielfalt und eine offene Gesellschaft fördern.....	40
94. Integration ab Tag 1 ermöglichen.....	42
95. Anerkennung ausländischer Abschlüsse erleichtern	42
96. Begegnung und Dialog fördern.....	42
97. Diversitätsorientierte Stadtverwaltung stärken	42

98. Bildung als Schlüssel zur Integration priorisieren	42
99. Partizipation von Migrant*innen fördern	43
100. Anerkennung klima- und umweltbedingter Fluchtgründe	43
101. Chancenjahr für Menschen mit abgelehntem Asylantrag	43
102. Verpflichtende antirassistischer Bildungsmodule	43
103. Maßnahmen gegen Diskriminierung in Institutionen.....	44
104. Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt.....	44
105. Schutz vulnerabler Gruppen, wie Obdachlosen, Roma und LGBTQ+.....	44
106. Kampf gegen Diskriminierung und Extremismus.....	45
107. Barrierefreiheit in Kultur und Sport	45
108. Abschaffung des Behördengangs bei der MA 35 für EU-Bürger*innen	45
109. Schriftliche Kommunikation mit Behörden auf Englisch	45
110. Modernisierung des StbG und Erleichterung der Einbürgerung	45
V. Soziale Verantwortung übernehmen.....	48
111. Wohnen als Grundrecht	50
112. Effizientes Housing- First-Programm zur Abschaffung der Obdachlosigkeit	50
113. Einführung einer Leerstandsabgabe in Wien.....	51
114. Langfristiger Schutz der Gesundheit.....	52
115. Förderung ambulanter Betreuung für Menschen mit Behinderung.....	52
116. Zugängliche psychotherapeutische Hilfen	52
117. Psychische Gesundheitsprävention im Beruf stärken	53
118. Frühe Prävention und Resilienzförderung für Familien und Jugendliche	54
119. Niederschwellige Gesundheitsversorgung.....	54
120. Hilfe statt Strafe: Für eine progressive Drogenpolitik.....	55
121. Gewaltschutz von Menschen mit Behinderungen - Zielsetzung bis 2030.....	57
122. Gewaltschutz-Netzwerks für Menschen mit Behinderungen	57
123. Barrierefreier Zugang zu allgemeinen Gewaltschutzangeboten	57
124. Spezifische Unterstützung für Frauen mit Behinderungen bei sexueller Gewalt.....	57
125. Prävention von Gewalt in Betreuungseinrichtungen	58
126. Konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention.....	58
127. Ausbau von Frauenhäusern und Schutzunterkünften.....	58
128. Flächendeckendes medizinisches Notdienst für Gewaltopfer	59
129. Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt im digitalen Raum	59
130. Präventionsmaßnahmen mit Fokus auf Bildung und Tatpersonen.....	59

131. Weitreichende Aufklärungskampagnen zur Gewaltprävention	59
132. Sicherheit auf der Straße.....	59
133. Schließung des Gender Health Gaps.....	60
134. Regelmäßige Schulungen zu Gender Medicine für medizinisches Personal	60
135. Integration von Gender Studies in Schulen und Ausbildungsprogrammen.....	60
136. Präventive Gesundheitsmaßnahmen für Frauen.....	60
137. Gendersensible Kriterien für digitale Gesundheitsanwendungen	60
138. Körperliche Autonomie und reproduktive Rechte.....	61
139. Barrierefreier Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen.....	61
140. Bildungs- und Aufklärungsprogramme zur Förderung der Körperautonomie	61
141. Sicherstellung des Zugangs zu Sterilisationen	61
VI. Tierwelt schützen	62
142. Schutz und Abschaffung der Fiakerpferde in der Stadt.....	63
143. Förderung von Veganer Ernährung	63
144. Heimtierhandel kontrollieren	64
145. Ausbau der Wildtierpflege in Wien.....	64
146. Bildungsoffensive für Tierschutz	64
VII. Bildung erneuern	65
147. Mehr Personal für eine bessere Bildung.....	67
148. Individuelle Lernwege: Stärkenorientierte Förderung für jedes Kind.....	67
149. Jahrgangsübergreifendes Lernen statt Jahrgangsklassen: Gemeinsam wachsen statt starrer Altersgrenzen	67
150. Lehrer*innen als Lernbegleiter*innen	67
151. Ganzheitliche Leistungs-erfassung: Von Noten zu individuellen Lernprozessen	68
153. Effektive Bildung: Kürzere, fokussierte Unterrichtszeiten	68
153. Schule als Lebensort.....	68
154. Diversitätsbewusste und diskriminierungskritische Bildung auf allen Ebenen	70
155. Veränderung als Chance	70
156. Klare Regeln statt Ablenkung: Handyverbot an Schulen & digitale Grundbildung ...	70
157. Bekämpfung von Mobbing und Gewalt gegen Schüler*innen und Studierende	71
158. Inklusion von Kindern mit Behinderungen	71
159. Bildung ein Leben lang.....	71
160. Einheitliche und durchgängige bauliche Barrierefreiheit.....	72

Europa ist unser Zuhause – Wien mit Weitblick gestalten

Unsere Stadt steht vor großen Herausforderungen, doch wir sind überzeugt: Die besten Lösungen entstehen, wenn wir über Grenzen hinweg denken. Wien ist nicht nur Teil Österreichs – **Wien ist eine europäische Metropole**. Als paneuropäische Bewegung bringt Volt Menschen aus ganz Europa zusammen, um innovative, evidenzbasierte und pragmatische Antworten auf die Fragen unserer Zeit zu entwickeln.

Ein Wien, das von den Besten lernt

Viele der Herausforderungen, vor denen wir stehen, wurden in anderen europäischen Städten bereits erfolgreich gemeistert. Volt setzt auf erprobte Best Practices aus ganz Europa und der Welt und passt sie an die spezifischen Bedürfnisse Wiens an. Unser Ziel ist es, eine Stadt zu gestalten, die in Demokratie, Klimaschutz, wirtschaftlicher Innovation und sozialer Gerechtigkeit eine Vorreiterrolle übernimmt.

Politik, die Menschen einbindet

Wir stehen für eine Politik, die transparent, inklusiv und digital fortschrittlich ist. Demokratie lebt vom Mitmachen – deshalb wollen wir den Wiener*innen mehr Mitsprache ermöglichen. Von digitalen Beteiligungsplattformen bis hin zu Bürgerinnen-Räten: Wir setzen uns für eine Stadt ein, in der jede Stimme zählt und politische Entscheidungen nachvollziehbar sind.

Nachhaltig wirtschaften, zukunftsfähig handeln

Eine Stadt, die floriert, ist eine Stadt, die nachhaltig wirtschaftet. Wir wollen eine regenerative Wirtschaft fördern, die Ressourcen schont, Innovation antreibt und Arbeitsplätze schafft. Wien soll ein europäischer Hotspot für nachhaltige Unternehmen und Start-ups werden – mit fairen Arbeitsbedingungen und einer starken sozialen Absicherung.

Mobilität und Klimaschutz neu denken

Eine lebenswerte Stadt braucht zukunftsfähige Mobilität. Wir setzen uns für eine klimafreundliche Verkehrswende ein: mehr Platz für Rad- und Fußverkehr, ein leistungsfähiger öffentlicher Nahverkehr und innovative Lösungen für den städtischen Güterverkehr. Wir wollen Wien krisensicher und klimaresilient machen – mit smartem Wassermanagement, grüner Architektur und einem konsequenten Umweltschutz.

Vielfalt als Stärke

Wien ist eine Stadt der Vielfalt – und genau das macht sie stark. Wir setzen uns für eine offene Gesellschaft ein, in der alle Menschen gleiche Chancen haben, unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sozialem Status. Bildung, Integration und Teilhabe sind der Schlüssel zu einem gerechten Wien.

Ein Plan für die Zukunft – und ein Plan zum Mitmachen

Dieses Programm ist nicht nur eine Sammlung von Ideen, sondern ein Angebot zum Mitgestalten. Gemeinsam mit den Wiener*innen wollen wir die Stadt in eine mutige, innovative und gerechte Zukunft führen.

Volt – weil Wien europäisch denken muss.

I. Demokratie stärken

Aktuelle Probleme

In Wien wächst das Demokratiedefizit, da immer mehr Menschen in der Stadt leben, aber die Zahl der wahlberechtigten Bürgerinnen schrumpft. Rund 33% der Wiener*innen im wahlfähigen Alter sind auf Gemeindeebene nicht wahlberechtigt. Dies betrifft insbesondere 14%t EU-Bürger*innen, die nur eingeschränkte Wahlrechte haben, sowie 19% Drittstaatsangehörige, denen jegliches Mitspracherecht verwehrt bleibt. Insgesamt dürfen 560.000 Menschen weder an Volksbefragungen noch an Volksabstimmungen teilnehmen. Grund dafür ist, dass das Wahlrecht an die österreichische Staatsbürgerschaft gebunden ist, die aufgrund restriktiver Einbürgerungsgesetze und hoher finanzieller Hürden für viele unerreikbaar bleibt. Dadurch sind 18% der Erwerbstätigen in Österreich, darunter ein großer Teil schlechter bezahlter Arbeitskräfte, von politischer Mitbestimmung ausgeschlossen. Obwohl die Mehrheit der Wienerinnen eine raschere und einfachere Einbürgerung unterstützt, fehlen entsprechende Reformen auf Bundesebene, um die demokratische Teilhabe auch in anderen Städten und Regionen zu verbessern. Volt setzt sich hierfür in Wien und auf allen Ebenen ein.

Unsere Vision

Unsere Demokratie muss mit der Zeit gehen – sie muss inklusiver, transparenter und zugänglicher werden. Volt setzt sich für eine Politik ein, die alle Menschen einbindet, die hier leben, arbeiten und Teil unserer Gesellschaft sind. Ein zentraler Baustein dafür ist das Wahlrecht: Demokratie kann nur funktionieren, wenn alle, die von politischen Entscheidungen betroffen sind, auch mitbestimmen dürfen. In Wien und in ganz Europa wollen wir das Wahlrecht modernisieren und von der Staatsbürgerschaft entkoppeln. Unser Ziel ist ein einheitliches europäisches Wahlrecht, das allen Bürger*innen der EU ermöglicht, überall in Europa, wo sie ihren Hauptwohnsitz haben, an allen Wahlen teilzunehmen. Gleichzeitig fordern wir das allgemeine Wahlrecht für Drittstaatsangehörige, die ihren Lebensmittelpunkt in einem europäischen Land haben. Wer hier lebt, arbeitet und Steuern zahlt, soll auch mitbestimmen können. Neben einer Reform des Wahlrechts braucht es neue, innovative Formen der Bürger*innenbeteiligung. Direkte Demokratie darf nicht an hohen Hürden scheitern, sondern muss mit klaren Verfahren und digitaler Unterstützung gestärkt werden. Wir setzen uns für Bürger*innen-Räte mit Initiativrecht ein, für digitale Beteiligungsplattformen, die Menschen aktiv in die Gesetzgebung einbinden, und für mehr Transparenz in politischen Prozessen. Alle Sitzungen der Stadt- und Bezirksparlamente sollen live übertragen werden, um politische Entscheidungen nachvollziehbarer zu machen. Unser Ziel ist es, bis 2030 Wien und Europa zu Vorreitern einer modernen, digitalen und offenen Demokratie zu machen. Das bedeutet auch, politische Integrität konsequent zu stärken: mit klaren Regeln für Nebeneinkünfte, einem Lobbyregister, das echte Transparenz schafft, und wirksamen Maßnahmen gegen Desinformation. Demokratie darf nicht nur alle paar Jahre an der Wahlurne stattfinden – sie muss ein lebendiger, kontinuierlicher Prozess sein, an dem alle mitwirken können. Eine gerechte Demokratie ist eine inklusive Demokratie. Wenn wir Europa wirklich vereinen wollen, müssen wir dafür sorgen, dass alle Menschen mitentscheiden können. Volt kämpft für ein Wahlrecht, das die Realität unseres Zusammenlebens widerspiegelt – in Wien, in Österreich und in ganz Europa.

1. Wahlrecht für alle ab 16 Jahren

Volt setzt sich für ein inklusives und gerechtes Wahlrecht ein, das allen Menschen, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, eine politische Stimme gibt. Wir fordern die Einführung des Wahlrechts ab 16 Jahren für alle Personen mit Wohnsitz in Wien. Dieses Recht soll auf Gemeinde-rats- und Bezirksebene gelten und somit die demokratische Teilhabe aller in Wien lebenden Menschen fördern.

Durch diese Maßnahme wollen wir die Integration und Mitbestimmung in unserer Gesellschaft stärken, die Vielfalt und die Rechte aller Einwohner respektieren und ein zukunftsorientiertes, gerechtes politisches System schaffen. Natürlich ist dafür eine Anstrengung an allen erforderlichen legislativen Ebenen nötig und wir beginnen unseren Weg in Wien.

2. Erleichterung des Zugangs in die Politik

Volt setzt sich dafür ein, die Zugangsvoraussetzungen für neue politische Organisationen zu vereinfachen und zu modernisieren. Wir fordern, dass digitale Möglichkeiten konsequent genutzt werden, um die Unterstützung neuer politischer Gruppierungen zu erleichtern sowie Barrierefreiheit auf allen politischen Ebenen zu gewährleisten – sei es auf Gemeinde-, Landes- oder Bundesebene. Insbesondere sollen die Unterstützungserklärungen auch digital ermöglicht werden, wie es der Fall für Volksbegehren und Petitionen ist. Wir fordern ebenfalls eine Abschaffung der geltenden 4%-Hürde für Landtags- und Gemeinderatswahlen in Wien. Darüber hinaus soll eine **Ersatz-Zweitstimme** eingeführt werden.

Durch diese Reformen möchten wir die politische Vielfalt fördern, die demokratische Teilhabe erweitern und sicherstellen,

dass innovative politische Ideen und Bewegungen eine faire Chance erhalten, sich in der politischen Landschaft Österreichs zu etablieren.

Bei jeder Wahl verfallen zahlreiche Stimmen, weil Menschen sich für Parteien entscheiden, die die in der Sperrklausel vorgeschriebene „Vier-Prozent-Hürde“ nicht erreichen. Die Abschaffung der Sperrklausel und die Einführung der Ersatz-Stimme ermöglichen den Kleinparteien eine bessere Beteiligung an der parlamentarischen Demokratie.

3. Bürger*innen-Räten als verbindliches Gremium im Gemeinderat

Die Demokratie in Wien und Österreich steht vor großen Herausforderungen. Viele Menschen fühlen sich von der Politik nicht repräsentiert oder ausgeschlossen. Um die demokratische Teilhabe zu stärken und Bürgerinnen in Entscheidungsprozesse einzubinden, fordern wir die Einführung von Bürger*innen-Räten als verbindliches Gremium im Gemeinderat. Bürger*innen-Räte schaffen eine Brücke zwischen der Bevölkerung und politischen Entscheidungsträger*innen, indem sie die Perspektiven und Bedürfnisse der Menschen direkt einbeziehen.

In jeder Gemeinderatssitzung soll ein Bürger*innen-Rat unterstützen und mit Initiativrecht teilnehmen. Der Rat setzt sich aus zufällig ausgelosten Bürger*innen zusammen, welche die Vielfalt der Wiener Bevölkerung abbilden, wie z.B. Geschlecht, Alter, Herkunft, Beruf und vieles mehr. Bürger*innen-Räte erhalten das Recht, eigene Vorschläge und Empfehlungen direkt in den Gemeinderat einzubringen. Diese Vorschläge müssen im Gemeinderat debattiert und öffentlich begründet entschieden werden. Bürger*innen-Räte werden mindestens viermal pro Jahr einberufen und zu aktuellen Themen, wie z.

B. Klima, Stadtentwicklung, und soziale Gerechtigkeit konsultiert. Die Sitzungen werden dokumentiert und die Ergebnisse öffentlich gemacht. Themen von besonders hoher Relevanz für die Bevölkerung, wie z. B. Wohnpolitik, Verkehr und Bildung werden priorisiert. Bürger*innen erhalten Zugang zu Expert*innen und Daten, um fundierte Entscheidungen treffen zu können. Start mit einem zweijährigen Pilotprojekt in ausgewählten Wiener Bezirken, gefolgt von einer Ausweitung auf die gesamte Stadt, wenn sich der Ansatz bewährt.

Ein institutionalisiertes Zukunftsgremium wie ein "Zukunftsrat" für Wien, das dauerhaft tagt, soll als Plattform für den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren dienen. Es basiert auf dem Modell eines „Runden Tisches“ und setzt sich aus politischen Vertreterinnen der Gemeinderegierung und der Bezirke, zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Bürgerinitiativen, Vereinen und NGOs, Vertreter*innen von Wirtschafts- und Arbeitnehmerverbänden sowie zufällig ausgewählten Bürger*innen, darunter auch aus marginalisierten Gruppen, zusammen. Ziel ist es, gemeinsam Lösungen für aktuelle und zukünftige Herausforderungen zu erarbeiten und dabei alle relevanten Perspektiven einzubeziehen.

Best Practice

Vorarlberg ist bei dieser neuen Form der Zusammenarbeit zwischen Bevölkerung und Politik ein Vorreiter, insbesondere auch darin, dass die Beteiligung durch Bürger*Innenräte in der Landesverfassung verankert wurde. In Berlin wurde ein Klimabürger*innenrat einberufen, der Empfehlungen für die zukünftige Klimapolitik der Stadt erarbeitete. Die Teilnehmenden, unterstützt von unabhängigen Wissenschaftler*innen, diskutierten Maß-

nahmen in den Bereichen Verkehr, Gebäude & Wärme und Energie. Die erarbeiteten Empfehlungen wurden dem Senat und dem Abgeordnetenhaus vorgelegt und dort beraten. In Aachen tagt ein ständiger Bürger*innen-Rat, der aus zufällig ausgewählten Bürger*innen besteht und über vom Bürgerausschuss vorgeschlagene Themen berät. In Konstanz wird gerade eine Testphase für die Einführung von Bürger*innen-Räte durchgeführt.

4. Unabhängige Kontrollstelle für Nebeneinkünfte der Abgeordnete

Wir fordern die Schaffung einer unabhängigen Ethikkommission zur Überprüfung der Nebeneinkünfte und potenziellen Interessenkonflikte von Abgeordneten. Die Kommission erhält Einsicht in die relevanten finanziellen Unterlagen der Abgeordneten, ohne dass diese öffentlich gemacht werden müssen. Regelmäßige Prüfungen und Berichterstattung über die Angemessenheit der Einkommen und Nebentätigkeiten. Diese Kommission könnte speziell für die Überprüfung der Einhaltung von Transparenz- und Interessenkonflikt-Regelungen zuständig sein. Durch die Einführung von Sanktionen bei unvollständigen oder falschen Angaben, hat die Ethikkommission die Möglichkeit, bei Verstößen Empfehlungen auszusprechen oder Strafen zu verhängen.

Die Kontrolle über die privaten Steuererklärungen könnte das Vertrauen der Bürger*innen in der Politik stärken. Aktuell müssen Abgeordnete in Wien ihre Nebeneinkünfte nur in Einkommenskategorien melden. Obwohl Nebentätigkeiten gemeldet werden müssen, gibt es derzeit keine umfassende Kontrolle oder Sanktionen bei unvollständigen Angaben. Die Offenlegung der Steuererklärung könnte diese Lücke schließen und eine unabhängige Überprüfung ermöglichen.

Best Practice

Großbritannien geht bei Transparenzpflichten weiter, indem sie detaillierte Angaben zu Nebeneinkünften, Aktienbesitz oder Grundbesitz verlangt.

5. Online-Zugang zu allen Sitzungen politischer Gremien

Die stimmberechtigte Anwesenheitsfähigkeit von Abgeordneten durch Online-Tools muss gewährleistet werden. Darüber hinaus muss der Bevölkerung eine digitale Teilnahme an parlamentarischen Sitzungen ermöglicht werden.

Der Wiener Gemeinderat bietet bereits Live-Streams seiner Sitzungen an, die es der Öffentlichkeit ermöglichen, Debatten online zu verfolgen. Bürger*innen können auch physisch an Sitzungen teilnehmen, etwa über die Besucherinnen-Galerie. Virtuelle Sitzungen für politische Gremien wurden während der COVID-19-Pandemie als notwendige Maßnahme eingeführt und haben gezeigt, dass sie technisch machbar und effizient sind.

Die Online-Teilnahme an Sitzungen erlaubt Abgeordneten die bessere Vereinbarung von Familie, Beruf und Mandat. Sie ermöglicht somit neuen Bevölkerungsgruppen die Wahrnehmung von Mandaten und stärkt das parlamentarische System in Krisenzeiten wie Pandemien oder Naturkatastrophen. Durch Online-Übertragung von Sitzungen ist außerdem direkte und unmittelbare Kontrolle der Debatten möglich.

Best Practice

Seit Januar 2021 werden in **Bamberg** als Beispiel einiger deutscher Kommunen die Stadtratssitzungen in hybrider Form erfolgreich abgehalten und übertragen. In **Großbritannien** ermöglicht das Parlament hybride Sitzungen mit physischer und virtueller Teilnahme.

6. Bürgerbudgets in allen Wiener Bezirken und auf Landesebene

Wir fordern die flächendeckende Einführung von Bürger*innen Budgets, bei denen ein fixer Anteil des Wiener Landeshaushalts sowie der Bezirksbudgets für Projekte reserviert wird, die von Bürger*innen vorgeschlagen und durch sie abgestimmt werden. Die Menschen vor Ort wissen am besten, was sie lokal brauchen und umsetzen wollen. Bürger*innen Budgets sind ein starkes Werkzeug, um mehr politische Ermächtigung und Beteiligung auch außerhalb von Wahlen zu erreichen.

Dieses Modell soll in allen 23 Bezirken Wiens umgesetzt werden und zusätzlich auf Gemeindeebene für stadtweite Projekte Anwendung finden. Jeder Bezirk soll jährlich einen festen Prozentsatz seines Budgets (z. B. 5–10 %) als Bürgerbudget bereitstellen. In kleineren Bezirken könnte dies zwischen 500.000 und 1 Million Euro betragen. Angesichts des Defizits im Doppelbudget (3,8 Milliarden Euro für 2024) könnten kleinere Beträge für den Start festgelegt werden (z. B. Pilotprojekte mit 1 % des Budgets pro Bezirk).

Best Practice

In einigen **polnischen Städten** wurden solche Budgets von der Bevölkerung so gut angenommen, dass das Konzept von vielen weiteren Städten übernommen wurde. Mittlerweile wurde es auch in einigen deutschen Städten bereits umgesetzt, wie z.B. in München durch Volt.

7. Förderung der Vielfalt in der politischen Vertretung

Volt will ein Maßnahmenpaket für vielfältige politische Vertretung und Teilhabe verabschieden. Darunter fallen unter an-

derem eine verpflichtende Geschlechterquote für obere Listenplätze bei Wahlen nach belgischem Vorbild, regelmäßige Motivationskampagnen für politische Beteiligung, die Förderung leicht zugänglicher Beratungsstellen, die Schaffung eines „Wien ist bunt“-Stipendiums für gesellschaftlich und politisch engagierte Menschen aus unterrepräsentierten Gruppen sowie die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für Drittstaatsangehörige nach schwedischem Vorbild.

Politische Repräsentanz braucht Vorbilder und Anreize. Die Kraft der Vielfalt entfaltet sich erst, wenn unterschiedliche Perspektiven in Parlamenten vertreten sind. Der Wiener Gemeinderat hat mit einem Frauenanteil von 42 % Fortschritte gemacht, jedoch bleibt die Repräsentation anderer Gruppen wie Migrant*innen oder sozial Benachteiligter unzureichend. Daten zur Repräsentanz von Menschen mit Migrationshintergrund oder aus unterrepräsentierten sozialen Gruppen sind begrenzt. Es ist jedoch bekannt, dass politische Partizipation in Wien stark von Einkommen und Bildung abhängt, was Menschen aus ärmeren oder migrantischen Communities benachteiligt.

8. Quotenregelungen für Menschen mit Behinderungen

Die Stadt Wien soll sich aktiv dafür einsetzen, die politische Repräsentation von Menschen mit Behinderungen zu stärken. Um strukturelle Barrieren abzubauen und eine inklusive Demokratie zu fördern, wird geprüft, wie Quotenregelungen für Menschen mit Behinderungen im Gemeinderat und in den Bezirksvertretungen eingeführt werden können. Eine freiwillige Selbstverpflichtung der Parteien in Wien, mindestens 5 % ihrer Listenplätze für Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen mit Menschen mit Behinderungen zu besetzen, ist ein Anfang. Bis 2030 soll

Wien sicherstellen, dass Menschen mit Behinderungen nicht nur als Wähler*innen aktiv sind, sondern auch verstärkt als Abgeordnete im Gemeinderat und in den Bezirksvertretungen vertreten sind. Aktuell sind Menschen mit Behinderungen in politischen Ämtern stark unterrepräsentiert – sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene. Artikel 29 der UN-BRK verpflichtet Österreich dazu, die volle Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im politischen Leben sicherzustellen.

Best Practice

Im Deutschen Bundestag waren bis 2024 etwa 3 % der Abgeordneten Menschen mit Behinderungen (23 von 709 Abgeordneten). Dies steht im starken Kontrast zum Bevölkerungsanteil von Menschen mit Behinderungen, der bei etwa 10 % liegt. Die Repräsentation ist somit deutlich unterproportional, jedoch ein Anfang. In Österreich gibt es keine Angaben bzw. dieser Prozentsatz ist nahe 0%.

9. Förderung des European Accessibility Act

Die Stadt Wien setzt sich dafür ein, den European Accessibility Act (EAA) zügig umzusetzen und auf kommunaler Ebene zu konkretisieren. Barrierefreiheit wird bei allen digitalen und physischen Produkten sowie Dienstleistungen im politischen Kontext zur Pflicht gemacht. Bis 2027 sollen alle Wahllokale in Wien vollständig barrierefrei sein (z. B. durch rollstuhlgerechte Zugänge, taktile Leitsysteme und Dolmetscher*innen der Gebärdensprache). Trotz zahlreicher Beteiligungsmöglichkeiten gibt es in Wien weiterhin Barrieren für Menschen mit Behinderungen, insbesondere im Zugang zu Wahllokalen und politischen Informationen. Die AK-Studie zeigt zudem, dass sozial benachteiligte Gruppen – darunter oft auch Menschen mit Behinderungen – weniger an demokratischen Prozessen teilnehmen.

10. Barrierefreiheit in der politischen Bildung

Die analogen und digitalen Angebote für politische Bildung werden regelmäßig auf Barrierefreiheit überprüft. Wahlunterlagen werden in einem einheitlichen und gut lesbaren Format, sowie in leichter Sprache, leichter Sprache, Brailleschrift und digitalen barrierefreien Formaten bereitgestellt.

11. Leichte Sprache als Zulassungskriterium für Parteien

Alle Parteien, die sich zu einer Wahl aufstellen lassen und wählbar sein wollen, müssen unaufgefordert ihr Wahlprogramm in leichter Sprache zur Verfügung stellen. Das Wahlprogramm in leichter Sprache muss ebenfalls direkt dort zu finden sein, wo auch das reguläre Programm zu finden ist.

12. Ernennung einer Begleitperson

Wähler*innen dürfen auf Wunsch eine Begleitperson ernennen, die sie bis in die Wahlkabine mit hinein begleiten und die auch aktive Assistenz bei der Wahl leisten darf.

13. Wien als Vorreiterin digitaler Demokratie bis 2030

Wien soll bis 2030 eine führende Rolle in Europa im Bereich digitaler Bürger*innenbeteiligung einnehmen, indem es gezielt innovative Lösungen entwickelt und implementiert. Dazu gehört die Einführung einer zentralen Plattform, die bis 2026 sämtliche Beteiligungsformate bündelt und damit eine niedrigschwellige und transparente Partizipation ermöglicht. Ergänzend wird bis 2027 ein flächendeckendes Chatbot-Angebot bereitgestellt, das Bürger*innen eine rund um die Uhr verfügbare digitale Anlaufstelle für Fragen zur politischen Mitgestaltung bietet. Ab

2025 sollen zudem hybride Dialogformate etabliert werden, die mit mindestens zwei Veranstaltungen pro Jahr in jedem Bezirk sowohl physische als auch digitale Beteiligungsmöglichkeiten vereinen. Durch diese Maßnahmen wird die politische Teilhabe effizienter gestaltet und der Zugang zu demokratischen Prozessen weiter optimiert.

14. Zentrale digitale Bürgerbeteiligungsplattform

Eine einheitliche Plattform ermöglicht es Bürger*innen, Ideen einzureichen, über politische Themen abzustimmen und den Status von Projekten zu verfolgen. Ähnlich zur Open-Data-Plattform Wiens können sie Vorschläge einbringen, die von der Stadt geprüft und öffentlich kommentiert werden. Dadurch lassen sich regelmäßige digitale Umfragen oder Abstimmungen zu lokalen Themen durchführen und Stimmungsbilder einholen.

Best Practice

Gerbrunn App-basierte Abstimmungen in Deutschland.

15. Einführung von KI-gestützten Chatbots

Ein niedrigschwelliger Zugang zu politischen Informationen und Beteiligungsmöglichkeiten wird durch KI-gestützte Chatbots geschaffen. Diese erklären aktuelle politische Themen, Gesetzesvorschläge und städtische Projekte in einfacher Sprache, sodass sie für alle verständlich sind. Bürger*innen können sich interaktiv beteiligen, indem sie Fragen stellen, ihre Meinung äußern oder Feedback geben. Zudem kann Künstliche Intelligenz zur Bekämpfung von Desinformation beitragen, indem sie verlässliche Informationen bereitstellt und falschen Darstellungen entgegenwirkt.

Best Practice

Wahl-O-GPT und electify.eu zeigen das Potenzial spezialisierter Chatbots zur politischen Orientierung. Für die Bundestagswahl 2025 in Deutschland gibt es den wahl.chat Chatbot.

16. Entwicklung einer Wiener Bürgerbeteiligungs-App

Die **Wiener** Bürgerbeteiligungs-App ermöglicht es Bürger*innen, sich jederzeit und überall an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Sie bietet Push-Benachrichtigungen zu neuen Projekten oder Abstimmungen, lokalisierte Meinungsumfragen basierend auf Postleitzahlen (wie in Gerbrunn) und Feedbackschleifen, die Bürgerinnen über die Ergebnisse ihrer Beiträge informieren.

Best Practice

Die „Democy“-App in **Bayern** nutzt ähnliche Funktionen erfolgreich.

17. Förderung hybrider Bürgerdialoge

Eine Kombination aus digitalen und analogen Formaten stellt sicher, dass alle Bevölkerungsgruppen einbezogen werden. Regelmäßige digitale Bürger*innendialoge mit moderner Videotechnik ermöglichen eine breite Beteiligung, während analoge Treffen, wie Open-Data-Meetups oder Workshops, dazu dienen, digitale Diskussionen zu vertiefen. Zudem werden KI-gestützte Tools in analoge Veranstaltungen integriert, um Meinungen in Echtzeit auszuwerten und die Diskussionen noch interaktiver zu gestalten.

Best Practice

Digitale Dialoge der Bertelsmann Stiftung.

18. Der Wiener KI-Kompass für transparente Entscheidungsprozesse

Transparenz bei der Nutzung von KI in der politischen Kommunikation und Entscheidungsfindung kann sichergestellt werden, indem alle Datensätze und Algorithmen, die in Chatbots oder digitalen Tools verwendet werden, veröffentlicht werden. Es soll ein „KI-Kompass“ erstellt werden, der Bürger*innen erklärt, wie KI in der Stadtverwaltung eingesetzt wird.

Best Practice

Wiens bestehender KI-Kompass im Open Data Projekt.

19. Bekämpfung von Desinformation durch offizielle digitale Kanäle

Eine direkte Kommunikation zwischen Stadtverwaltung und Bürger*innen kann Desinformation entgegenwirken. Dafür fordern wir den Aufbau einer unabhängigen Stelle mit Echtzeit-Kommunikation über offizielle Kanäle wie die Website, Apps und soziale Medien sowie die ergänzende Einführung eines „Faktenchecks“ durch eine städtische Taskforce, die auf Falschinformationen reagiert.

Desinformation ist ein wachsendes Problem, das durch die Verbreitung über soziale Medien und digitale Plattformen verstärkt wird. Sie kann das Vertrauen in Behörden untergraben, gesellschaftliche Spaltungen vertiefen und demokratische Prozesse gefährden. Besonders in Krisenzeiten wie Pandemien, Konflikten oder Wahlen zeigt sich die gezielte Verbreitung von Falschinformationen, oft durch staatliche Akteure oder organisierte Gruppen. Ein schneller und transparenter Informationsfluss seitens der Stadtverwaltung ist daher essenziell.

Studien zeigen, dass direkte Kommunikation über digitale Kanäle wie Apps, Websites und soziale Medien eine effektive Möglichkeit ist, Falschinformationen zu begegnen und die öffentliche Debatte zu versachlichen.

Best Practice

Die **Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien** (EDMO) koordiniert europaweit den Kampf gegen Desinformation durch Forschung, Faktenchecks und Zusammenarbeit mit Plattformen. Die Initiative hat dazu beigetragen, die Verbreitung von Falschinformationen zu reduzieren und die Medienkompetenz der Bevölkerung zu stärken.

20. Nutzung von Open Data zur Förderung der kollektiven Intelligenz

Die Bereitstellung relevanter Daten für Bürger*innen und Unternehmen ermöglichen die Entwicklung innovativer Lösungen. Dazu sollen die Datensätze zu Themen wie Verkehr, Umwelt oder Energieverbrauch veröffentlicht werden. Ergänzend soll ein Innovationsfonds eingerichtet werden, der gezielt bürger- getriebene Projekte auf Basis von Open Data fördert.

21. Einführung eines digitalen Wiener Bürger*Innen-rates

Die regelmäßige Einbindung zufällig ausgewählter Bürger*innen in politische Entscheidungsprozesse stärkt die demokratische Teilhabe. Digitaler Tools sollen dabei die Organisation und Moderation der Bürgerräte unterstützen. Ergebnisse sollen dabei als Empfehlungen für die Stadtpolitik veröffentlicht werden.

Diese Maßnahmen fördern eine transparente, inklusive und zukunftsorientierte

Demokratie in Wien – mit besonderem Fokus auf digitale Innovationen und den Abbau von Barrieren für politische Teilhabe.

22. Wirkungsmessung und Anpassung politischer Vorhaben

Volt steht für eine Politik, die sich an messbaren Ergebnissen statt ideologischen Dogmen orientiert. Unser Ziel ist es, Vorhaben nicht nur ambitioniert zu planen, sondern ihre Wirkung kontinuierlich zu überprüfen und bei Bedarf anzupassen. Durch klare Zielsetzungen, datenbasierte Evaluierungen und regelmäßige Berichterstattung stellen wir sicher, dass politische Maßnahmen tatsächlich positive Veränderungen für die Gesellschaft bewirken.

Dabei geht es uns nicht darum, symbolische Leuchtturmprojekte zu schaffen, sondern um nachhaltige und skalierbare Lösungen für reale Probleme. Wir setzen auf umsetzbare, wissenschaftlich fundierte Maßnahmen, die langfristig wirken und in ganz Österreich sowie auf europäischer Ebene ausgebaut werden können. Sollte sich eine Maßnahme als ineffektiv erweisen, verbessern oder ersetzen wir sie durch bessere Lösungen – basierend auf Best Practices aus Österreich und Europa. So garantieren wir eine verantwortungsvolle, transparente und zukunftsorientierte Politik, die den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen gerecht wird.

Unser Anspruch an die Politik:

- Alle politischen Vorhaben müssen **klare, messbare Ziele** definieren, die öffentlich zugänglich sind. Diese Ziele sollen auf wissenschaftlicher Evidenz und den Bedürfnissen der Bürger*innen basieren.
- Implementierung von Systemen zur kontinuierlichen **Messung der Wirkung** politischer Maßnahmen. Diese Systeme sollen datenbasierte Evaluie-

rungen ermöglichen, um festzustellen, ob die gesteckten Ziele erreicht werden. Einführung eines "Wirkungs-Checks" für jedes neue Gesetz, der die erwarteten sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen bewertet.

- Regelmäßige Veröffentlichung von **Berichten über die Ergebnisse** der Wirkungsmessungen. Diese Berichte sollen für alle Bürger*innen leicht zugänglich sein und eine offene Diskussion über die Wirksamkeit politischer Maßnahmen ermöglichen.
- Politische Maßnahmen, die sich als ineffektiv erweisen, müssen auf Basis der Ergebnisse der Wirkungsmessung

angepasst oder durch bessere Lösungen ersetzt werden.

- Einrichtung von digitalen Plattformen und anderen Formaten, die es Bürger*innen ermöglichen, Feedback zu politischen Maßnahmen zu geben und eigene Ideen einzubringen.
- **Systematische Analyse** von erfolgreichen politischen Maßnahmen in anderen Regionen Österreichs und Europas, um Lessons Learned zu identifizieren und für eigene Vorhaben zu nutzen.
- **Veröffentlichung von Daten** über die Umsetzung politischer Maßnahmen, um unabhängige Analysen und Evaluierungen zu ermöglichen.

II. Regenerative Wirtschaft fördern

Aktuelle Probleme

Europa und Wien erleben nach mehrfachen Krisen eine wirtschaftliche Stagnation. Die Inflation sowie steigende Lebenshaltungs- und Produktionskosten gefährden den Wohlstand und setzen Unternehmen unter Druck. Damit die EU im globalen Wettbewerb mit den USA und China bestehen kann, muss die digitale und grüne Transformation in großem Stil vorangetrieben werden.

Wien engagiert sich mit zahlreichen Initiativen für Dekarbonisierung, erneuerbare Energien und Kreislaufwirtschaft. Doch es fehlt eine transparente Übersicht über deren Wirksamkeit und Zielerreichung. Die Bevölkerung erhält zu wenig Einblick in die politischen Maßnahmen und deren Einfluss auf eine zukunftsfähige Wirtschaft.

Gleichzeitig kämpft der Wirtschaftsstandort Wien seit Jahren mit fehlender Innovationskraft, bürokratischen Hürden und ungünstigen Bedingungen für Start-ups. Im internationalen Vergleich liegt Wien bei Green- und Tech-Start-ups weit hinter Städten wie London, Berlin oder München.

Unsere Vision

Wien soll die lebenswerteste Stadt der Welt bleiben – auch in Zeiten tiefgreifender ökologischer und sozialer Veränderungen. Dafür muss die Wiener Wirtschaft zukunftsfähig werden: regenerativ, gerecht und innerhalb planetarer Grenzen.

Inspiration liefern bereits erfolgreiche Konzepte wie die Doughnut Economics auf städtischer Ebene, etwa in Brüssel. Damit Wien wirtschaftlich aufholt, braucht es die Innovationskraft von Start-ups und Social Businesses, die diesen Wandel aktiv gestalten und die Brücke zu einer regenerativen Wirtschaft der Zukunft schlagen.

Wien als europäische Drehscheibe - Mit seiner zentralen Lage zwischen Bratislava, Prag und Budapest hat Wien das Potenzial, eine führende Wirtschaftsregion in Mitteleuropa zu werden – als Knotenpunkt für nachhaltige Innovation und unternehmerische Transformation.

23. Digitale Verwaltungsprozesse und „One-Stop-Shop“ für Gründungen

Die Gründung von Start-ups und Social Businesses soll durch einen zentralen digitalen „One-Stop-Shop“ vereinfacht werden, der alle notwendigen Schritte wie Gewerbeanmeldung, Steuerregistrierung und Förderanträge bündelt. Besonders nachhaltige Projekte sollen durch gezielte Beratung und digitale Tools unterstützt werden. Dies reduziert bürokratische Hürden, spart Zeit und macht Wien zu einem attraktiven Standort für innovative Unternehmen.

24. „Innovationsfonds Wien“ zur Förderung grüner und sozialer Geschäftsmodelle

Ein städtischer Innovationsfonds soll gezielt nachhaltige Technologien und soziale Unternehmen fördern, indem er finanzielle Unterstützung sowie Partnerschaften zwischen Universitäten, Unternehmen und der Stadt initiiert. Dies stärkt Wiens Position als Vorreiter für nachhaltige Innovationen und trägt zur wirtschaftlichen Transformation im Sinne der Smart-City-Ziele bei.

25. Aufbau eines Netzwerks von Co-Working-Spaces und Innovationszentren

Grüne und soziale Start-ups sollen durch ein städtisches Netzwerk von Co-Working-Spaces und Innovationszentren gefördert werden, das mit finanziellen Anreizen wie Steuererleichterungen oder Zuschüssen kombiniert wird. Diese Infrastruktur schafft Raum für Kreativität und Zusammenarbeit und positioniert Wien als führendes Start-up-Hub in Europa.

26. Programm zur Anwerbung internationaler Talente für die nachhaltige Wirtschaft

Wien soll ein attraktives Programm entwickeln, das internationale Fachkräfte anzieht, indem es Arbeitsmöglichkeiten mit nachhaltigen Perspektiven kombiniert. Ergänzend dazu sollen Weiterbildungsprogramme im Bereich Green Economy und Social Entrepreneurship ausgebaut werden. Dies stärkt Wiens Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit im globalen Markt.

27. Nachhaltigkeitsstandards für Unternehmen mit öffentlichen Aufträgen

Unternehmen, die öffentliche Aufträge erhalten, sollen verbindliche Nachhaltigkeitskriterien erfüllen müssen. Gleichzeitig sollen Investitionen in Kreislaufwirtschaftsprojekte sowie Pilotprojekte nach dem Modell der Doughnut Economics gefördert werden. Diese Maßnahmen sichern eine wirtschaftliche Entwicklung innerhalb planetarer Grenzen.

28. Wiener Zukunftsrat zur Förderung einer regenerativen Wirtschaft

Ein Zukunftsrat mit Vertreter*innen aus Start-ups, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik soll den Übergang zu einer regenerativen Wirtschaft aktiv steuern. Projekte wie Urban Farming oder innovative Begrünungskonzepte sollen dabei besonders unterstützt werden, um natürliche Ressourcen wiederherzustellen und Wien nachhaltig zu gestalten.

29. Start-ups: Schneller gründen durch den Abbau von Hürden

Trotz des Potenzials von Start-ups als Innovationsmotor für die Wiener Wirtschaft stehen Gründer*innen vor großen Herausforderungen. Unkoordinierte Einzelmaßnahmen, verstreute Informationen auf verschiedenen Plattformen und bürokratische Hürden erschweren den Gründungsprozess. Besonders für hochqualifizierte Fachkräfte und Personen ohne ausgeprägte Deutschkenntnisse stellt dies eine erhebliche Einstiegshürde dar.

Um Wien als attraktiven Standort für Unternehmensgründungen zu stärken, braucht es eine zentrale, digitale Plattform, die den Gründungsprozess erleichtert. Diese soll Bürokratie abbauen, Transparenz schaffen und alle relevanten Informationen bündeln. Die Inhalte und Beratungsangebote werden mindestens auf Deutsch und Englisch verfügbar sein und gemeinsam mit der Wiener Start-up-Community kontinuierlich weiterentwickelt.

Kernfunktionen der Plattform:

- **Für Gründer*innen:** Alle notwendigen Formulare, Anträge und Termine für Behördengänge sind digital abrufbar und buchbar. Ein Servicecenter bietet schnelle und kompetente Unterstützung.
- **Für Fachkräfte aus dem In- und Ausland:** Welcome Desks unterstützen Neuankömmlinge mit umfassenden Informationen zu Behördengängen, Wohnraumsuche, Kinderbetreuung und weiteren relevanten Themen.
- **Transparente Förderlandschaft:** Alle öffentlichen Programme zur Förderung der Start-up-Szene werden zentral gelistet – Gründungswettbewerbe,

Förderprogramme der Wirtschaftsagentur Wien und Initiativen von Universitäten und Fachhochschulen.

- **Zentrale Vernetzung:** Jobs, Events und Angebote für Start-ups, Investor*innen, Co-Working-Spaces und Acceleratoren werden auf der Plattform gebündelt beworben.

Wien als Gründungs-Metropole – Unsere Maßnahmen:

Start-ups sind entscheidend für die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Wiener Wirtschaft. Sie schaffen Arbeitsplätze, treiben technologische Entwicklungen voran und leisten einen wichtigen Beitrag zur ökologischen und sozialen Transformation. Damit Wien sein Potenzial als europäische Start-up-Dreh-scheibe entfalten kann, setzen wir uns für folgende Maßnahmen ein:

- **Bessere finanzielle Absicherung:** Gründungsstipendien auf Landesebene werden ausgebaut, und die Umsatzsteuer-Befreiungsgrenze für junge Unternehmen wird angehoben.
- **Erleichterter Zugang zu Kapital:** Steuerliche Anreize für institutionelle Investoren verbessern den Zugang zu privatem Wagniskapital.
- **Stärkung von Netzwerken und Inkubatoren:** Gründungsnetzwerke, Inkubatoren und Acceleratoren werden gezielt gefördert.
- **Unterstützung für Social Start-ups:** Soziale Unternehmensgründungen erhalten verstärkte Förderung. Zudem soll das Modell des Verantwortungseigentums als neue Unternehmensform mit gebundenem Vermögen gefördert werden.

Mit diesen Maßnahmen soll Wien zu einem führenden Innovationsstandort in

Europa werden und Start-ups die optimalen Bedingungen für eine erfolgreiche Zukunft bieten.

30. Umfassendes Zero-Waste-Programm für Wien

Wien soll ein ambitioniertes Zero-Waste-Programm umsetzen, das Abfallvermeidung, Wiederverwendung und Recycling in den Mittelpunkt stellt. Dazu gehört die Förderung von Mehrwegverpackungen, Reparatur-initiativen und Upcycling-Netzwerken. Öffentlichkeits-Kampagnen sollen das Bewusstsein der Bürger*innen für Abfallvermeidung stärken. Diese Maßnahmen sind essenziell, um die Abfallmengen zu reduzieren und die Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen. Aktuell recycelt Österreich 62 % seiner Siedlungsabfälle, liegt damit an dritter Stelle in Europa, aber noch hinter Spitzenreitern wie Deutschland mit 71 %. Restmüllanalysen zeigen, dass immer noch wertvolle Rohstoffe wie Papier, Kunststoffverpackungen oder Glas im Restmüll landen. Durch gezielte Maßnahmen wie Mehrwegsysteme und Reparaturinitiativen kann Wien diese Quote weiter steigern.

Best Practice

Ljubljana hat als erste europäische Hauptstadt ein Zero-Waste-Ziel eingeführt und recycelt bereits über 68 % der Abfälle.

31. Ausbau und Modernisierung der Recycling-Infrastruktur in Wien

Die Stadt Wien muss ihre Recycling-Infrastruktur weiterentwickeln, insbesondere durch den Bau moderner Sortieranlagen und die Optimierung bestehender Systeme. Trotz einer hohen Recyclingquote gibt es Verbesserungspotenzial bei der Trennung von Wertstoffen im Restmüll.

Die Trennung von Wertstoffen wie Kunststoffen, Metallen und Glas soll durch innovative Technologien wie Nahinfrarot-Scanner verbessert werden.

Best Practice

In **San Francisco** werden durch hochmoderne Sortieranlagen 80 % der Abfälle recycelt oder kompostiert.

32. Städtisches Programm für Urban Mining

Wien soll ein Urban-Mining-Programm etablieren, das wertvolle Baumaterialien aus dem Gebäudebestand systematisch erfasst und wiederverwertet. Insbesondere bei Sanierungen und Abrissen müssen Materialien wie Beton, Stahl oder Holz recycelt werden. Dies fördert eine nachhaltige Bauwirtschaft und reduziert den Bedarf an Primärrohstoffen. Bau- und Abbruchabfälle machen einen großen Teil des Abfallaufkommens in Österreich aus (ca. 46 Mio. Tonnen jährlich).

Best Practice

Amsterdam führt derzeit ein zirkuläres Bauprogramm durch, bei dem alle Neubauten bis 2050 vollständig kreislauffähig sein sollen.

33. Kreislaufwirtschaftsprojekte im Bauwesen

Die Stadt Wien muss verstärkt auf kreislauffähiges Bauen setzen. Sanierungs- und Neubauprojekte sollen verpflichtend nach Prinzipien der Kreislaufwirtschaft geplant werden, etwa durch den Einsatz modularer Bauweisen oder recycelbarer Materialien. Pilotprojekte wie im Nordwestbahnhof-Gebiet sollen ausgeweitet werden, um innovative Ansätze zu fördern.

34. Verpflichtende Nachhaltigkeitsstandards für öffentliche Beschaffung

Die Stadt Wien soll bei allen öffentlichen Ausschreibungen strenge Nachhaltigkeitskriterien einführen. Produkte und Dienstleistungen müssen langlebig, reparierbar und recycelbar sein. Diese Standards fördern die Kreislaufwirtschaft und setzen Anreize für Unternehmen, nachhaltige Praktiken zu übernehmen.

Best Practice

Kopenhagen hat eine nachhaltige Beschaffungsstrategie entwickelt, die den Kauf von Einwegprodukten minimiert und recycelte Materialien bevorzugt.

35. Lebensmittelabfall- Vermeidungsprogramm

Wien soll ein umfassendes Programm zur Reduktion von Lebensmittelabfällen starten, das entlang der gesamten Wertschöpfungskette ansetzt. In Österreich fallen jährlich rund 1 Million Tonnen vermeidbare Lebensmittelabfälle an. Wien hat bereits Initiativen wie „Lebensmittel sind kostbar!“ und FAIRteiler-Kühlschränke eingeführt, doch diese sollten weiter ausgebaut werden. Ein städtisches Programm könnte digitale Tools in Großküchen einsetzen und Kooperationen mit sozialen Organisationen fördern.

Best Practice

Mailand hat ein städtisches Lebensmittelsammelnetzwerk aufgebaut, das überschüssige Lebensmittel an Bedürftige verteilt und so jährlich über 100 Tonnen vermeidet.

36. Mehrwegsystem für Verpackungen

Ein stadtweites Mehrwegsystem für Getränkeverpackungen könnte die Menge an Einwegplastik drastisch reduzieren. Städte wie Freiburg haben Pfandsysteme für Mehrwegbecher eingeführt, die auch in Wien umgesetzt werden könnten.

Best Practice

In **Berlin** wurde „ReCup“ eingeführt – ein Mehrwegbechersystem mit über 8.000 teilnehmenden Partnern.

37. Umfassende Bildungsinitiative zur Kreislaufwirtschaft

Um die Transformation zu einer Circular Economy zu unterstützen, soll Wien Bildungsprogramme für Bürger*innen sowie Schulungsangebote für Unternehmen schaffen. Themen wie Abfallvermeidung, Reparaturfähigkeiten und nachhaltiger Konsum sollen stärker in Schulen und Weiterbildungsprogrammen integriert werden. Diese Forderungen zielen darauf ab, Wien als Vorreiterin der Kreislaufwirtschaft zu positionieren und die Stadt innerhalb planetarer Grenzen nachhaltig zu entwickeln.

38. Elternschutz für Selbständige

Selbständige Eltern sollen denselben Schutz und dieselben Unterstützungsleistungen wie Angestellte erhalten, um ihre Erwerbstätigkeit während der Elternschaft zu erleichtern. Dies fördert Chancengleichheit und ermöglicht es insbesondere Frauen, ihre berufliche Selbständigkeit trotz familiärer Verpflichtungen fortzuführen.

39. Reform des Wiener Elterngeldes und Förderung von Teilzeitmodellen

Die Berechnungsgrundlage des Elterngeldes muss vereinfacht werden, indem Provisionsmodelle als Gehaltsbestandteil anerkannt werden. Gleichzeitig soll das Teilzeit-Elterngeld attraktiver gestaltet und stärker gefördert werden, um flexiblere Arbeitsmodelle für Eltern zu ermöglichen. Dies schafft finanzielle Sicherheit und unterstützt partnerschaftliche Familienstrukturen. Die Reform des Wiener Elterngeldes soll dazu beitragen, Wien zu einer familienfreundlicheren Stadt zu machen, die Eltern in ihren individuellen Lebensmodellen unterstützt und gleiche Chancen für alle Kinder schafft. Sie soll die Gleichstellung von Frauen und Männern fördern, die wirtschaftliche Sicherheit von Familien stärken und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern.

40. Vaterschaftsurlaub und Mindest-Elternzeit

Ein verpflichtender Vaterschaftsurlaub während des Wochenbetts sowie eine Mindest-Elternzeit nach schwedischem Vorbild fördern eine gerechte Aufteilung der Familienarbeit und stärken partnerschaftliche Strukturen. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, die Gleichstellung der Geschlechter in der Familie und im Berufsleben voranzutreiben. Die konkrete Ausgestaltung des Elterngeldes und des Vaterschaftsurlaubs fällt primär in die Zuständigkeit des Bundes. Wien kann ergänzende Maßnahmen und Anreize schaffen, um die Inanspruchnahme von Elternzeit durch Väter zu fördern und partnerschaftliche Familienstrukturen zu stärken.

41. Unterstützung für Alleinerziehende

Die Anzahl der Kinderkrankentage soll auf 45 Arbeitstage erhöht und das Kinderkrankengeld auf 100% des ausgefallenen Nettoarbeitsentgelts angehoben werden. Zusätzlich soll ein besonderer Kündigungsschutz für Alleinerziehende eingeführt werden, um sie finanziell und sozial besser abzusichern. Diese Maßnahmen schaffen dringend benötigte Entlastung für Alleinerziehende.

42. Schließung des Gender Pay Gaps und Sicherstellung gerechter Bezahlung

Unternehmen sollen verpflichtet werden, jährlich geschlechterdifferenzierte Gehaltsdaten zu veröffentlichen, um Transparenz zu schaffen. Klare gesetzliche Kriterien zur Entgeltgleichheit sowie eine Kontrollinstanz zur Überwachung der Umsetzung sollen sicherstellen, dass Frauen und Männer für gleiche Arbeit gleich bezahlt werden.

43. Steuerliche Anreize für betriebliche Kinderbetreuung

Betriebliche Kinderbetreuungseinrichtungen sollen steuerlich gefördert werden, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern.

44. Verbindliche Frauenquoten und Förderprogramme für Frauen

Einführung verbindlicher Quoten von mindestens 50% Frauen in Aufsichtsräten und Führungspositionen in allen Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten, die ihren Hauptsitz oder eine wesentliche Nie-

derlassung in Wien haben. Die Quoten sollen sowohl für Unternehmen in öffentlicher Hand als auch für private Unternehmen gelten. Bei Nichterfüllung der Quoten sollen Unternehmen sanktioniert werden, z.B. durch den Ausschluss von öffentlichen Aufträgen oder Förderungen. Eine erfolgreiche Umsetzung von Frauenquoten erfordert einen umfassenden Ansatz, der nicht nur Quoten vorsieht, sondern auch gezielte Förderprogramme für Frauen und Maßnahmen zur Sensibilisierung für das Thema Gleichstellung. Daher fordern wir die Schaffung gezielter Mentoring- und Weiterbildungsprogramme für Frauen in Wiener Unternehmen, um ihre Karriereentwicklung zu fördern und ihnen den Zugang zu Führungspositionen zu erleichtern.

Die Frauenquoten sollen im Wiener Gleichbehandlungsgesetz verankert werden und eine Charta kann initiiert werden, in der sich Unternehmen freiwillig verpflichten, die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und die Frauenquoten zu erfüllen.

Studien zeigen, dass Unternehmen mit einer ausgewogenen Geschlechterzusammensetzung nicht nur erfolgreicher sind, sondern auch ökologischer und sozialer agieren. Mehr Diversität in den Führungsgremien führt zu besseren Entscheidungen, höherer Innovationskraft und einer stärkeren Wettbewerbsfähigkeit.

45. Reform der Ausgleichsabgabe für Menschen mit Behinderungen

Arbeitgebende, die nicht ausreichend Menschen mit Behinderung beschäftigen, zahlen eine Ausgleichsabgabe, die an einen Prozentsatz des monatlichen Einkommens und Unternehmensgröße gekoppelt ist. Die Staffelung soll dabei für Unternehmen mit 50 – 500 Mitarbeitenden wie folgt aussehen:

- 40% des durchschnittlichen Bruttomonatseinkommens pro unbesetzten Pflichtarbeitsplatz, wenn keine Menschen mit Behinderung beschäftigt werden
- 25% des durchschnittlichen Bruttomonatseinkommens pro unbesetzten Pflichtarbeitsplatz, wenn bis zu 50 % der Pflichtquote erfüllt sind
- 10% des durchschnittlichen Bruttomonatseinkommens pro unbesetzten Pflichtarbeitsplatz, wenn mindestens 50 % der Pflichtquote erfüllt sind
- Bei Erreichen der Pflichtquote entfällt die Abgabe

Für kleinere Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitenden gilt eine Staffelung von 25%, 15 % und 5%, während größere Unternehmen mit über 500 Mitarbeitenden entsprechend gestaffelte Beiträge von 50%, 30% und 15% leisten.

46. Förderung von weiteren Arbeitsplätzen

Zusätzliche Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen über die Pflichtquote hinaus werden durch steuerliche Gutschriften gefördert. Die Arbeitsplätze sollten ebenfalls so eingerichtet sein, dass Menschen mit Behinderung auch barrierefrei und ohne Einschränkung arbeiten können, Bsp.: Rampen, breitere Türrahmen, Blindenschrift, spezielles Licht und höhenverstellbare Schreibtische. Zudem sollten auch alle Nebenräume wie Pausenräume und Toiletten dahingehend ausgestattet sein. Dafür sollte es verbindliche Checklisten für Betriebe geben.

47. Abschaffung der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen

Werkstätten (WfBM) werden abgeschafft und in Inklusionsbetriebe umgewandelt, in denen Arbeitnehmerrechte gelten und

Mindestlöhne gezahlt werden. Die Betriebe müssen allen Menschen offenstehen. Dies wurde auch schon 2008 laut UN-Konvention, Artikel 27, die auch von Österreich unterschrieben wurde, festgelegt.

Derzeit sind Menschen mit Behinderungen in Österreich häufig auf Werkstätten beschränkt, da ihnen frühzeitig „Arbeitsunfähigkeit“ attestiert wird. Ein Wechsel auf den allgemeinen Arbeitsmarkt ist schwierig, und eine Rückkehr in Werkstätten nach einem gescheiterten Versuch ist oft nicht möglich. Die Umwandlung von WfBM in Inklusionsbetriebe könnte diese Problematik entschärfen, da sie mehr Rechte und faire Entlohnung bieten. Gleichzeitig muss ein flexibles System geschaffen werden, das Übergänge zwischen verschiedenen Beschäftigungsformen ermöglicht. Best Practices aus Deutschland zeigen, dass Modelle wie „Budget für Arbeit“ den Wechsel erleichtern können. Volt setzt sich ein für die Einführung eines flexiblen Systems, das Menschen mit Behinderungen den Wechsel zwischen Werkstätten, Inklusionsbetrieben und dem allgemeinen Arbeitsmarkt ermöglicht, sowie für die Bereitstellung von Jobcoaches oder Peer-Berater*innen, um Übergänge zu erleichtern.

Best Practice

Die Niederlande zeigen, dass Inklusion und faire Bezahlung machbar sind. Dort erhalten Menschen den Mindestlohn, unabhängig von der Art der Behinderung. Inklusionsbetriebe arbeiten eng mit kommunalen Firmen zusammen, um Menschen mit Behinderung schrittweise in reguläre Arbeitsplätze zu integrieren. In den Niederlanden ist die Vermittlung von Personen mit Behinderungen auf den ersten Arbeitsmarkt keine Seltenheit – mehr als 700 Personen mit Autismus, Down Syndrom, Schizophrenie und verschiedenen körperlichen Behinderungen arbeiten in

der niederländischen Region Drechtsteden im Supermarkt, bei Fast-Food-Ketten, Reinigungsfirmen oder im Transportwesen und werden dabei vom Sozialen Dienst unterstützt.

48. Förderung von anonymisierten Bewerbungsverfahren

Anonymisierte Bewerbungsverfahren werden gezielt eingeführt und gefördert, um Diskriminierung im Einstellungsprozess zu minimieren und gleiche Chancen für alle Bewerbenden zu schaffen.

49. Abschaffung diskriminierender Vormundschaften

Die rechtliche Betreuung wird nach dem Modell des „Supported Decision-Making (SDM)“ gestaltet, um die Selbstbestimmung zu stärken. Das "Supported Decision-Making"-Modell (SDM) ist ein Ansatz, der Menschen mit Behinderungen unterstützt, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen, anstatt diese durch rechtliche Vormundschaften einzuschränken. Es basiert auf der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), die das Recht auf Selbstbestimmung und die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen betont. Die Stadt Wien soll bis 2030 sicherstellen, dass **alle** Menschen mit Behinderungen Zugang zu einem SDM-System haben, das ihre rechtliche Handlungsfähigkeit respektiert und fördert.

Best Practice

Die Initiative "Eigen Kracht Centrale" in **den Niederlanden** bringt Menschen und ihre Angehörigen zusammen, um eigenständige Entscheidungen zu fördern. Dabei werden maßgeschneiderte Informationen bereitgestellt, um Entscheidungen unabhängig von staatlichen Eingriffen zu ermöglichen.

50. Flexible Arbeitszeitmodelle

Wien soll flexible Arbeitszeitmodelle fördern, die nicht nur die Produktivität steigern, sondern auch die Gesundheit der Arbeitnehmer*innen verbessern. Studien zeigen, dass 60% der Beschäftigten in Österreich unter hohem Arbeitsdruck leiden, was langfristig zu Burnout führen kann. Kürzere Arbeitszeiten, wie etwa eine 4-Tage-Woche, können Stress reduzieren und mehr Zeit für gesundheitsfördernde Aktivitäten wie Bewegung oder bewusste Ernährung schaffen. Wien könnte Pilotprojekte zur 4-Tage-Woche mit vollem Lohnausgleich starten, wie sie in Island erfolgreich getestet wurden. Dort führte das Modell zu höherer Produktivität und besserer Work-Life-Balance. In Österreich arbeiten Vollzeitbeschäftigte im Schnitt 40,7 Stunden pro Woche, während gleichzeitig 47 Millionen Überstunden jährlich unbezahlt bleiben. Eine Verkürzung der Arbeitszeit würde nicht nur die Lebensqualität erhöhen, sondern auch den Fachkräftemangel entschärfen. Gleichzeitig ermöglicht dies eine nachhaltigere Lebensweise, indem Pendelzeiten reduziert und der ökologische Fußabdruck gesenkt wird.

Best Practice

In **Dänemark** sind Arbeitszeitmodelle stark auf die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ausgerichtet, was zu hoher Zufriedenheit und Produktivität führt. In Island führte die Einführung der 4-Tage-Woche zu besserer Work-Life-Balance und höherer Zufriedenheit bei den Beschäftigten.

51. Homeoffice und ortsunabhängiges Arbeiten zur Reduktion von Emissionen

Die Stadt Wien soll Homeoffice und ortsunabhängiges Arbeiten stärker fördern, um CO₂-Emissionen durch weniger Pendelverkehr zu reduzieren. Gleichzeitig profitieren Arbeitnehmer*innen von einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, was sich positiv auf ihre psychische und physische Gesundheit auswirkt. Studien zeigen, dass Homeoffice den Verkehr in Städten um bis zu 20 % reduzieren kann.

Best Practice

Estland hat durch digitale Verwaltungssysteme eine Vorreiterrolle im Bereich Remote Work eingenommen und ermöglicht Arbeitnehmer*innen maximale Flexibilität.

52. Recht auf Nichterreichbarkeit zur Förderung mentaler Gesundheit

Ein Recht auf Nichterreichbarkeit soll Arbeitnehmer*innen in Wien vor ständiger Verfügbarkeit schützen und klare Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit schaffen. Dies trägt zur mentalen Gesundheit bei, reduziert Burnout-Risiken und fördert eine regenerative Arbeitskultur, die langfristig nachhaltige Produktivität ermöglicht. Die Stadt Wien sollte im Rahmen ihrer Kompetenzen Maßnahmen setzen, um das Thema zu fördern, etwa durch Initiativen zur betrieblichen Gesundheitsförderung oder durch Empfehlungen für städtische Betriebe.

Best Practice

Frankreich hat bereits gesetzliche Regelungen eingeführt, die Arbeitnehmer*innen das Recht geben, außerhalb der Arbeitszeit nicht erreichbar zu sein.

53. Weiterbildung für grüne Kompetenzen und digitale Fähigkeiten

Die Stadt Wien soll Weiterbildungsprogramme im Bereich Green Economy und digitale Kompetenzen ausbauen. Arbeitnehmer*innen sollen befähigt werden, in einer regenerativen Wirtschaft aktiv mitzuwirken – sei es durch nachhaltige Produktionsweisen, Ressourcenschonung oder innovative Technologien. Diese Maßnahmen fördern nicht nur die berufliche Entwicklung, sondern auch ein gesundes Leben durch sinnstiftende Tätigkeiten.

Best Practice

Schweden bietet finanzielle Unterstützung für Weiterbildungen im Rahmen neuer Arbeitsanforderungen mit Fokus auf Nachhaltigkeit.

54. Arbeitszeitregelungen für eine regenerative Wirtschaft

Die tägliche Ruhezeit sollte bei Homeoffice oder ortsunabhängigen Arbeiten flexibel gestaltet werden können, sofern dies freiwillig geschieht und gesundheitliche Risiken ausgeschlossen sind. Dies ermöglicht es Arbeitnehmer*innen, ihre Arbeitszeit besser an persönliche Bedürfnisse anzupassen – etwa für Sport oder gesunde Ernährung –, während gleichzeitig die Prinzipien einer regenerativen Wirtschaft berücksichtigt werden.

55. Arbeitsmodelle mit Fokus auf regenerative Tätigkeiten

Wien soll gezielt Arbeitsplätze in regenerativen Sektoren fördern – etwa in Urban Farming, Kreislaufwirtschaft oder erneuerbaren Energien. Diese Berufe tragen nicht nur zur ökologischen Nachhaltigkeit bei, sondern bieten auch sinnstiftende Tätigkeiten, die sich positiv auf das Wohlbefinden der Arbeitnehmer*innen auswirken.

Best Practice

Amsterdam setzt auf eine regenerative Wirtschaft mit Fokus auf Kreislaufwirtschafts-Projekte und schafft so zukunftsfähige Arbeitsplätze.

56. Unterstützung gesunder Lebensweisen durch flexible Arbeitsmodelle

Flexible Arbeitszeiten sollen es Arbeitnehmer*innen erleichtern, gesundheitsfördernde Routinen wie regelmäßige Bewegung oder ausgewogene Ernährung in ihren Alltag zu integrieren. Unternehmen könnten durch steuerliche Anreize motiviert werden, Programme wie Betriebsport oder gesunde Kantinenangebote einzuführen. Diese Maßnahmen stärken nicht nur die Gesundheit der Beschäftigten, sondern fördern auch ihre Produktivität.

57. Nachhaltige Arbeitsplatzgestaltung

Wien soll Unternehmen dazu verpflichten oder ermutigen, nachhaltige Arbeitsplatzkonzepte umzusetzen – etwa durch energieeffiziente Büros, Recycling Programme oder die Nutzung erneuerbarer Energien. Dies trägt nicht nur zur ökologischen Verantwortung bei, sondern schafft auch ein

gesundes Arbeitsumfeld für Mitarbeiter*innen.

Diese Forderungen verbinden die Prinzipien einer regenerativen Wirtschaft mit einem gesunden Leben für alle Bürger*innen Wiens. Sie zielen darauf ab, wirtschaftliche Prozesse so zu gestalten, dass sie sowohl ökologische als auch soziale Nachhaltigkeit fördern – mit einem klaren Fokus auf das Wohlbefinden der Menschen und den Schutz der Umwelt.

58. Grenzüberschreitender Wirtschaftsraum

Ein engerer Wirtschaftsraum zwischen Wien, Bratislava und Budapest bietet enormes Potenzial für Wachstum und Entwicklung. Die Bündelung von Ressourcen und die Schaffung gemeinsamer Wirtschaftsfreiräume können Investitionen anziehen, Innovationen fördern und neue Arbeitsplätze schaffen. Der Ausbau von Infrastrukturprojekten, wie schnellere Zugverbindungen und digitaler Infrastruktur, verbessert die Konnektivität und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Region. Ein integrierter Arbeitsmarkt mit

harmonisierten Standards erleichtert die Mobilität von Fachkräften und erweitert den Talentpool. Gleichzeitig kann der Wissenstransfer durch stärkere Kooperationen zwischen den Universitäten der drei Städte gefördert werden, etwa durch gemeinsame Forschungsprojekte, Austauschprogramme oder Innovations-Stipendien. Diese Maßnahmen schaffen eine dynamische, vernetzte Region, die wirtschaftlich, kulturell und wissenschaftlich eng zusammenarbeitet.

Best Practice

Helsinki und **Tallinn** kooperieren im FinEst Twins-Projekt, um Smart-City-Lösungen und nachhaltige Stadtentwicklung voranzutreiben. Gemeinsam fördern sie Innovationen wie digitale Zwillinge und grenzübergreifende Mobilitätskonzepte, die Lebensqualität und Investitionen steigern. Die Rail Baltica verbindet Tallinn, Riga, Vilnius und Warschau mit dem europäischen Schienennetz und schafft über eine Fähranbindung nach Helsinki eine schnelle, nachhaltige Mobilitätslösung für die Region.

III. Mobilität und Klima neu gestalten

Aktuelle Probleme

Wien steht vor großen Herausforderungen im Bereich Klima, Mobilität und Gesundheit. Während die Auswirkungen des Klimawandels immer deutlicher spürbar sind, beansprucht der Autoverkehr zunehmend mehr wertvolle Flächen. Straßen und Parkplätze prägen das Stadtbild, obwohl Autos nur etwa 28% der Wege ausmachen und meist nur ungenutzt abgestellt sind. Dieser hohe Flächenverbrauch schränkt andere Mobilitätsformen wie den Rad- und Fußverkehr erheblich ein. Rad- und Fußwege sind zudem vielerorts zu schmal und unsicher, sodass diese Verkehrsmittel oft unattraktiv bleiben. Zwar hat Wien in den letzten Jahren Fortschritte gemacht, etwa durch den Ausbau des Radwegenetzes und der Schaffung neuer Fußgängerzonen, doch diese Maßnahmen reichen noch nicht aus, um den wachsenden Bedarf an nachhaltiger Mobilität zu decken.

In vielen dicht bebauten Stadtteilen gibt es nicht nur Verkehrsprobleme, sondern auch zu wenig Grün- und Erholungsflächen. Asphaltierte Straßen und fehlende Bäume verstärken die sommerliche Hitzeentwicklung und mindern die Aufenthaltsqualität. Gleichzeitig ist der Klimaschutz eine zentrale Herausforderung, denn der Autoverkehr ist für einen erheblichen Teil der CO₂-Emissionen verantwortlich, weshalb verstärkt auf nachhaltige Mobilität gesetzt werden muss.

Die Auswirkungen des Klimawandels gehen jedoch weit über städtebauliche Probleme hinaus. Die steigende Zahl an Hitzetagen und Tropennächten belasten insbesondere ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen. Studien zeigen, dass die hitzebedingte Sterblichkeit in Wien zunimmt. Gleichzeitig verschlechtert sich die Luftqualität durch eine erhöhte Ozon- und Feinstaubbelastung, was Atemwegserkrankungen wie Asthma begünstigt.

Der Klimawandel fördert auch die Ausbreitung von Infektionskrankheiten, da sich Mücken, Zecken und andere Überträger unter wärmeren Bedingungen schneller vermehren. Das begünstigte Wachstum von Keimen bedroht auch die Wasser- und Lebensmittelsicherheit. Die erhöhte UV-Strahlung steigert zudem das Risiko für Haut- und Augenerkrankungen.

Neben den physischen Folgen hat der Klimawandel auch psychische und soziale Auswirkungen. Extreme Hitze kann nachweislich zu aggressivem Verhalten führen. Soziale Ungleichheiten werden weiter verschärft, da insbesondere einkommensschwache Bevölkerungsgruppen unter den oben genannten Folgen leiden.

Diese Entwicklungen erfordern dringend umfassende Maßnahmen, um Wien klimaresilienter und lebenswerter zu machen. Neben einer nachhaltigen Stadtplanung sind mehr Begrünung, kühlende Maßnahmen und eine konsequente Förderung alternativer Mobilitätsformen notwendig, um den Auswirkungen des Klimawandels wirksam entgegenzutreten.

Unsere Vision

Wien verfügt bereits über einen ambitionierten Klimafahrplan sowie einen gut ausdefinierten Hitzeaktionsplan. Darauf aufbauend möchten wir die Stadt weiterentwickeln und sie in eine grüne Vorzeigestadt verwandeln, die europaweit Maßstäbe für Lebensqualität und nachhaltige Mobilität setzt.

Im Zentrum steht dabei die Schaffung einer Umgebung, in der ein gesundes und erfülltes Leben im Einklang mit der Natur für alle Wiener*innen möglich ist.

Um dieses Ziel zu erreichen, will Volt den Autoverkehr reduzieren und den öffentlichen Raum neu gestalten, indem mehr autofreie Zonen geschaffen, der Radverkehr gefördert und der öffentliche Verkehr gestärkt wird.

Gleichzeitig soll Wien durch mehr Grünflächen und Begrünungsmaßnahmen, nachhaltiges Bauen und Sanieren sowie Maßnahmen zur Klimaanpassung zu einer grünen Stadt der Zukunft werden, die ihre Bürgerinnen vor den Auswirkungen des Klimawandels schützt. Klimaanpassung, städtische Mobilität und nachhaltige Stadtentwicklung werden dabei zusammen gedacht: z. B. durch systematische Fassaden- und Dachbegrünung, eine Stadt der kurzen Wege, eine gerechtere Verteilung des öffentlichen Raums zugunsten von Fußgehenden, Radfahrenden, ÖPNV und Grünflächen sowie die Anpassung der Infrastruktur an Starkregenereignisse.

Durch eine feministische Stadtplanung, die die Bedürfnisse aller Menschen berücksichtigt, soll eine inklusive, gerechte und lebenswerte Umgebung geschaffen werden, die nicht nur die psychische Gesundheit der Bevölkerung fördert, sondern auch ein Bewusstsein für die Natur und den Planeten schafft.

59. Autofreies Wien innerhalb des Rings

Innerhalb des Rings in Wien sollen zukünftig nur noch Taxen, elektrische Kutschen, Zu-/Anlieferverkehr, Krankentransporte, Einsatzfahrzeuge die mit dem Kraftfahrzeug und den entsprechenden gescannten Plaketten fahren dürfen. Es soll, außer in Notfällen, Schrittgeschwindigkeit herrschen bei denen die schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen, also Fußgänger*innen vor Fahrradfahrer*innen, Fahrradfahrer*innen vor E-Kutschen, stets Vorrang haben.

Der motorisierte Individualverkehr nimmt in europäischen Städten leider immer noch zu viel Raum ein, der für die Gestaltung hin zu einer klimafreundlichen Stadt nötig ist. Städte wie Paris und London haben gezeigt, dass autofreie Zonen und ein zeitgleicher Ausbau von sicheren Fahrradstraßen den Individualverkehr auf die Nutzung von Fahrrad, öffentliche Verkehrsmittel und auf Fußwege verlagert.

Ein autofreier Bereich innerhalb des Rings senkt die CO₂-Emissionen und setzt ein Zeichen in Richtung Einhaltung der Klimaziele. Gleichzeitig kann die Stadt neu gestaltet werden, sodass sie wieder besser zu den Bedürfnissen der Menschen passt. Für die dicht bebaute Stadt Wien entstehen gesundheitliche Vorteile, mehr Sicherheit und mehr Lebensqualität.

60. Einführung einer Umweltzone mit City-Maut innerhalb des Wiener Gürtels

Wien benötigt innerhalb des Wiener Gürtels dringend eine Umweltzone mit City-Maut, um den Autoverkehr zu reduzieren und den öffentlichen Raum besser nutzbar zu machen, insbesondere um die Stadt klimaresilienter gestalten zu können.

Erfahrungen aus Städten wie Stockholm und London zeigen, dass eine City-Maut

eine der effektivsten Maßnahmen ist, um Verkehrsströme zu lenken und Emissionen zu senken. Mit den erwarteten Einnahmen von rund 200 Millionen Euro pro Jahr könnte der Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Wien erheblich beschleunigt werden, was insbesondere für die Mobilitätswende von zentraler Bedeutung ist. Die Maut sollte in einem gestaffelten Preismodell eingeführt werden, wobei Ausnahmen für Berufsgruppen wie Handwerker sowie für Menschen mit Behinderung oder ohne ausreichende öffentliche Verkehrsanbindung vorgesehen sind. Ein schrittweises Vorgehen – zunächst innerhalb des Gürtels, später in ganz Wien – gewährleistet eine geordnete Umsetzung.

Der Bereich innerhalb des Gürtels ist stark verkehrsbelastet. Trotz Parkraumbewirtschaftung sind Staus und hohe Emissionen ein Problem. Auch werden die Kraftfahrzeuge immer größer und schwerer, nehmen unverhältnismäßig viel Platz ein. Daher soll ein generelles Halteverbot für private SUV in der Umweltzone gelten. Die Geldbußen bei Missachtung der Umweltvorschriften sollen nach Einkommen gestaffelt auferlegt werden.

Ohne zusätzliche Maßnahmen wie eine City-Maut werden die NO₂-Grenzwerte langfristig nicht eingehalten. Eine City-Maut setzt finanzielle Anreize, auf den öffentlichen Verkehr oder alternative Mobilitätsformen umzusteigen. Dies fördert eine nachhaltige Mobilitätswende und hilft Wien, seine Klimaziele zu erreichen.

Best Practice

In **London** führte die City-Maut zu einer Reduktion des Autoverkehrs um 33 %, in Stockholm um 22 %. Die Luftqualität verbesserte sich deutlich, und die Einnahmen wurden erfolgreich in den öffentlichen Verkehr investiert. Studien zeigen, dass eine City-Maut nicht nur den Verkehr reduziert, sondern auch Staus verringert, Unfälle minimiert und die Lebensqualität

steigert. Erfahrungen aus Stockholm zeigen, dass Liefer- und Kurierdienste durch weniger Staus effizienter arbeiten konnten, was wirtschaftliche Vorteile brachte. Negative Auswirkungen auf den Einzelhandel wurden nicht festgestellt.

61. Ausbau der Park-and-Ride-Kapazitäten am Stadtrand

Um den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu erleichtern, müssen die Park-and-Ride-Kapazitäten am Stadtrand massiv ausgebaut und zu günstigen Konditionen angeboten werden. Gleichzeitig sollen mehr Ladeplätze für Elektrofahrzeuge geschaffen werden, um die Elektromobilität zu fördern. Diese Maßnahmen bieten Pendler*innen aus dem Umland eine attraktive Alternative zum Autofahren in der Stadt und entlasten gleichzeitig den innerstädtischen Verkehr.

62. Umfassender Ausbau des Carsharing-Angebots

Carsharing-Fahrzeuge sollten von der City-Maut befreit werden, während die gesamte Flotte schrittweise auf Elektroautos umgestellt wird. Eine zentrale Plattform, über die alle Anbieter gebucht werden können, würde den Zugang erleichtern und die Nutzung attraktiver machen. Dies fördert den Übergang von individuellem Autobesitz hin zu einer ressourcenschonenden Sharing-Ökonomie. Förderung von Mobility-as-a-Service (MaaS) wird die Integration aller öffentlichen Verkehrsmittel sowie Sharing-Dienste in eine digitale Plattform, die Buchung, Bezahlung und Routenplanung vereinfachen.

Best Practice

Helsinki hat mit seiner "Whim"-App ein erfolgreiches MaaS-System etabliert, das den privaten Autobesitz überflüssig macht.

63. Werbekampagne zur Förderung klimafreundlicher Mobilität

Parallel dazu sollte eine groß angelegte Werbekampagne gestartet werden, um die Bevölkerung von den Vorteilen alternativer Mobilitätsformen wie Radfahren und öffentlichem Verkehr zu überzeugen. Plakate an stark frequentierten Straßen könnten gezielt auf die Nachteile des Autobesitzes hinweisen und gleichzeitig attraktive Alternativen bewerben. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, das Bewusstsein für nachhaltige Mobilität zu stärken und den Wandel hin zu einer klimafreundlichen Stadt aktiv voranzutreiben.

64. Flächendeckende Einführung von Fahrradstraßen

Um das Radfahren in Wien attraktiver zu machen, sollen Fahrradstraßen eingerichtet werden, die für den Autoverkehr vollständig geschlossen sind. Diese Straßen sollen vor allem in Seitenstraßen verlaufen, um eine sichere und angenehme Umgebung für Radfahrer*innen zu schaffen. An Kreuzungen ohne Ampeln soll Radfahrer*innen grundsätzlich Vorfahrt gewährt werden, und alle Parkplätze für Autos auf diesen Straßen sollen entfernt werden. Fahrradstraßen bieten eine ideale Möglichkeit, den Radverkehr zu fördern und gleichzeitig die Sicherheit sowie den Komfort für Radfahrer*innen zu erhöhen. Sie sind ein wichtiger Schritt hin zu einer nachhaltigen Mobilitätswende.

65. Grundlegende Verbesserung der Qualität des Radverkehrsnetzes

Das bestehende Radwegenetz in Wien muss so gestaltet werden, dass sich jede Familie, unabhängig von Alter oder Erfahrung, sicher mit dem Fahrrad durch die

Stadt bewegen kann. Radwege sollen breit, gut markiert und baulich vom Autoverkehr getrennt sein, wo immer dies möglich ist. Zudem müssen Lücken im Netz geschlossen werden, sodass alle Radwege miteinander verbunden sind und keine abrupten Enden mehr existieren. Ein durchgängiges und hochwertiges Netz erhöht nicht nur die Sicherheit, sondern macht das Fahrrad-fahren auch für mehr Menschen zu einer attraktiven Alternative.

66. Öffnung aller Einbahnstraßen für den Radverkehr

Nach dem Vorbild von Belgien sollen alle Einbahnstraßen für Fahrräder für die Gegenrichtung geöffnet werden wenn ausreichend Begegnungsbreite zur Verfügung stehen und die Höchstgeschwindigkeit begrenzt ist (Tempo 30). Dies würde nicht nur die Wegeföhrung für Radfahrer*innen erleichtern, sondern auch die Sensibilität an Kreuzungen erhöhen und so zur Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen beitragen. Eine solche Maßnahme ist einfach umzusetzen und stärkt die Position des Fahrrads als gleichberechtigtes Verkehrsmittel in der Stadt.

Der Anteil geöffneter Einbahnen variiert stark zwischen den Bezirken, von 10% in Döbling bis zu 73% in Währing. In Währing wurden innerhalb von nur 5 Jahren 35% an Einbahnen geöffnet. Eine stadtweite Öffnung der Einbahnen würde diese Unterschiede zwischen den Bezirken ausgleichen.

Best Practice

Das Vorbild **Brüssel** zeigt, dass eine großflächige Umsetzung möglich ist. Dort wurden innerhalb von 7 Jahren 80% der Einbahnen geöffnet.

67. Schutz vor Fahrraddiebstahl durch innovative Lösungen wie Fahrradboxen

Um die Qualität Wiens als Fahrradstadt weiter zu steigern, müssen Maßnahmen gegen Fahrraddiebstahl ergriffen werden. Sichere Abstellmöglichkeiten wie abschließbare Fahrradboxen an zentralen Orten können dazu beitragen, dass mehr Menschen das Fahrrad als Hauptverkehrsmittel nutzen. Der Schutz vor Diebstahl ist ein entscheidender Faktor, um das Vertrauen in den Radverkehr zu stärken.

68. Ausbau des City-Bike-Netzes in den äußeren Bezirken

Das City-Bike-System muss auch in den Randbezirken ausgebaut werden, um allen Wiener*innen Zugang zu einem flexiblen und kostengünstigen Leihfahrradangebot zu ermöglichen. Ein flächendeckendes System erleichtert es insbesondere Pendler*innen und Gelegenheitsradler*innen, das Fahrrad als Teil ihrer täglichen Mobilität einzusetzen. Dies fördert nicht nur den Umweltgedanken, sondern entlastet auch den öffentlichen Verkehr und reduziert den Autoverkehr in der Stadt.

69. Einrichtung von Grünstraßen zur Schaffung neuer Grünflächen

Um mehr Grünraum in Wien zu schaffen, sollen wenig befahrene Seitenstraßen in Parks mit Fußgängerwegen umgewandelt werden. Diese Straßen sollen für jeglichen motorisierten Verkehr gesperrt sein, mit Ausnahme von Lieferverkehr, Müllabfuhr und Feuerwehr, deren Zufahrt über breite Fußgängerwege gewährleistet wird. Fahrradverkehr wird zwar erlaubt, jedoch strikt von Fahrradstraßen getrennt. Wo möglich, bleiben Wege unversiegelt und Wasserläufe werden integriert. Diese

Maßnahme geht weit über die bisherigen "coolen Straßen" hinaus und bietet eine effektive Lösung gegen den städtischen Wärmeineffekt.

70. Ausweitung des Straßenbegleitgrüns zur Verbesserung des Mikroklimas

Parkstreifen entlang von Straßen sollen verstärkt mit Bäumen bepflanzt werden, um den beschatteten Raum zu kühlen und die nächtliche Wärmeabgabe des Bodens zu reduzieren. Besonders Straßen in Ost-West-Richtung sowie breite Straßen und Kreuzungsbereiche sind aufgrund ihrer intensiven Sonneneinstrahlung zu priorisieren. Der Fokus auf Biodiversität bei der Bepflanzung fördert zudem den Artenreichtum in der Stadt. Studien belegen, dass der Temperaturunterschied unter Baumkronen bis zu 10 °C betragen kann, was das Stadtklima nachhaltig verbessert.

71. Endgültige Absage des Lobau-Autobahnprojekts

Die Stadt Wien und der Bund sollen das Projekt endgültig stoppen und stattdessen Mittel in nachhaltige Mobilitätslösungen investieren.

Das Lobau-Autobahnprojekt steht im Widerspruch zu den Klimazielen Wiens und Österreichs, da es den motorisierten Individualverkehr fördert und wertvolle Naturräume im Nationalpark Donau-Auen gefährdet. Der Verkehr verursacht bereits über 40 % der Treibhausgasemissionen in Wien – eine nachhaltige Verkehrswende ist daher dringend erforderlich.

Stattdessen sollen die Mittel in ein modernes Mobilitätskonzept fließen, das auf Schienenverkehr, öffentlichen Nahverkehr, aktive Mobilität und regionale Zusammenarbeit setzt. Eine direkte S-Bahn-Verbindung zwischen Groß-Enzersdorf und dem 22. Bezirk (z. B. Aspern Nord) mit Anbindung an das Stadtzentrum würde

den Pendlerverkehr mit dem Auto deutlich reduzieren. Ebenso könnte eine Verlängerung bestehender Straßenbahnlinien wie der Linie 26 nach Groß-Enzersdorf realisiert werden. Durch Bürgerbeteiligung kann die lokale Bevölkerung aus Groß-Enzersdorf und dem 22. Bezirk in die Planung zukünftiger Mobilitätslösungen durch Workshops, Dialogveranstaltungen und Online-Beteiligungsplattformen eingebunden werden.

Best Practice

Beispiele aus Städten wie **Zürich**, **Kopenhagen** oder **Helsinki** zeigen, dass solche Maßnahmen nicht nur ökologisch sinnvoll sind, sondern auch die Lebensqualität der Menschen erheblich verbessern.

72. Förderung von Güterverkehr auf der Schiene

Wir fordern den Ausbau multimodaler Logistikzentren im Umland Wiens, um den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Diese Maßnahme soll dazu beitragen, den Anteil des Güterverkehrs auf der Schiene zu erhöhen und somit die CO₂ Emission im Transportsektor zu senken.

Best Practice

Rotterdam hat durch multimodale Güterlogistik den Lkw-Verkehr reduziert und gleichzeitig die Effizienz gesteigert.

73. Gesetzliche Anpassungen für nachhaltigen Straßenbau

Wir unterstützen die Reform des Bundesstraßengesetzes und die Einführung einer verpflichtenden Klimaverträglichkeitsprüfung für alle Straßenprojekte. Projekte, die nicht mit den Klimazielen vereinbar sind, dürfen nicht genehmigt werden. Zudem fordern wir eine gesetzliche Regelung, die Investitionen in öffentliche Verkehrsmittel gegenüber neuen Straßenprojekten vorrangig behandelt.

Best Practice

In **Schweden** wird bei Infrastrukturprojekten systematisch geprüft, ob sie mit nationalen Klimazielen vereinbar sind.

74. Einsatz klimafreundlicher Materialien bei Straßenbelägen

Bei Neubauten und Instandhaltungen von Straßen sollen Asphalt- und Metalloberflächen durch helle Betonflächen, Natursteinpflaster oder schottergebundene Decken ersetzt werden. Diese Materialien reflektieren mehr Sonnenlicht und speichern weniger Wärme, wodurch sie den Temperaturunterschied zwischen Stadt und Umland verringern. Ein solcher Ansatz ist entscheidend für eine nachhaltige Anpassung an den Klimawandel.

75. Ausbau taktiler Leitsysteme und Orientierungshilfen

Taktile Leitsysteme und akustische Orientierungshilfen müssen flächendeckend in Wien ausgebaut werden. Blinde und sehbehinderte Menschen stoßen in Wien häufig auf unzureichende oder fehlerhafte Leitsysteme (z. B. Leitstreifen, die ins Leere führen). Akustische Ampelsignale sind nicht flächendeckend vorhanden oder nachts deaktiviert.

- **Taktile Leitsysteme** an allen wichtigen Verkehrsknotenpunkten (Bahnhöfe, Haltestellen) auszubauen.
- **Akustische Signale** an allen Ampeln zu installieren und diese rund um die Uhr zu aktivieren.
- **Digitale Orientierungshilfen** wie Navigations-Apps („BlindSquare“) einzuführen, um barrierefreie Routen anzuzeigen. Apps wie „BlindSquare“ helfen sehbehinderten Menschen, sich in komplexen Umgebungen zu orientieren. Sie liefern Echtzeitinformationen über Hindernisse, Verkehr und barrierefreie Wege.

Best Practice

Städte wie **Bremerhaven** setzen auf sprechende Haltestellen und vertonte Stadtpläne, die eine sichere Orientierung ermöglichen. In Münster werden Hindernisse wie Pfosten farblich markiert, um sie besser sichtbar zu machen – eine einfache, aber effektive Maßnahme für Menschen mit Sehbehinderungen

76. Barrierefreie öffentliche Verkehrsinfrastruktur

Alle öffentlichen Verkehrsmittel sowie Haltestellen müssen vollständig barrierefrei sein. Obwohl viele Wiener Verkehrsmittel bereits barrierefrei gestaltet sind, gibt es immer noch Probleme mit defekten Rampen, zu engen Einstiegen oder fehlenden taktilen Markierungen an Haltestellen.

Für Wien wird vorgeschlagen:

- Sicherstellung funktionierender Rampen in allen Verkehrsmitteln.
- Einführung taktiler Markierungen an allen Haltestellen.
- Schulungen für Fahrer*innen im Umgang mit mobilitätseingeschränkten Personen.

Best Practice

In **Wiesbaden** sind alle Busse barrierefrei und Haltestellen mit taktilen Wartefeldern ausgestattet wurden, zeigen den Weg.

77. Förderung barrierefreier Umbauten

Die Stadt Wien soll Förderprogramme für private Umbauten (z. B. Wohnungen, Geschäfte) ausweiten. Derzeit bietet Wien Förderungen für behinderten-gerechte Umbauten (z. B. Treppenlifte, Türverbreiterungen), jedoch ist der Zugang zu diesen Programmen oft bürokratisch kompliziert.

- Vereinfachung des Antragsprozesses für Förderungen.
- Erhöhung der finanziellen Mittel für barrierefreie Umbauten.
- Einführung eines Bonusprogramms für Unternehmen, die ihre Räumlichkeiten barrierefrei gestalten.

Best Practice

Städte wie **Münster**, wo einfache Antragsverfahren für barrierefreie Maßnahmen existieren, könnten adaptiert werden.

78. Sensibilisierung durch Öffentlichkeitskampagnen

Die Stadt Wien soll Bewusstseins-Kampagnen starten, um die Bedeutung von Barrierefreiheit hervorzuheben. Viele Barrieren entstehen durch mangelndes Bewusstsein bei Planer*innen, Architekt*innen oder der allgemeinen Bevölkerung.

- Start einer Kampagne unter dem Motto „Barrierefreies Wien 2030“.
- Einrichtung von Dialogforen zwischen Menschen mit Behinderungen, Planer*innen und Entscheidungsträger*innen.
- Sensibilisierung von Unternehmen durch Zertifikate („Barrierefrei zertifiziert“).

Best Practice

Städte wie **Wiesbaden** führen regelmäßige Treffen zwischen Politik und Betroffenen durch, um Lösungen zu erarbeiten.

79. Begrünung von Fassaden und Dächern

Neue Gebäude sollen verpflichtet werden, mindestens so viel Grünfläche an Fassaden und Dächern bereitzustellen, wie sie ihre Grundfläche ausmacht. Für bestehende Gebäude soll die Begrünung durch Förderprogramme unterstützt werden. Besonders städtische Gebäude wie U-

Bahn-Stationen, Universitäten oder Ämter bieten großes Potenzial für großflächige Begrünung. Diese Maßnahme nutzt ungenutzte Flächen effektiv zur Verbesserung des Stadtklimas und stärkt Wiens Vorbildfunktion im Klimaschutz.

80. Klimafreundliches Bauen und Heizen

Wir unterstützen die ehrgeizigen Wiener Klimaschutzziele und setzen auf umweltfreundliches Bauen. Neubauten sollten Dachflächen grundsätzlich sinnvoll für Solarenergie, Begrünung oder Wassergewinnung nutzen. Eine Kombination aus Dachbegrünung und Photovoltaik ist besonders effektiv, da die Pflanzen die Solarmodule kühlen und deren Leistung um bis zu 4% steigern können.

Zusätzlich fördert die Mischung aus Licht, Schatten und Feuchtigkeit die Artenvielfalt. Gründächer und begrünte Wände folgen dem Schwammstadt-konzept und helfen Hitze zu reduzieren, die Luft zu verbessern und Wasser zu speichern. Sie entlasten zudem die Kanalisation, da Regenwasser besser gespeichert und versickern kann.

Best Practice

Viele **Deutsche** Städte, **Amsterdam**, **Oslo** und **Kopenhagen** setzen bereits auf Schwammstadt-konzepte.

81. Förderung privater Innenhofbegrünungen zur Steigerung der Biodiversität

Hausbesitzer*innen sollen durch Förderprogramme ermutigt werden, ihre Innenhöfe zu begrünen und dabei auf heimische und insektenfreundliche Pflanzen zu setzen. Begrünte Innenhöfe verbessern nicht nur das Mikroklima, sondern bieten auch Lebensraum für Tiere und Pflanzen in urbanen Gebieten.

82. Umgestaltung und Renaturierung des Wienflusses

Das Wiental bietet großes Potenzial als Naherholungsgebiet für dicht besiedelte Bezirke wie Margareten und Mariahilf. Durch eine Umgestaltung soll der Wienfluss wieder zugänglich und erlebbar gemacht werden, ähnlich wie es bereits am Liesingbach umgesetzt wurde. Bestehende Konzepte zur Renaturierung müssen endlich realisiert werden, da Maßnahmen wie die 1. Wiental-Terrasse nicht ausreichen, um das volle Potenzial des Gebiets auszuschöpfen.

83. Integration des Schwammstadt-Konzepts in alle Begrünnungsmaßnahmen

Das Schwammstadt-Konzept zielt darauf ab, städtische Räume so zu gestalten, dass sie Regenwasser wie ein Schwamm aufnehmen, speichern und bei Bedarf wieder abgeben können. Initiativen wie Grünstraßen oder Straßenbegleitgrün tragen maßgeblich zur Entsiegelung bei und unterstützen dieses Konzept effektiv. Der Schwammstadt-Ansatz ist ein zentraler Baustein für eine klimaresiliente Stadtplanung in Wien.

84. Förderung erneuerbarer Energien durch lokale Projekte

Wir unterstützen die stärkere Förderung lokaler Energieprojekte von Genossenschaften und Kommunen sowie die bessere Bekanntmachung bestehender Programme. Zudem setzen wir uns für den Ausbau und die finanzielle Unterstützung bestehender Initiativen ein. Um die Akzeptanz zu erhöhen und die Wertschöpfung vor Ort zu stärken, soll die lokale Bevölkerung an den Projekten beteiligt werden. Dezentrale Energieprojekte sind für eine erfolgreiche Energiewende unverzichtbar.

Best Practice

In **Belgien** bieten viele Bürgergenossenschaften bereits seit Jahrzehnten umweltfreundliche Energie zu einem festen Grundpreis an – unabhängig von großen Konzernen. Die Stadt **Tübingen** hat eine Photovoltaik-Pflicht bereits seit 2018 etabliert und erzielt damit gute Erfolge. **Baden-Württemberg** hat eine entsprechende Regelung nun landesweit eingeführt.

85. Verbesserung des Wasser-Managements & Hochwasser-Schutz

Ein verbessertes Wassermanagement trägt dazu bei, ökologische Schäden zu verhindern und die Artenvielfalt zu fördern. Wir unterstützen die Einführung eines getrennten Abwassersystems, das Regen- und Abwasser separat abgeleitet. Dadurch werden Wasseraufbereitungsanlagen entlastet und Überläufe von unbehandeltem Abwasser in die Donau verhindert.

Wir fordern den Ausbau dezentraler Wasserspeicher wie Grünwände, Gründächer und Parks mit Retentionsbecken halten Regenwasser zurück. Parkflächen sollen zudem verpflichtend mit Versickerungssystemen wie Grünmuldensteinen, Filtern und Aktivkohle ausgestattet werden. Dies sorgt dafür, dass das Wasser langsamer in die Kanalisation gelangt und Hochwasserwellen abgeschwächt werden. Zudem fördern diese Maßnahmen den Erhalt des Grundwasserspiegels.

Best Practice

Kopenhagen ist ein Vorbild für die Schwammstadt, um Hochwasser zu vermeiden. In **Deutschland** gibt es ein Modellprojekt an der Glems mit dem Leitfaden „Kommunales Starkregen-Risikomanagement“.

86. Klimaanpassung und Hitzeschutz

Wir unterstützen die im Wiener Klimaschutzplan aufgeführten Maßnahmen und wollen sie weiter ausbauen.

Naturbasierte Lösungen zum Hitzeschutz sind nachhaltig und sollten, wenn sie genauso wirksam sind wie technische Maßnahmen, bevorzugt werden. Sie unterstützen gleichzeitig den Klimaschutz, die Artenvielfalt, den Wasserkreislauf und eine grüne Stadtentwicklung. Dazu gehört eine ausreichende Begrünung mit Stadtbäumen, wie es der Berliner Baumentscheid vorsieht oder in Ljubljana umgesetzt wurde. Die Maßnahmen sollten regelmäßig überprüft werden, um ihre Wirksamkeit sicherzustellen.

Hitze- und Gesundheitsschutz im Sommer soll durch flexible Arbeits-, Betriebs- und Öffnungszeiten unterstützt werden. Kleine Grünflächen wie Pocket Parks oder Klimakisten sollen allen Wiener*innen schnelle Abkühlung bieten. Wir fördern die Begrünung von Dächern und Fassaden, um Städte kühler zu machen, und finanzieren öffentliche Kühlräume für besonders gefährdete Menschen. Wien bietet online eine Übersicht an Trinkbrunnen, Kühlräumen und öffentlichen Toiletten. Diese Informationen müssen besser kommuniziert und die Infrastruktur weiter ausgebaut werden, insbesondere in dicht bebauten Stadtvierteln. Bauvorschriften müssen entsprechend abgeändert werden, um besseren Hitzeschutz durch Isolation und Beschattung sicherzustellen.

Klimaanpassung und Hitzeschutz müssen sozial gerecht sein. Mehr öffentliche Grünflächen zur Abkühlung und energieeffiziente, klimaresistente Neubauten im sozialen Wohnungsbau sorgen für widerstandsfähige Stadtviertel. Förderungen für gemeinschaftliche Begrünungen helfen, alle Bürger*innen zu schützen.

Öffentliche Sportstätten und Spielplätze brauchen ausreichend Schatten, damit sie auch im Sommer nutzbar bleiben. Hitzeschutz soll im Schulunterricht und in Bildungseinrichtungen fester Bestandteil sein, z. B. durch Schulgärten, die Schulhöfe kühlen. Mehr Schulungen für Unternehmen sollen das Bewusstsein für Nachhaltigkeit und Hitzeschutz stärken und den Arbeits- und Gesundheitsschutz verbessern.

Best Practice

Ljubljana gehört zu den nachhaltigsten Städten Europas und verfolgt diese Entwicklung seit 2007 als Vision für 2025. Heute sind fast 75 % der Stadt begrünt, mit über 50.000 Bäumen. Jede*r Einwohner*in hat im Schnitt 542 m² Grünfläche – in Wien sind es nur etwa 115 m². Die Innenstadt ist weitgehend autofrei, der Fahrradverkehr und der öffentliche Nahverkehr werden gefördert, einschließlich Elektro-Fahrrad- und Carsharing-Programmen. Zudem investiert die Stadt in die energieeffiziente Sanierung öffentlicher Gebäude mit grünen Dächern und Außenbeschattung.

87. Ausbau des Monitoring der Wiener Wasserqualität

Wir fordern eine Erweiterung des Klimafahrplans der Stadt Wien um konkrete Maßnahmen zur Sicherung der Wiener Wasserqualität, zur Verbesserung der Luftqualität und zum Schutz der Gesundheit. Um die Wasserqualität zu gewährleisten, empfehlen wir ein Ausbau des Monitorings, insbesondere in Bezug auf bakterielle Belastungen. Zudem sollte ein Frühwarnsystem eingeführt werden, das Verunreinigungen im Leitungswasser frühzeitig erkennt.

88. Ausbau des Monitoring der Luftqualität

Zur gezielten Verbesserung der Luftqualität und zum Schutz der Gesundheit der Menschen fordern wir die Erstellung eines Lufteinhalteplans mit besonderem Fokus auf die Reduktion von Ozon- und Feinstaubbelastung. Ein verbessertes Pollenmonitoring, beispielsweise über Apps, soll Menschen mit Allergien rechtzeitig warnen. Wir unterstützen außerdem die Prüfung kurzfristiger Maßnahmen wie spontane Sonntagsfahrverbote für die Innenstadt, um akute Belastungsspitzen zu reduzieren.

89. Maßnahmen zur Prävention psychischer Gesundheitsrisiken durch Hitze

Hitze beeinflusst auch die psychische Gesundheit der Wiener Bevölkerung. Neben der Zunahme von Angststörungen und Depression steigt auch das Risiko für Suizid. Aggressives und antisoziales Verhalten nehmen auch messbar zu. Ergänzend zum aktuellen Klimafahrplan und Hitzeschutzplan unterstützen wir die Ausweitung psychologischer Beratungsangebote und Hotlines, die sich speziell mit hitzebedingten psychischen Belastungen befassen.

90. Inklusive Katastrophenvorsorge und Evakuierungspläne

Katastrophenvorsorge und Evakuierungspläne in Wien müssen barrierefrei gestaltet und Menschen mit Behinderungen aktiv einbezogen werden, da sie ein viermal höheres Risiko haben, bei Naturkatastrophen wie Überschwemmungen oder Hitzewellen zu sterben. In Notfallsituationen fehlt es oft an barrierefreien Notunterkünften, zugänglichen Warnsystemen und geschultem Personal. Die Flutkatastrophe im Ahrtal (2022 Deutschland) verdeutlichte diese Defizite tragisch, als zwölf

Menschen mit Behinderungen in einer Einrichtung starben, weil keine rechtzeitige Evakuierung möglich war.

Volt steht für:

- **Barrierefreie Notunterkünfte:** Ausstattung mit Rampen, taktilen Leitssystemen und behinderten- gerechten Sanitäreinrichtungen.
- **Zugängliche Warnsysteme:** Einführung von Warnmeldungen in Gebärdensprache, Leichter Sprache sowie akustischen und visuellen Formaten.
- **Schulungen für Einsatzkräfte:** Rettungsdienste und Behörden müssen im Umgang mit Menschen mit Behinderungen geschult werden.

Best Practice

In den **Philippinen** wurde die Einbindung von Menschen mit Behinderungen in die Planung von Katastrophenschutzmaßnahmen die Sicherheit erheblich verbessert.

91. Klimaschutzmaßnahmen inklusiv gestalten

Klimaschutzmaßnahmen in Wien müssen so gestaltet werden, dass sie keine zusätzlichen Barrieren für Menschen mit Behinderungen schaffen. Klimaschutzmaßnahmen wie das Verbot von Plastikstrohhalm oder nicht rollstuhl- gerechte E-Ladesäulen haben unbeabsichtigt neue Barrieren für Menschen mit Behinderungen geschaffen. Um solche Probleme zu vermeiden, müssen Betroffene frühzeitig in die Planung eingebunden werden. Die UN-Behindertenrechtskonvention fordert explizit eine inklusive Gestaltung aller Maßnahmen. Volt steht für:

- **Partizipation sicherstellen:** Menschen mit Behinderungen müssen feste Plätze in Gremien erhalten, die über Klimaschutzmaßnahmen entscheiden.
- **Barrierefreie Infrastruktur fördern:** Neue Technologien wie E-Ladesäulen

oder Fahrradwege müssen auch für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen nutzbar sein.

- **Evaluierung bestehender Maßnahmen:** Klimaschutzprojekte sollten auf ihre Auswirkungen auf Menschen mit Behinderungen geprüft werden.

92. Inklusiver Schutz vor gesundheitlichen Folgen des Klimawandels

Menschen mit Behinderungen müssen besser vor gesundheitlichen Risiken wie Hitzewellen oder Luftverschmutzung geschützt werden. Hitzewellen, Wassermangel und verstärkter Pollenflug treffen Menschen mit Behinderungen besonders hart – etwa aufgrund eingeschränkter Thermoregulation bei Rückenmarksverletzungen oder allergischem Asthma. Der Zugang zu Gesundheitsdiensten ist oft erschwert, was bestehende Ungleichheiten verschärft.

Volt steht für:

Kühlräume schaffen: Einrichtung von barrierefreien „Cooling Centers“ während Hitzewellen.

Verbesserter Zugang zu Gesundheitsdiensten: Barrierefreie Arztpraxen und mobile Gesundheitsdienste für besonders gefährdete Gruppen.

Informationskampagnen: Aufklärung über gesundheitliche Risiken des Klimawandels in Leichter Sprache sowie Gebärdensprache.

93. Datenbasierte Planung und Forschung

Wien benötigt bessere Daten zur Betroffenheit von Menschen mit Behinderungen durch den Klimawandel, um gezielte Maßnahmen zu entwickeln. Es fehlen detaillierte Daten über die spezifischen Auswirkungen des Klimawandels auf Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen. Ohne diese Informationen können keine

effektiven Maßnahmen geplant werden. Best Practices aus internationalen Projekten zeigen, dass datenbasierte Ansätze entscheidend sind.

Volt steht für:

- **Erhebung nach Behinderung differenzierter Daten:** Regelmäßige Studien zur Betroffenheit durch Extremwetterereignisse und Klimaveränderungen.
- **Forschung fördern:** Zusammenarbeit mit Universitäten und NGOs, um innovative Lösungen zu entwickeln.

IV. Vielfalt und eine offene Gesellschaft fördern

Aktuelle Probleme

Wien ist eine vielfältige und multikulturelle Stadt, die von Migration profitiert. Unterschiedliche Kulturen bereichern das gesellschaftliche Leben, fördern Solidarität und stärken eine offene, tolerante Gesellschaft. Dennoch stehen Migrantinnen und ausländische Staatsbürgerinnen in Wien vor erheblichen Herausforderungen, da sie oft als zweit- oder drittklassig behandelt werden. Besonders seit 2015 hat sich die politische Stimmung durch eine zunehmend restriktive und nach rechts rückende Bundespolitik verschärft, was sich negativ auf die Integration auswirkt.

Eines der größten Probleme ist der Zugang zum Arbeitsmarkt, da viele Migrantinnen eine Arbeitsbewilligung benötigen, die oft schwer zu erhalten ist. Das Arbeitsmarktservice (AMS) arbeitet langsam, und viele Arbeitgeber schrecken vor den komplexen Antragsverfahren zurück. Es fehlen zudem praktische Integrationsmodelle für Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus.

Auch in der Grundversorgung gibt es große Hürden: Fehlende Anerkennung ausländischer Abschlüsse führt dazu, dass viele Betroffene keinen Zugang zu regulären Arbeitsplätzen erhalten und im schlimmsten Fall sogar ihre Wohnplätze verlieren. Für Geflüchtete aus der Ukraine gibt es zudem Unsicherheiten bei der Anrechnung von Einkommen auf Sozialabgaben sowie fehlende langfristige Pläne zur beruflichen Integration. Auf Bundesebene wird Integration oft erst ermöglicht, wenn eine Person einen festen Aufenthaltsstatus hat, was dazu führt, dass viele Menschen jahrelang ohne Perspektive bleiben, anstatt die Zeit für Qualifizierungsmaßnahmen zu nutzen.

Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse gestaltet sich selbst in Mangelberufen schwierig, wodurch qualifizierte Fachkräfte nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Gleichzeitig ist das Asylsystem überlastet, viele Asylwerberinnen geraten in eine prekäre Lage, und der Bund verschärft Verfahren, anstatt Lösungen zu schaffen. Die Stadt Wien steht unter immensem Druck, da sie für die Grundversorgung der Betroffenen zuständig ist, während der Bund die Integration durch restriktive Vorgaben erschwert. Besonders subsidiär Schutzberechtigte haben oft keinen stabilen Aufenthaltsstatus, was ihre Chancen auf Arbeit, Wohnraum und soziale Sicherheit zusätzlich verschlechtert. Insgesamt kämpft Wien mit den Folgen einer integrationsfeindlichen Bundespolitik, die es der Stadt erschwert, Migrant*innen und Geflüchteten echte Perspektiven zu bieten, obwohl ihr Beitrag zur Gesellschaft und Wirtschaft unbestreitbar ist.

Unsere Vision

Unsere Vision ist eine offene, tolerante und gleichberechtigte Gesellschaft in Wien, in der jeder Mensch – unabhängig von Herkunft, Nationalität, ethnischer, religiöser oder anderer Zugehörigkeit – die gleichen Chancen hat, sich zu entfalten. Dafür braucht es eine funktionierende, menschenzentrierte Migrations- und Integrations- und Antidiskriminierungspolitik, nicht nur in Wien, sondern in ganz Österreich und Europa. Integration muss von Anfang an ermöglicht werden, ohne Unsicherheiten über Aufenthaltsstatus, Zukunftsperspektiven oder gesellschaftliche Zugehörigkeit.

Jeder Mensch verdient eine menschenwürdige Behandlung, die es ihm ermöglicht, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, ein eigenes Einkommen zu erwirtschaften und aktiv zur Gesellschaft beizutragen, anstatt durch bürokratische Hürden in eine erzwungene Abhängigkeit von Sozialleistungen und Armut gedrängt zu werden. Ein gesicherter Aufenthalt, eine verlässliche Aufnahme sowie die Zugehörigkeit zu lokalen Gemeinschaften sind essenziell, um psychische Belastungen zu reduzieren – insbesondere für Menschen, die auf ihrem Weg nach Europa bereits große Schwierigkeiten erlebt haben.

Durch gezielte Schulungsmaßnahmen und eine erleichterte Anerkennung ausländischer Abschlüsse wollen wir die Integration in den Arbeitsmarkt fördern und gleichzeitig den Fachkräftemangel bekämpfen, sodass sowohl Migrant*innen als auch die Gesellschaft insgesamt profitieren. Jeder Mensch ist wertvoll und kann Teil unserer vielfältigen Stadt werden – Wien soll ein Vorbild für eine zukunftsorientierte, solidarische und chancengerechte Gesellschaft sein.

Volt setzt sich umfassend für die Gleichstellung und den Schutz von Minderheiten ein, wobei der Fokus auf queeren Menschen, ethnischen und kulturellen Gruppen sowie nationalen Minderheiten liegt. Konkret fordert Volt die Legalisierung der Ehe für alle, Reformen im Abstammungsrecht, die Stärkung der Rechte von Trans- und Intersexuellen sowie ein Verbot von Konversionstherapien.

Im Bereich Antidiskriminierung plant Volt Sensibilisierungsmaßnahmen für Polizei und Justiz, die Erfassung von Hassverbrechen und die Stärkung von Konfliktberatungsstellen im Bildungssystem. Volt beabsichtigt, strukturellen Rassismus durch die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, die Rückgabe geraubten Kulturgutes und die Bekämpfung von Racial Profiling zu adressieren.

Um die Teilhabe aller Menschen zu gewährleisten, fordert Volt "positive Diskriminierung" in Unternehmen, vertrauliche Meldekanäle für Diskriminierung und die Förderung von Diversität im Bildungswesen. Auch der Schutz nationaler Minderheiten wie Sint*izze und Rom*nja sowie die Stärkung jüdischen Lebens und der Kampf gegen Antisemitismus sind zentrale Anliegen.

94. Integration ab Tag 1 ermöglichen

Geflüchtete und Migrant*innen sollen bereits während des Asyl- und Einwanderungsverfahrens Zugang zu Sprachkursen, Bildungsangeboten und gemeinnützigen Tätigkeiten erhalten.

Programme wie „Integration ab Tag 1“ zeigen, dass frühe Maßnahmen die Chancen auf erfolgreiche Integration erhöhen und gleichzeitig den Fachkräftemangel lindern können.

Geflüchtete sollen frühzeitig einen gesicherten Aufenthaltsstatus erhalten und umfassend über ihre Rechte und Möglichkeiten informiert werden.

Ein sicherer Aufenthalt reduziert psychische Belastungen und schafft die nötige Stabilität, um sich in die Gesellschaft einzubringen. Die Grundversorgung muss menschenwürdig gestaltet sein, um Abhängigkeiten zu vermeiden.

Best Practice

Berlin bietet niedrigschwellige Deutschkurse sowie gemeinnützige Tätigkeiten für Geflüchtete über die „Refugee Welcome“-Initiative an. Ziel ist es, die Wartezeit während des Asylverfahrens sinnvoll zu nutzen.

95. Anerkennung ausländischer Abschlüsse erleichtern

Die Stadt Wien soll Verfahren zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen vereinfachen und beschleunigen. Viele Migrant*innen bringen wertvolle Fähigkeiten mit, die durch bürokratische Hürden ungenutzt bleiben. Eine schnelle Anerkennung hilft, diese Potenziale in den Arbeitsmarkt einzubringen und die Eigenständigkeit der Betroffenen zu fördern.

Best Practice

Kanada bietet beschleunigte Verfahren (Fast Track Recognition) zur Anerkennung von Qualifikationen für Berufe mit hohem Fachkräftemangel an. Dazu gehören standardisierte Prüfungen und schnelle Bewertungsprozesse. Die Programme haben dazu beigetragen, dass Fachkräfte schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden können. In Deutschland koordinieren zentrale Stellen wie das „Anerkennung in Deutschland“-Portal und regionale Beratungsstellen die Anerkennung von Qualifikationen. Es gibt klare Zuständigkeiten und transparente Prozesse, die online abrufbar sind und damit ist der Zugang zu Informationen erheblich erleichtert.

96. Begegnung und Dialog fördern

Die Stadt Wien sollte interkulturelle Begegnungsprojekte wie Kochabende, Sportaktivitäten oder Nachbarschaftszentren ausbauen. Solche Initiativen fördern das gegenseitige Verständnis und bauen Vorurteile ab. Integration im Sinne von Inklusion ist ein wechselseitiger Prozess, der durch Begegnungen auf Augenhöhe gestärkt wird.

97. Diversitätsorientierte Stadtverwaltung stärken

Die Stadtverwaltung soll ihre Diversitätskompetenzen weiterentwickeln und sicherstellen, dass ihre Dienstleistungen die Vielfalt der Bevölkerung widerspiegeln. Ein integrationsorientiertes Diversitätsmanagement ermöglicht es, die Bedürfnisse aller Wiener*innen besser zu berücksichtigen und Chancengleichheit zu fördern.

98. Bildung als Schlüssel zur Integration priorisieren

Migrant*innen und Geflüchtete sollen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus Zugang zu Bildungsangeboten erhalten, einschließlich Sprachkursen und beruflicher

Qualifikation. Bildung ist essenziell für gesellschaftliche Teilhabe. Programme wie StartWien zeigen, dass gezielte Bildungsmaßnahmen den Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern.

99. Partizipation von Migrant*innen fördern

Migrant*innen sollen aktiv in Entscheidungsprozesse eingebunden werden, die ihr Leben betreffen. Mitbestimmung stärkt das Zugehörigkeitsgefühl und ermöglicht es Migrant*innen, aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken.

100. Anerkennung klima- und umweltbedingter Fluchtgründe

Menschen, die aufgrund von Umweltkatastrophen wie Dürren, Überschwemmungen oder dem steigenden Meeresspiegel ihre Heimat verlassen müssen, sollen in Österreich rechtlich geschützt werden. Die zunehmende Zahl von Umweltmigrant*innen zeigt, dass der Klimawandel nicht nur eine ökologische, sondern auch eine humanitäre Krise ist. Studien und internationale Beispiele belegen, dass Umweltkatastrophen bereits heute eine zentrale Rolle bei Migrationsbewegungen spielen. Eine rechtliche Anerkennung würde nicht nur den Betroffenen Schutz bieten, sondern auch Österreichs Verantwortung im globalen Kampf gegen die Folgen des Klimawandels unterstreichen. Derzeit fallen Umwelt- und Klimaflüchtlinge nicht unter die Genfer Flüchtlingskonvention, obwohl sie oft vor existenziellen Bedrohungen fliehen, die durch den Klimawandel verschärft werden. Österreich muss diese Schutzlücke schließen und klima- und umweltbedingte Fluchtgründe explizit in das Asylrecht aufnehmen. Obwohl die rechtliche Anerkennung von Umweltmigrant*innen primär auf nationaler Ebene geregelt werden muss, kann die Stadt Wien durch gezielte lokale

Initiativen einen wichtigen Beitrag leisten, um diese Menschen zu unterstützen und ihre Integration zu fördern. Angesichts der zunehmenden Zahl von Umweltflüchtlingen, die aufgrund von Dürren, Überschwemmungen oder dem steigenden Meeresspiegel ihre Heimat verlassen müssen, sollte Wien als eine weltoffene und verantwortungsbewusste Stadt aktiv in der Unterstützung dieser Menschen werden.

Best Practice

Schweden gewährt subsidiären Schutz für Personen, deren Leben durch Naturkatastrophen oder Umweltzerstörung bedroht ist. Dies geschieht unabhängig davon, ob sie explizit unter die Genfer Flüchtlingskonvention fallen.

101. Chancenjahr für Menschen mit abgelehntem Asylantrag

Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, sollen die Möglichkeit erhalten, ein Jahr lang legal zu arbeiten und sich durch Beschäftigung das Recht auf einen Aufenthaltstitel zu erarbeiten. Dieses Chancenjahr würde nicht nur den Betroffenen eine Perspektive bieten, sondern auch ihre Integration in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt fördern. Gleichzeitig könnten Unternehmen von der zusätzlichen Arbeitskraft profitieren, insbesondere in Branchen mit Fachkräftemangel.

Eine solche Regelung schafft eine Win-win-Situation: Sie ermöglicht es abgelehnten Asylwerber*innen, ihre Fähigkeiten einzubringen und sich langfristig zu integrieren, während die Stadt Wien einen Beitrag zur sozialen und wirtschaftlichen Stabilität leistet.

102. Verpflichtende antirassistischer Bildungsmodule

Um Rassismus und Diskriminierung effektiv zu bekämpfen, müssen alle Menschen

von klein auf für diese Themen sensibilisiert werden. Die Bildungsmodule sollen Wissen vermitteln, kritisches Denken fördern und zur Reflexion eigener Vorurteile anregen.

Der Text betont, dass Rassismus tief in gesellschaftlichen Strukturen verwurzelt ist und oft unbewusst reproduziert wird. Bildung ist der Schlüssel, um diese Muster aufzubrechen und eine Kultur des Respekts zu fördern. Der Text sagt auch, dass alle Queer-Themen im Sexualkunde-Unterricht abgedeckt werden müssen, was zu einer Beseitigung von Ungleichheiten führt.

103. Maßnahmen gegen Diskriminierung in Institutionen

Durchführung umfassender, unabhängiger Studien über Rassismus und Extremismus in Sicherheitsbehörden und Implementierung konkreter Präventionsmaßnahmen. Um institutionellen Rassismus zu bekämpfen, ist es notwendig, das Ausmaß des Problems objektiv zu erfassen und gezielte Maßnahmen zur Sensibilisierung und Schulung der Bediensteten zu entwickeln.

BIPoC (Black, Indigenous and People of Color) machen häufig Rassismuserfahrungen im Umgang mit Sicherheitsbehörden, was dem Anspruch an eine freie und plurale Gesellschaft widerspricht. Außerdem soll eine rassismus- und diskriminierungskritische Haltung in Sicherheitsbehörden gefördert werden, so wie eine umfassende Aufarbeitung von Verbrechen durch den Austrofaschismus der 1. Republik, der NS-Verbrechen.

104. Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt

Ausbau von Präventionsprogrammen zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt in Schulen, Jugendzentren und Gemeinden.

Um geschlechtsspezifische Gewalt zu verhindern, ist es notwendig, frühzeitig anzusetzen und junge Menschen für respektvolle Beziehungen, Gleichberechtigung und den Abbau schädlicher Geschlechterstereotype zu sensibilisieren. Die Stärkung der Rechte von Frauen und LGBTIQ+-Personen trägt dazu bei, geschlechtsspezifische Gewalt zu verhindern (siehe auch Kapitel V. Soziale Verantwortung übernehmen).

Wir fordern damit einhergehend auch ein Verbot von sexistischer Werbung im öffentlichen Raum. In Norwegen ist das Verbot sexistischer Werbung im Marketing-Gesetz verankert.

105. Schutz vulnerabler Gruppen, wie Obdachlosen, Roma und LGBTIQ+

Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für vulnerable Gruppen, insbesondere für Obdachlose, Roma und LGBTIQ+-Personen, die von Diskriminierung und Gewalt betroffen sind.

Vulnerable Gruppen benötigen gezielte Unterstützung, um ihre Rechte wahrnehmen zu können und vor Diskriminierung und Gewalt geschützt zu werden. Die Angebote sollen niedrigschwellig zugänglich sein und auf die spezifischen Bedürfnisse der jeweiligen Gruppe zugeschnitten sein.

Volt hebt hervor, dass Sinti*zze und Rom*nja häufig von institutioneller Diskriminierung betroffen sind und LGBTIQ+-Personen in vielen Lebensbereichen Benachteiligungen erfahren. Es ist daher wichtig, diesen Gruppen besonderen Schutz zu gewähren und ihre Teilhabe an der Gesellschaft zu fördern.

106. Kampf gegen Diskriminierung und Extremismus

Stärkung der interreligiösen und interkulturellen Dialogs, um Vorurteile abzubauen und ein friedliches Zusammenleben zu fördern.

Um religiös motivierter Diskriminierung und Extremismus entgegenzuwirken, ist es notwendig, den Dialog zwischen den verschiedenen Religionsgemeinschaften und Kulturen zu fördern und gegenseitiges Verständnis zu schaffen.

Volt sieht die Notwendigkeit, Antisemitismus zu bekämpfen und das jüdische Leben in allen gesellschaftlichen Bereichen zu stärken. Ebenso wird die Bekämpfung von Rassismus in all seinen Formen, einschließlich antimuslimischem Rassismus, gefordert. Ein offener Dialog kann dazu beitragen, Vorurteile abzubauen und ein friedliches Zusammenleben zu fördern.

107. Barrierefreiheit in Kultur und Sport

Kunst-, Kultur- und Sportangebote, die zugänglich für Menschen mit Behinderung sind, werden staatlich gefördert. Volt steht für die Einführung eines verpflichtenden Barrierefreiheits-Standards für alle staatlich geförderten Kultur- und Sporteinrichtungen sowie Veranstaltungen. Einrichtungen, die diese Standards erfüllen, könnten zusätzliche Fördermittel erhalten.

108. Abschaffung des Behördengangs bei der MA 35 für EU-Bürger*innen

Derzeit müssen EU-Bürgerinnen, die länger als drei Monate in Österreich bleiben, eine Bescheinigung des Daueraufenthalts beantragen, was einen separaten Behördengang bei der MA 35 erfordert. Dieser Prozess könnte effizienter gestaltet wer-

den, indem die Ausstellung dieser Bescheinigung direkt bei der Anmeldung des Wohnsitzes im Magistrat erfolgt. Dies würde die Bürokratie reduzieren und öffentliche Mittel für wichtigere Aufgaben freisetzen.

109. Schriftliche Kommunikation mit Behörden auf Englisch

Wien ist eine internationale Stadt mit vielen Unionsbürger*innen, die zum Arbeiten oder Studieren kommen und nicht immer über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Derzeit erfolgt die schriftliche Kommunikation mit Behörden überwiegend auf Deutsch, was den Zugang zu wichtigen Informationen erschwert. Eine standardisierte zweisprachige Kommunikation (Deutsch und Englisch) würde die Zugänglichkeit verbessern und Wien als internationale Metropole stärken.

110. Modernisierung des StbG und Erleichterung der Einbürgerung

Österreich hat weiterhin strenge Regeln für den Erwerb der Staatsbürgerschaft. Insbesondere die Möglichkeit einer Doppel- oder Mehrfachstaatsbürgerschaft für Unionsbürger*innen mit langjährigem Hauptwohnsitz in Österreich fehlt weitgehend. Während andere Länder wie Deutschland ihre Gesetze modernisiert haben, um europäische Integration zu fördern, bleibt Österreichs Gesetzgebung restriktiv. Die Einführung von Doppelstaatsbürgerschaften würde nicht nur das Demokratiedefizit verringern – insbesondere in Städten wie Wien mit hohem Anteil an EU-Zuwanderung –, sondern auch die gesellschaftliche Integration fördern.

Die Situation rund um Staatsbürgerschaftsanträge in Wien zeigt erhebliche Herausforderungen. In Wien werden 45 % aller Einbürgerungen in Österreich ge-

macht. Dennoch bleibt die Einbürgerungsrate mit rund 0,7% deutlich unter dem europäischen Durchschnitt von 2,4%. Die Bearbeitungszeit für Staatsbürgerschaftsanträge ist langwierig und der gesamte Prozess dauert oft mehrere Jahre. Es gibt keine genauen Statistiken zur Ablehnungsquote, jedoch berichten Betroffene häufig von fehlender Transparenz im Verfahren. Die Kommunikation mit der MA 35 ist oft unzureichend, und Antragsteller*innen erhalten nur sporadisch Informationen über den Status ihrer Anträge oder zusätzliche Anforderungen. Die MA 35 ist stark überlastet und trotz der Aufstockung des Personals um knapp 100 neue Mitarbeiter*innen bleibt die Behörde unter Druck. Viele Prozesse sind nicht digitalisiert, was die Effizienz erheblich mindert. Antragsteller*innen müssen Unterlagen persönlich oder per Post einreichen und es fehlt ein modernes Online-Portal zur Statusverfolgung.

Einnahmen für Wien, statt für den Bund:

Die Einnahmen aus den Einbürgerungsgebühren (geschätzte 4,5 Millionen Euro pro Jahr) sollen nicht länger an den Bund fließen, sondern direkt in die MA 35 investiert werden, um Personal aufzustocken, IT-Systeme zu modernisieren und Beratungsangebote auszubauen.

Beschleunigung und Digitalisierung der Antragsprozesse bei der MA 35

Die Bearbeitungszeiten für Staatsbürgerschaftsanträge müssen durch eine umfassende Digitalisierung der Abläufe erheblich verkürzt werden. Dazu gehört die Einführung eines benutzerfreundlichen Online-Portals, das Antragstellerinnen ermöglicht, Unterlagen digital einzureichen, den Bearbeitungsstatus in Echtzeit zu verfolgen und direkt mit der Behörde zu kommunizieren. Diese Maßnahmen würden die Effizienz steigern, den Verwaltungsaufwand reduzieren und die Transparenz für Bürgerinnen deutlich erhöhen.

Angesichts der langen Wartezeiten, die derzeit Jahre betragen können, ist eine Modernisierung dringend erforderlich.

Aufstockung des Personals und bessere Schulung bei der MA 35

Um die Überlastung der MA 35 zu bewältigen, muss das Personal deutlich aufgestockt und besser geschult werden – insbesondere im Bereich interkultureller Kompetenzen und angrenzender Rechtsgebiete. Juristisch geschulte Mitarbeiter*innen sind essenziell, um komplexe Verfahren schneller und rechtssicher abzuwickeln. Eine ausreichende personelle Ausstattung würde nicht nur die Bearbeitungszeiten verkürzen, sondern auch die Qualität der Entscheidungsfindung verbessern.

Transparenz und klare Kommunikation im Einbürgerungsprozess

Die MA 35 soll einen transparenten Leitfa-den veröffentlichen, der alle erforderlichen Dokumente, Fristen und Verfahrensschritte klar auflistet. Antragsteller*innen müssen jederzeit wissen, welche Unterlagen benötigt werden und wie lange einzelne Schritte dauern. Darüber hinaus sollte ein telefonisches Servicecenter eingerichtet werden, das anfragenden Personen verlässliche Auskünfte gibt. Dies würde das Vertrauen in die Behörde stärken und unnötige Verzögerungen durch fehlende oder falsche Dokumente vermeiden.

Einführung von flexibleren Kriterien zur Sicherung des Lebensunterhalts

Die derzeitigen Anforderungen zur Sicherung des Lebensunterhalts sind komplex und stellen für viele Antragsteller*innen eine unüberwindbare Hürde dar. Die Berechnung sollte vereinfacht und flexibler gestaltet werden, um realistische Lebenssituationen besser zu berücksichtigen. Beispielsweise könnten Einkünfte aus un-

terschiedlichen Zeiträumen oder Einkünfte von Familienmitgliedern stärker einbezogen werden. Dies würde den Zugang zur Staatsbürgerschaft fairer machen.

Regelmäßige Evaluierung und Reform des Staatsbürgerschaftsgesetzes (StbG)

Das Staatsbürgerschaftsgesetz sollte regelmäßig überprüft werden, um es an die Anforderungen einer modernen und inklusiven Gesellschaft anzupassen. Wien als internationale Stadt ist besonders von den strengen bundesgesetzlichen Vorgaben betroffen. Eine Reform könnte beispielsweise Doppelstaatsbürgerschaften erleichtern oder die Mindestaufenthaltsdauer für gut integrierte Personen reduzieren. Dies würde nicht nur die Integration fördern, sondern auch das Demokratiedefizit in Wien verringern.

Einführung eines beschleunigten Verfahrens für dringende Fälle

Für Antragsteller*innen in besonderen Lebenslagen (z. B. bei drohendem Verlust des Aufenthaltsstatus oder aus beruflichen Gründen) soll ein beschleunigtes Verfahren eingeführt werden. Diese Option könnte durch höhere Gebühren oder zusätzliche Nachweise ermöglicht werden und würde sicherstellen, dass dringende Anliegen priorisiert bearbeitet werden können.

V. Soziale Verantwortung übernehmen

Aktuelle Probleme

In Wien bleibt Wohnungslosigkeit ein drängendes Problem, besonders in den Wintermonaten. Zahlreiche Menschen sind entweder obdachlos oder leben in unsicheren Wohnverhältnissen, was oftmals die Folge von familiären Krisen, Arbeitslosigkeit oder gesundheitlichen Problemen ist. Die steigenden Mieten und der Mangel an erschwinglichem Wohnraum verschärfen die Situation weiter. Viele Betroffene finden keine dauerhafte Lösung, da Notunterkünfte oft überlastet sind und die Unterstützungssysteme nicht ausreichen, um den Bedürfnissen der Menschen gerecht zu werden. Diese prekäre Wohnsituation gefährdet nicht nur die Lebensqualität, sondern auch die soziale und psychische Gesundheit der Betroffenen.

Während der Tabakkonsum weiterhin gesundheitlichen Schaden verursacht und die Umwelt durch Zigarettenabfall belastet wird, fehlt es an konsequenten Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung.

Auch steigt die Zahl psychischer Erkrankungen, insbesondere unter jungen Menschen und in Berufen mit hoher Belastung. Lange Wartezeiten für Psychotherapie, fehlende Präventionsmaßnahmen und unzureichende Unterstützung in Schule und Beruf verschärfen die Krise.

Die bisherige Drogenpolitik setzt zu stark auf Strafverfolgung und Abschreckung, anstatt auf Prävention, Therapie und soziale Unterstützung. Dieser Ansatz hat sich als ineffektiv erwiesen – Suchterkrankungen werden dadurch nicht verhindert, sondern oft verschlimmert. Gleichzeitig binden die Kriminalisierung von Konsument*innen und geringe Mengen an Cannabis wertvolle Ressourcen bei Polizei und Justiz, während der Schwarzmarkt weiter floriert.

Gewalt gegen Frauen und marginalisierte Gruppen ist ein gravierendes gesellschaftliches Problem, das entschlossen bekämpft werden muss. Österreich hat sich mit der Istanbul-Konvention verpflichtet, umfassende Maßnahmen gegen geschlechtsspezifische Gewalt umzusetzen – dennoch bestehen erhebliche Defizite im Opferschutz, in der Prävention und bei der Strafverfolgung. Die hohe Zahl an Femiziden und Gewaltdelikten zeigt, dass dringender Handlungsbedarf besteht.

Unsere Vision

Wien steht an einem **Wendepunkt**, an dem soziale Verantwortung nicht länger nur ein abstraktes Konzept ist, sondern aktiv gestaltet und gelebt werden muss. Unsere Vision ist eine Stadt, in der soziale Gerechtigkeit der Kern einer nachhaltigen und lebenswürdigen Zukunft ist. Sie ist der Schlüssel, um das Recht auf Wohnen, Gesundheit und psychisches Wohlbefinden für alle Wienerinnen und Wiener zu garantieren – unabhängig von Herkunft, Einkommen oder sozialer Stellung.

In dieser Vision ist das **Recht auf Wohnen** kein Luxus, sondern ein unverhandelbares Grundrecht. Wir setzen uns für die Aufnahme dieses Rechts in der Verfassung ein, damit angemessenes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen zur Selbstverständlichkeit wird. Angesichts der steigenden Mietpreise und Wohnungsknappheit wollen wir mit innovativen Maßnahmen wie einer erweiterten Mietpreisbremse und der Prüfung rückwirkender Mietsenkungen gegensteuern. Ein effizientes Housing-First-Programm wird bis 2030 sicherstellen, dass niemand auf der Straße leben muss. Wir setzen auf eine Kombination aus leistbarem Wohnraum, der Umnutzung leerstehender Immobilien und gezielter psychosozialer Unterstützung.

Der Schutz und die Förderung der **Gesundheit** sind ebenfalls zentrale Säulen dieser Vision. Ein rauchfreies Wien, in dem präventive Maßnahmen wie Aufklärung und Rauchverbote im öffentlichen Raum selbstverständlich sind, wird zum Vorbild für andere Städte. Gleichzeitig schaffen wir barrierefreien Zugang zu psychotherapeutischen und psychosozialen Hilfen, besonders für Kinder, Jugendliche und Familien. Wir stärken die psychische Gesundheitsprävention am Arbeitsplatz, damit alle Wienerinnen und Wiener in einer gesunden Umgebung leben und arbeiten können.

Besonders wichtig ist es, auch die **Menschen in prekären Lebensverhältnissen** zu erreichen. Wir setzen auf eine niederschwellige Gesundheitsversorgung, die durch medizinische Versorgungszentren ohne Terminvereinbarung und mobile medizinische Teams für alle zugänglich ist. Frühzeitige Prävention und Resilienzförderung werden die Chancen von Familien und Jugendlichen verbessern und die sozialen Ungleichheiten abbauen.

Im Zentrum dieser Vision steht auch der unbedingte Schutz und die **Förderung der Gleichberechtigung**, insbesondere der Rechte von Frauen und FLINTA*-Personen. Wir setzen uns für eine diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung, die auf Gender Medicine basiert. Ein weiteres Ziel ist der barrierefreie Zugang zu präventiven Gesundheitsmaßnahmen für Frauen, um gesundheitliche Risiken frühzeitig zu erkennen und zu mindern. Wir kämpfen außerdem für die Legalisierung und den bedingungslosen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen, sowie für die Förderung der körperlichen Autonomie durch eine transparente und gerechte Gesundheitsversorgung.

Diese Vision ist mehr als ein politisches Programm – sie ist ein Versprechen für eine gerechte, gesunde und lebenswerte Stadt, in der jeder Mensch die Möglichkeit hat, sein volles Potenzial zu entfalten.

111. Wohnen als Grundrecht

Jeder Mensch hat Anspruch auf menschenwürdiges Wohnen als ein Grundrecht gemäß Art. 31 revidierte Europäische Sozialcharta. Volt fordert deshalb, das Recht auf angemessenes und bezahlbares Wohnen in der Verfassung zu verankern. Wohnen darf kein Luxus sein, sondern muss für alle Menschen zugänglich und leistbar sein.

Wir unterstützen daher die Einführung einer Mietpreisbremse und wollen diese auch auf freie Verträge und das private Segment ausweiten, da die Regelungen dort bisher nicht ausreichend greifen.

Zusätzlich möchten wir rückwirkende Mietsenkungen als Mittel gegen die bereits 2022 und 2023 unverhältnismäßig gestiegenen Mietpreise prüfen lassen. Die aktuell vorgesehene 5%-Grenze für Preissteigerungen der Mietpreisbremse liegt nämlich höchstwahrscheinlich über dem Inflationsniveau der nächsten Jahre, doch die hohen Mieten sind bereits Realität.

Wien ist europaweit ein Vorreiter im sozialen Wohnbau und zeigt durch Maßnahmen wie die Aussetzung von Mietanpassungen bis 2025, dass gezielte Eingriffe möglich sind. Dennoch steigen Grundstücks- und Baupreise weiter an, was den Bedarf an stärkeren Regulierungen verdeutlicht. Das Volksbegehren „Recht auf Wohnen“, die eine Unterstützung von über 134.000 Menschen bekommen hat, unterstreicht den dringenden Handlungsbedarf für eine gesetzliche Verankerung des Rechts auf Wohnen.

112. Effizientes Housing- First-Programm zur Abschaffung der Obdachlosigkeit

In Österreich leben offiziell 20.000 Menschen ohne eigenes Dach über dem Kopf. In Wien sind 2023 ca. 12.000 Obdachlose Menschen registriert. Die Dunkelziffer

liegt laut Expertenschätzungen mindestens doppelt so hoch. Die Notschlafstellen sind unsicher aufgrund körperlicher und sexualisierter Gewalt und werden nicht in Anspruch genommen. Viele Menschen sollen im Winter in der Kälte schlafen. Das ist für ein reiches Land und eine lebenswerte Stadt wie Wien unzulässig. Volt wird die Obdachlosigkeit in Wien bis 2030 endgültig beenden.

Endgültige Verankerung von Housing First als zentrale Leitlinie

Die bisher projektbezogene Finanzierung von Housing-First-Programmen soll in eine langfristige, sozialrechtlich abgesicherte Regelfinanzierung überführt werden. Dies gewährleistet Kontinuität und Planungssicherheit für alle beteiligten Organisationen.

Best Practice

Vorarlberg hat durch die enge Kooperation zwischen Wohnbauförderung, Sozialorganisationen und Gemeinden den Housing-First-Ansatz erfolgreich umgesetzt und die Zusammenarbeit zwischen Wohnungs- und Sozialpolitik gestärkt.

Bereitstellung von ausreichend leistbarem Wohnraum

Umnutzung bestehender Immobilien: Leerstehende Wohnungen und Gebäude sollen systematisch für Housing First genutzt werden. In Wien stehen geschätzte 90.000 Wohnungen leer. Eine Leerstandsabgabe könnte auch helfen, diese Ressourcen sozial verträglich zu nutzen.

Eine Leerstandsabgabe könnte Eigentümer*innen dazu bewegen, ungenutzten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Der Neubau von leistbaren Einzelwohnungen in allen Bezirken Wiens muss gefördert werden, um soziale Durchmischung zu gewährleisten.

Bis 2030 sollen mindestens 12.000 zusätzliche Wohnungen für Housing First bereitgestellt und eine vollständige Abschaffung der Obdachlosigkeit in Wien durch eine Kombination aus Prävention, leistbarem Wohnraum und psychosozialer Unterstützung erreicht sein.

Best Practice

In **Finnland** wurde durch das nationale Housing-First-Programm die Obdachlosigkeit nahezu abgeschafft, indem gezielt leistbarer Wohnraum geschaffen wurde. Über eine auf die individuellen Bedürfnisse abgestimmte Unterstützung - Arbeitsvermittlung, Psychologische und Suchtberatung, Zugang zu Bildung und Ausbildung - wird soziale Integration ermöglicht.

Anpassung des Mietrechts und der Wohnbauförderung

- **Erleichterter Zugang zu Mietwohnungen:** Mietrechtliche Hürden wie hohe Kauttionen oder Bonitätsnachweise sollen für obdachlose Menschen abgebaut werden. Kauttionen könnten durch das Programm übernommen werden.
- **Förderung gemeinnütziger Bauträger:** Gemeinnützige Bauvereinigungen sollen stärker unterstützt werden, um leistbaren Wohnraum für Housing First bereitzustellen.

Psychosoziale Unterstützung als integraler Bestandteil

Jede*r Teilnehmer*in des Programms erhält Zugang zu freiwilliger Beratung und Betreuung, die auf individuelle Bedürfnisse abgestimmt ist. Dazu gehören Schuldenregulierung, Arbeitsintegration und Unterstützung bei psychischen Erkrankungen. Psychosoziale Dienste wie die psychiatrischen Liaisondienste sollen weiter ausgebaut werden, um Menschen mit

psychischen Erkrankungen besser zu erreichen.

Monitoring und Skalierung

Ein zentrales System soll eingerichtet werden, um die Effektivität von Housing First regelmäßig zu überprüfen. Erfolgreiche Ansätze können so skaliert und auf andere Regionen übertragen werden. Bewohner*innen der betroffenen Bezirke sollen in die Planung eingebunden werden, um Akzeptanz und soziale Integration zu fördern.

Das Housing-First-Konzept bietet eine nachhaltige Lösung zur Beendigung der Obdachlosigkeit in Wien. Durch eine langfristige Finanzierung, ausreichenden Wohnraum, psychosoziale Unterstützung und regionale Kooperation kann Wien bis 2030 das EU-Ziel erreichen, Obdachlosigkeit vollständig abzuschaffen. Best Practices aus Finnland und Vorarlberg zeigen, dass dies möglich ist – vorausgesetzt, es wird konsequent umgesetzt.

Best Practice

Helsinki führt jährliche Studien zur Obdachlosigkeit durch und evaluiert so den Erfolg seiner umfassenden Housing First Strategie regelmäßig.

113. Einführung einer Leerstandsabgabe in Wien

Nach dem Vorbild anderer österreichischer Bundesländer wie Tirol und der Steiermark sollen Eigentümer*innen von dauerhaft leerstehenden Wohnungen oder Bauland in Wien eine jährlich steigende Abgabe zahlen. Diese Maßnahme schafft einen marktwirtschaftlichen Anreiz, Spekulation zu vermeiden und ungenutzten Wohnraum zu vermieten oder Bauland zu entwickeln.

Die Leerstandsabgabe trägt dazu bei, den Wohnungsmarkt zu entlasten, zusätzlichen Wohnraum zu schaffen und den Flächenverbrauch zu reduzieren. Angesichts der angespannten Wohnsituation in Wien ist dies ein notwendiger Schritt, um das Recht auf Wohnen zu stärken und die Lebensqualität in der Stadt zu sichern.

114. Langfristiger Schutz der Gesundheit

Volt Wien setzt sich für eine bessere Aufklärung über die Risiken des Rauchens und die des Passivrauchens ein. Zudem fordert Volt ein rauchfreies Wien und folgt damit einer Empfehlung der Universität Wien.

Auf der Straße und im öffentlichen Raum soll das Rauchen nicht mehr erlaubt sein, dies wird schrittweise eingeführt. Auch die EU-Kommission hat bereits Rauchverbote im Freien empfohlen.

Nach dem Vorbild Londons und Mailands, sollen in Zukunft keine Tabakprodukte mehr an heutige Jugendliche legal verkauft werden können. Jährlich wird die für den Erwerb erforderliche Altersgrenze um ein Jahr nach oben verschoben.

Ebenfalls verboten werden E-Vaporizer und deren Einweg-Produkte, sowie Produkte, die mit bunten Farben und attraktiven Geschmacksrichtungen insbesondere Minderjährige locken. Auch die dazugehörige Werbung für Tabakprodukte und E-Zigaretten soll verboten werden.

Weltweit werden die Todesfälle, die auf Tabakkonsum zurückzuführen sind, laut der WHO auf sechs Millionen geschätzt, diese werden schätzungsweise bis 2030 auf acht Millionen ansteigen. Die WHO schätzt ebenso, dass weltweit ca. 4,69 Milliarden Zigarettensammel in der Natur liegen bleiben. Diese sind giftiger als Plastikmüll und benötigen 15 Jahre, um zu verrotten. Dazu sind diese überall, auch

auf Spielplätzen und in der Natur zu finden, Tiere verwechseln die Filter mit Futter, in Gewässern kann schon ein Stummel pro Liter Fische töten.

Im Beispielland **Deutschland** belaufen sich die Kosten zur Entsorgung der Filter auf rund 225 Millionen Euro jährlich, dazu erhöht das Rauchen die Feinstaubkonzentration in beträchtlichem Ausmaß.

Durch die Krankheiten und Arbeitsausfälle, die auf das Rauchen oder aber auch auf das Passivrauchen zurückzuführen sind, entstehen der Gesellschaft immense wirtschaftliche Schäden.

Der Schutz von Nicht-Raucher*innen soll besser gewährleistet sein.

Best Practice

Die "tobacco and vapes bill" aus **Großbritannien**, sowie **Mailand** seit 2025.

115. Förderung ambulanter Betreuung für Menschen mit Behinderung

Ambulante Betreuung im eigenen Wohnraum wird gegenüber speziellen Wohneinrichtungen bevorzugt. Maßnahmen beinhalten die Einführung eines flächendeckenden Systems zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen in ihrer eigenen Wohnung, unabhängig von der Pflegestufe und Peer-Support durch Aufbau von Netzwerken, in denen Menschen mit Behinderungen andere Betroffene bei der Alltagsbewältigung unterstützen.

116. Zugängliche psychotherapeutische Hilfen

Volt fordert den Ausbau niedrigschwelliger, rasch verfügbarer psychosozialer Hilfsangebote in Wien, insbesondere für Kinder, Jugendliche und Familien. Dazu gehören mehr Psychotherapie-Kassen-sitze, Kriseninterventionszentren und Be-

ratungsstellen. Zusätzlich sollen Investitionen in präventive Maßnahmen wie frühe Hilfen für Kinder und junge Familien verstärkt werden.

Die psychische Gesundheit der Wiener*innen hat sich laut dem Bericht „Psychosoziale Gesundheit in Wien 2023“ weiter verschlechtert. Besonders betroffen sind junge Menschen unter 29 Jahren sowie Frauen, die Sorgearbeit leisten. Studien zeigen, dass sich 80 % der psychischen Erkrankungen bereits im Kindes- und Jugendalter manifestieren. Frühzeitige Unterstützung durch präventive Angebote wie Elternberatung, Familienhilfe oder psychologische Betreuung kann das Risiko chronischer Erkrankungen deutlich reduzieren.

Um akute Belastungen zu lindern und Chronifizierungen zu verhindern, müssen bestehende Hilfsangebote ausgebaut werden. Dazu gehören mehr Kassensitze für Psychotherapie, um Wartezeiten zu verkürzen, Kriseninterventionszentren, die schnelle Hilfe bei akuten psychischen Krisen bieten, und niedrigschwellige Beratungsstellen, die ohne bürokratische Hürden zugänglich sind. Darüber hinaus sollten rückwirkende Maßnahmen geprüft werden, um die Auswirkungen der Pandemie-bedingten Belastungen abzufedern.

Psychische Erkrankungen führen nicht nur zu individuellem Leid, sondern auch zu erheblichen volkswirtschaftlichen Kosten durch Krankschreibungen und Produktivitätsausfälle. Präventive Maßnahmen und frühzeitige Interventionen sind nachweislich die effektivsten Mittel, um langfristige Belastungen zu reduzieren. Die steigenden Zahlen von Erschöpfung, Ängsten und Depressionen – insbesondere bei jungen Menschen – unterstreichen den dringenden Handlungsbedarf.

Best Practice

Dänemark bietet ein vorbildliches Modell: Dort werden psychotherapeutische Behandlungen für Kinder und Jugendliche sowie für bestimmte Personengruppen wie Menschen in akuten Krisen oder mit posttraumatischen Belastungsstörungen vollständig durch Steuergelder finanziert. Dieses niedrigschwellige Angebot ermöglicht schnelle Hilfe und reduziert langfristig die Belastung des Gesundheitssystems.

117. Psychische Gesundheitsprävention im Beruf stärken

Schulungen und Workshops in Bildungseinrichtungen und Unternehmen sollen psychische Erkrankungen entstigmatisieren und präventiv vorbeugen. Berufsgruppen mit hohem Belastungsrisiko, wie pädagogische Fachkräfte und Pflegekräfte, sollen gezielte Angebote wie Coaching und Supervision erhalten.

Psychische Erkrankungen wie Burn-out oder Depressionen sind in Berufsgruppen mit hoher Arbeitsbelastung und einem Ungleichgewicht zwischen Anstrengung und Anerkennung (Effort-Reward-Imbalance) besonders verbreitet. Pädagogische Fachkräfte und Pflegekräfte sind hiervon überdurchschnittlich betroffen. Volt fordert daher die Einführung regelmäßiger Schulungen und Workshops in Bildungseinrichtungen und Unternehmen, um das Bewusstsein für psychische Gesundheit zu stärken, Stigmatisierung abzubauen und präventiv Erkrankungen vorzubeugen.

Zusätzlich sollen gezielte Angebote wie Coaching, Supervision oder Achtsamkeitstrainings bereitgestellt werden, um die Resilienz von Mitarbeitenden in belasteten Berufsgruppen zu fördern. Diese Maßnahmen können langfristig Erschöpfungszustände reduzieren, die Arbeitszufriedenheit steigern und die Attraktivität systemrelevanter Berufe erhöhen.

Studien zeigen, dass Berufsgruppen wie Lehrkräfte oder Pflegekräfte häufig unter Erschöpfungssymptomen und einem erhöhten Depressionsrisiko leiden. Mit sinkender Arbeitszufriedenheit verschlechtern sich nicht nur die psychische Gesundheit der Betroffenen, sondern auch die Arbeitseffektivität. Präventive Maßnahmen wie Coaching oder Selbstfürsorge-Workshops können langfristig dazu beitragen, häufige Krankschreibungen zu reduzieren, chronischen Erkrankungen vorzubeugen und den Fachkräftemangel in diesen Berufen zu bekämpfen.

Best Practice

Das Freiburger Modell in **Baden-Württemberg** bietet Lehrer*innen- Coaching-Gruppen an, die nachweislich die Arbeitszufriedenheit steigern und die Resilienz von Lehrkräften stärken. Diese Maßnahmen führen zu einer Reduktion von Erschöpfungssymptomen und Burn-out-Gefährdung – ein Ansatz, der auch auf andere belastete Berufsgruppen übertragen werden kann.

118. Frühe Prävention und Resilienzförderung für Familien und Jugendliche

Ausbau von Unterstützungsangeboten für junge Familien, Alleinerziehende, Kinder und Jugendliche in Kindertagesstätten, Schulen und Ausbildungsbetrieben: Sicherstellung einer ausreichenden Hebammenversorgung, Verstärkung der Kindergarten-Sozialarbeit, Einführung multiprofessioneller Teams an Schulen, bestehend aus Schulpsycholog*innen, Schulsozialarbeiter*innen und School Nurses, Mentoring-Programme sowie individuelles Case Management für Jugendliche mit erhöhtem Risiko eines Ausbildungsabbruchs.

Frühe Prävention stärkt die Resilienz junger Menschen und befähigt sie, Stressoren besser zu bewältigen. Durch gezielte

Unterstützung können Entwicklungsverzögerungen, psychosoziale Belastungen und Ausbildungsabbrüche reduziert werden. Dies trägt langfristig zur sozialen Stabilität und Chancengerechtigkeit bei. Der Ausbau solcher Angebote ist besonders wichtig in sozial benachteiligten Bezirken, um Ungleichheiten abzubauen.

Best Practice

Das Pathfinder-Programm in **Glasgow** zeigt, wie durch gezielte Maßnahmen Perspektiven für gefährdete Jugendliche geschaffen werden können. Es kombiniert praktische Arbeitserfahrungen mit individueller Betreuung durch Mentoren, um berufliche Fähigkeiten, Selbstvertrauen und soziale Kompetenzen zu fördern.

119. Niederschwellige Gesundheitsversorgung

Medizinische Versorgungszentren, die ohne Termine und ohne e-Card besucht werden können, würden wohnungslosen Personen eine gute medizinische Versorgung ermöglichen. Multiprofessionelle Teams leisten dort integrative medizinische Versorgung, psychologische Hilfe und sozialarbeiterische Unterstützung. Mobile medizinische Teams werden zudem verstärkt im Einsatz sein, um die Versorgung direkt zu den Menschen zu bringen, insbesondere nachts und an abgelegenen Orten.

In Österreich sind knapp 20.000 Menschen als obdach- oder wohnungslos registriert, davon sind fast 60% in Wien lebend. Obdachlose Menschen sind besonderen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt. Eine Studie der Medizinischen Universität Wien 2023 zeigt, dass sie doppelt so häufig an Krebs erkranken wie Personen mit festem Wohnsitz. Studien zeigen, dass obdachlose Personen häufiger von schweren Erkrankungen wie Krebs betroffen sind und oft unter psychischen sowie Suchterkrankungen

kungen leiden. Trotz der bestehenden Angebote gibt es weiterhin Versorgungslücken, insbesondere bei schwer erreichbaren Gruppen oder in der Nacht.

Best Practice

In **London** gibt es Gesundheitszentren, die sich ausschließlich auf obdachlose Menschen konzentrieren. Diese bieten flexible „Drop-in“-Dienste an, bei denen keine Terminvereinbarung erforderlich ist. Sie integrieren die medizinische Grundversorgung mit psychosozialer Unterstützung und arbeiten eng mit Alkohol-, Drogen- und psychischen Gesundheitsdiensten zusammen. Zudem gibt es im Rahmen des „Find & Treat“ Programms des NHS speziell ausgestattete Busse, die obdachlose Menschen auf der Straße oder in Notunterkünften versorgen. Durch enge Zusammenarbeit mit lokalen Gesundheitsdiensten wird dabei die Nachsorge gewährleistet.

120. Hilfe statt Strafe: Für eine progressive Drogenpolitik

Volt möchte eine Drogenpolitik nach dem Vorbild Portugals, die darauf ausgerichtet ist, Hilfe zu leisten statt auszugrenzen oder einzusperren! Suchterkrankungen werden durch Strafverfolgung nicht verhindert. Sinnvoller sind mehr Prävention und ganzheitliche Hilfen für Erkrankte. Dazu gehört ein Ausbau der Hilfsinfrastruktur inkl. Förderung von Substitutionspraxen und Apotheken. Volt möchte zudem Einrichtungen fördern, in denen Ärzt*innen, Psycholog*innen und Sozialarbeiter*innen zusammenarbeiten.

Wir setzen daher auf:

- **Harm Reduction:** Einführung von Maßnahmen wie sichere Konsumräume, der Bereitstellung sauberer Spritzen und der kontrollierten Abgabe von Substitutionsmedikamenten, um gesundheitliche Risiken zu minimieren.

- **Entkriminalisierung:** Reduzierung des strafrechtlichen Drucks auf Konsument*innen durch die Entkriminalisierung des Besitzes kleiner Mengen für den Eigenbedarf. Statt Strafen werden Betroffene an Kommissionen mit Ärzt*innen, Psycholog*innen und Sozialarbeiter*innen verwiesen.

Prävention und Bildung: Ausbau von Programmen zur Suchtprävention, insbesondere für junge Menschen, um frühzeitig über die Risiken des Drogenkonsums aufzuklären.

Behandlung und soziale Integration: Förderung von Substitutionspraxen, Apotheken und Einrichtungen, in denen multiprofessionelle Teams zusammenarbeiten. Ergänzend dazu niedrigschwellige psychosoziale Hilfen und Programme zur Reintegration in die Gesellschaft.

Die Strafverfolgung hat sich als ineffektiv im Umgang mit Suchterkrankungen erwiesen. Stattdessen zeigt das portugiesische Modell, dass Prävention, Therapie und soziale Unterstützung wirksamer sind. In Österreich gibt es bereits Ansätze wie Substitutionsprogramme und die Abgabe steriler Spritzen in Apotheken. Diese sollten ausgebaut werden, um gesundheitliche Risiken wie HIV-Infektionen und Drogentodesfälle weiter zu reduzieren. Eine Entkriminalisierung würde zudem Polizei und Justiz entlasten und Ressourcen für die Bekämpfung des organisierten Drogenhandels freisetzen.

Best Practice

In **Portugal** werden seit 2001 ab einer Menge von über einem Gramm Heroin oder über 25g Cannabis kontrollierten Personen die Suchtmittel weggenommen und diese müssen innerhalb von 3 Tagen bei einer Kommission aus Jurist*innen, Mediziner*innen und Psycholog*innen vorstellig werden. Eine Empfehlung zum klinischen Entzug bei festgestellter Sucht

ist freiwillig, allerdings darf die betroffene Person in der Folge 6 Monate lang nicht erneut mit Drogen erwischt werden, da dann Sozialstunden oder ein Führerscheinentzug folgen. Drogenbedingte Todesfälle und Konsum gingen deutlich zurück, HIV-Infektionen durch injizierenden Drogenkonsum sind um etwa 90 % gesunken. Der Fokus auf Therapie statt Strafe half, Drogenabhängige besser in die Gesellschaft zu reintegrieren. Die Entkriminalisierung hat die Gerichte entlastet, Kosten wie z.B. Gesundheitsausgaben wurden deutlich gesenkt.

Entkriminalisierung des Besitzes kleiner Mengen von Cannabis

Da die Legalisierung in Österreich derzeit auf Bundesebene blockiert ist, soll sich Wien für eine möglichst weitgehende Entkriminalisierung des Besitzes geringer Mengen von Cannabis für den Eigengebrauch einsetzen. Die Stadt Wien soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass der Besitz von bis zu 15 Gramm Cannabis nicht mehr strafrechtlich verfolgt wird, sondern allenfalls als Verwaltungsübertretung geahndet wird. Die Kriminalisierung von Konsument*innen bindet unnötige Ressourcen von Polizei und Justiz. Eine Entkriminalisierung würde diese entlasten.

Modellprojekte für kontrollierten Anbau und Abgabe

Da die bundesweite Legalisierung schwierig ist, sollte Wien Modellprojekte für den kontrollierten Anbau und die Abgabe von Cannabis in lizenzierten Geschäften umsetzen und unterstützen. Diese Projekte könnten wissenschaftlich begleitet werden und Daten liefern, um die Auswirkungen einer legalen Cannabis-Politik in Österreich zu untersuchen.

Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass eine kontrollierte Abgabe den Schwarzmarkt eindämmen und den Jugendschutz verbessern kann.

Verstärkte Aufklärung, Jugendschutz und Prävention

Wien soll verstärkt auf Aufklärung und Prävention über die Risiken des Cannabiskonsums setzen, insbesondere für Jugendliche. Durch altersgerechte Aufklärung in Schulen und Jugendzentren können junge Menschen für einen verantwortungsvollen Umgang mit Cannabis sensibilisiert werden.

Im Falle von Modellprojekten muss der Verkauf von Cannabis an Minderjährige strikt untersagt und mit hohen Strafen geahndet werden. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen hat oberste Priorität.

Regulierung und Steuereinnahmen

Wien soll sich dafür einsetzen, dass mögliche Steuereinnahmen aus einer legalen Cannabis-Industrie zweckgebunden für Suchtprävention, Therapieangebote und Forschung verwendet werden. Die Einnahmen sollen in Maßnahmen investiert werden, die die Gesundheit der Bevölkerung fördern und die negativen Folgen des Konsums minimieren. Im Rahmen von Modellprojekten muss sichergestellt werden, dass Cannabisprodukte strengen Qualitätskontrollen unterliegen.

Durch die Kontrolle des Anbaus und der Verarbeitung können Verunreinigungen und gesundheitsschädliche Inhaltsstoffe vermieden werden. Die Stadt Wien soll Initiativen und Projekte unterstützen, die sich für eine rationale Drogenpolitik einsetzen und auf Aufklärung, Prävention und Schadensminimierung setzen. Wien soll den Dialog mit der Bevölkerung über die Vor- und Nachteile einer veränderten Cannabis-Politik suchen und eine breite gesellschaftliche Debatte anstoßen.

121. Gewaltschutz von Menschen mit Behinderungen - Zielsetzung bis 2030

Wien sollte bis 2030 ein umfassendes Schutzsystem etablieren, das gezielt auf die Prävention von Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen – insbesondere Frauen – abzielt. Durch spezialisierte Angebote, barrierefreie Zugänge und strukturelle Präventionsmaßnahmen kann Wien eine Vorreiterrolle im Gewaltschutz übernehmen.

122. Gewaltschutz-Netzwerks für Menschen mit Behinderungen

Ein flächendeckendes Gewaltschutznetzwerk speziell für Menschen mit Behinderungen soll in Wien eingerichtet werden, um Prävention, Schutz und Unterstützung zu gewährleisten.

Studien zeigen, dass Menschen mit Behinderungen deutlich häufiger von Gewalt betroffen sind als die Durchschnittsbevölkerung. Vier von zehn Personen haben schwere körperliche Gewalt erlebt, und mehr als acht von zehn psychische Gewalt. Besonders gefährdet sind Menschen mit Unterstützungsbedarf und jene in betreuten Einrichtungen, sowie Frauen. Wien sollte daher:

- Spezialisierte Beratungsstellen einrichten, die barrierefrei zugänglich sind (physisch, digital und sprachlich).
- Schulungen für Betreuungspersonal in Einrichtungen durchführen, um Gewaltprävention zu fördern und Übergriffe frühzeitig zu erkennen.
- Mobile Gewaltschutzteams etablieren, die Betroffene direkt vor Ort unterstützen können.

Best Practice

In **Deutschland** gibt es spezialisierte Beratungsstellen wie „Weibernetz“, die sich auf Frauen mit Behinderungen konzentrieren, sowie Schulungsprogramme zur Prävention struktureller Gewalt in Einrichtungen.

123. Barrierefreier Zugang zu allgemeinen Gewaltschutzangeboten

Alle bestehenden Gewaltschutzangebote in Wien (z. B. Frauenhäuser, Notrufe) müssen vollständig barrierefrei gestaltet werden. Frauen mit Behinderungen erleben komplexere und häufigere Formen von Gewalt als Frauen ohne Behinderungen. Dennoch sind viele Gewaltschutzangebote nicht barrierefrei zugänglich (z. B. physische Zugänglichkeit oder fehlende Dolmetscher*innen der Gebärdensprache). Volt setzt sich ein für:

- Frauenhäuser barrierefrei gestalten, einschließlich rollstuhlgerechter Zugänge und Kommunikationshilfen (Gebärdensprache, Leichte Sprache).
- Den 24-Stunden-Frauennotruf der Stadt Wien um barrierefreie Kommunikationswege erweitern (z. B. Videochats in Gebärdensprache).
- Sensibilisierungskampagnen starten, um die spezifischen Bedürfnisse von Frauen mit Behinderungen sichtbar zu machen.

Best Practice

In **Kanada** wurden spezielle Notrufdienste für gehörlose Frauen eingerichtet, die per Videochat in Gebärdensprache erreichbar sind.

124. Spezifische Unterstützung für Frauen mit Behinderungen bei sexueller Gewalt

Gezielte Unterstützungsangebote für Frauen mit Behinderungen, die sexuelle

Gewalt erfahren haben, müssen geschaffen werden. Frauen mit Behinderungen sind besonders häufig Opfer sexueller Gewalt – jede zweite hat sexuelle Belästigung oder schwerere Formen erlebt. Gleichzeitig fehlen spezifische Unterstützungsangebote. Volt setzt sich ein für:

- Therapieangebote für Betroffene ausbauen, die auf die besonderen Bedürfnisse von Frauen mit Behinderungen zugeschnitten sind (z. B. Traumatherapie).
- Spezialisierte Anlaufstellen schaffen, die barrierefrei erreichbar sind und über geschultes Personal verfügen.
- Aufklärungskampagnen starten, um das Bewusstsein für das hohe Risiko sexueller Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen zu schärfen.

Best Practice

In **Australien** gibt es spezialisierte Zentren wie „1800RESPECT“, die sich auf sexualisierte Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen konzentrieren und umfassende Unterstützung bieten.

125. Prävention von Gewalt in Betreuungseinrichtungen

Strukturelle Gewalt in Betreuungseinrichtungen muss durch verpflichtende Präventionsmaßnahmen abgeschafft werden. Menschen mit Behinderungen in Betreuungseinrichtungen sind besonders häufig von struktureller Gewalt betroffen, z. B. unangemessen grobes Verhalten bei Pflegehandlungen oder Machtmissbrauch durch Personal. Volt setzt sich ein für:

- Unabhängige Kontrollinstanzen einrichten, die regelmäßig Einrichtungen prüfen und Misstände dokumentieren.
- Verpflichtende Schulungsprogramme für Betreuungspersonal einführen, um Sensibilität im Umgang mit Menschen mit Behinderungen zu fördern.

- Anonyme Beschwerdestellen schaffen, bei denen Betroffene oder Angehörige Misstände melden können.

Best Practice

In **Schweden** gibt es unabhängige Ombudsstellen für Menschen mit Behinderungen, die Beschwerden prüfen und Maßnahmen einleiten können.

126. Konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention

Die Istanbul-Konvention verpflichtet Österreich dazu, umfassende Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sowie zum Schutz der Opfer umzusetzen. Dennoch bestehen weiterhin erhebliche Defizite, insbesondere bei der Koordination zwischen Bund und Ländern sowie bei der Bereitstellung ausreichender Schutz- und Unterstützungsangebote. Ein bundesweiter Aktionsplan muss entwickelt werden, um Prävention, Opferschutz und Strafverfolgung besser zu koordinieren und umzusetzen. Diese Maßnahmen sind essenziell, um die alarmierend hohe Zahl an Femiziden in Österreich zu senken und die Menschenrechte von Frauen zu schützen.

127. Ausbau von Frauenhäusern und Schutzunterkünften

Frauenhäuser bieten eine lebenswichtige Zuflucht für Frauen, die von Gewalt betroffen sind. Die Zahl der Plätze muss dringend erhöht werden, um dem steigenden Bedarf gerecht zu werden. Zusätzlich sollen alle Schutzunterkünfte kostenfrei zugänglich sein, um finanzielle Hürden für Betroffene abzubauen. Der Ausbau solcher Einrichtungen ist entscheidend, um Frauen in gefährlichen Situationen Sicherheit und Unterstützung zu bieten.

128. Flächendeckendes medizinischer Notdienst für Gewaltopfer

Vergewaltigungen müssen als medizinischer Notfall behandelt werden, mit rund um die Uhr zugänglichen anonymen Gewalt- und Forensik-Notdiensten in allen Regionen. Einheitliche Regelungen zur anonymen Beweissicherung sowie kostenfreie Medikation sind notwendig, um Betroffenen schnelle Hilfe und rechtliche Sicherheit zu gewährleisten. Diese Maßnahmen stärken das Vertrauen der Opfer in das Hilfesystem und erleichtern die Strafverfolgung.

129. Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt im digitalen Raum

Digitale Gewalt wie Cyber-Harassment, Revenge Porn oder das unaufgeforderte Versenden pornografischer Inhalte muss konsequent verfolgt werden. Der rechtliche Rahmen soll erweitert werden, um neue Formen digitaler Belästigung strafbar zu machen. Nur durch klare Gesetze und deren strikte Umsetzung kann die Sicherheit im digitalen Raum gewährleistet werden.

130. Präventionsmaßnahmen mit Fokus auf Bildung und Täterpersonen

Bildungsprogramme zum Thema **Consent** und Gewaltprävention sollen ab der sechsten Schulstufe verpflichtend eingeführt werden. Gleichzeitig müssen Täterpersonen stärker in den Fokus rücken: Sie sollen Kurse in gewaltfreier Kommunikation absolvieren und Verantwortung für ihr Verhalten übernehmen. Prävention ist der Schlüssel, um geschlechtsspezifische Gewalt langfristig zu reduzieren und gesellschaftliche Strukturen nachhaltig zu verändern.

131. Weitreichende Aufklärungskampagnen zur Gewaltprävention

Regelmäßige Kampagnen sollen über Hilfsangebote informieren, das Bewusstsein für **Consent** schärfen und gesellschaftliche Normen hinterfragen, die geschlechtsspezifische Gewalt begünstigen. Solche Kampagnen tragen dazu bei, Tabus zu brechen und eine Kultur des Respekts und der Gleichberechtigung zu fördern.

132. Sicherheit auf der Straße

Wir wollen, dass sich alle Menschen in Wien sicher und geborgen fühlen. Daher setzen wir auf mehr Verkehrssicherheit, indem wir Ampelphasen verlängern und Gehsteige verbreitern. Wir verstärken den Einsatz von Streetworkern, um Drogen- und Alkoholprobleme zu bekämpfen. In enger Zusammenarbeit mit der Polizei und anderen Organisationen schaffen wir ein Umfeld, in dem sich alle wohl und sicher fühlen können.

Neben der verstärkten Präsenz von Polizei und Ordnungsdienst in ausgewiesenen Problembereichen wollen wir auch auf präventive Maßnahmen setzen. Dazu gehört die Förderung von Nachbarschaftsinitiativen, die den Zusammenhalt stärken und Anlaufstellen für Anliegen der Bewohner*innen bieten.

Wir werden die Beleuchtung in Parks, auf öffentlichen Plätzen und in dunklen Gassen verbessern, um Angsträume zu reduzieren und die Sicherheit zu erhöhen. Dabei setzen wir auf eine umweltfreundliche Beleuchtung mit LED-Technologie, deren warmes Licht dabei auch auf Insekten und Menschen einen gleichermaßen positiven Einfluss hat. Diese werden mit Solarpanels betrieben, um Energie zu sparen und um die Umwelt zu schonen.

133. Schließung des Gender Health Gaps

Die Stadt Wien soll gezielt in geschlechtersensible Gesundheitsforschung investieren und geschlechtsspezifische Daten in klinischen Studien verpflichtend einfordern. Dies ist notwendig, um die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen*, Männern* und marginalisierten Gruppen in Prävention, Diagnostik und Therapie besser zu berücksichtigen. Der Ausbau genderspezifischer Forschung verbessert die medizinische Versorgung für alle und reduziert langfristig gesundheitliche Ungleichheiten.

134. Regelmäßige Schulungen zu Gender Medicine für medizinisches Personal

Ärzt*innen, Pflegekräfte und Therapeut*innen sollen verpflichtend zu geschlechtsspezifischen Unterschieden in Krankheitsbildern, Symptomen und Behandlungsansätzen geschult werden. Diese Weiterbildungen stärken die Kompetenz im Umgang mit FLINTA- Personen (Frauen, Lesben, inter, nicht-binär, trans und agender) und fördern eine diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung.

135. Integration von Gender Studies in Schulen und Ausbildungsprogrammen

Bildungsinitiativen zu FLINTA-Themen sowie genderspezifische Inhalte sollen fester Bestandteil von Lehrplänen an Schulen und Universitäten sein. Insbesondere medizinische Studiengänge müssen gendersensible Kommunikation und Diagnostik vermitteln, um zukünftige Fachkräfte auf die Bedürfnisse aller Geschlechter vorzubereiten.

136. Präventive Gesundheitsmaßnahmen für Frauen

Zwar bietet Wien bereits ein breites Spektrum an Vorsorgemöglichkeiten, wie das nationale Brustkrebs-Früh-erkenntnisprogramm oder jährliche gynäkologische Kontrolluntersuchungen, doch viele dieser Angebote sind nicht flächendeckend kostenfrei oder leicht zugänglich. Insbesondere zusätzliche Leistungen wie Vaginalultraschall oder umfassende Homonscreenings werden oft nicht von der Krankenkasse übernommen, obwohl sie für die Früherkennung vieler Erkrankungen essentiell sind.

Um die gesundheitliche Chancengleichheit zu fördern, sollen alle Frauen* in Wien unabhängig von Alter und sozialem Status Zugang zu kostenfreien präventiven Untersuchungen erhalten. Dazu gehört die Erweiterung des bestehenden Angebots um jährliche Homonscreenings und kostenfreie Zusatzleistungen wie Ultraschalluntersuchungen. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, gesundheitliche Risiken frühzeitig zu erkennen und die Lebensqualität von Frauen* nachhaltig zu verbessern.

137. Gendersensible Kriterien für digitale Gesundheitsanwendungen

Alle digitalen Gesundheits- und Pflegeanwendungen, die in Wien zugelassen werden, müssen verbindliche Kriterien zur Gendergerechtigkeit erfüllen. Dies gewährleistet, dass neue Technologien wie Künstliche Intelligenz keine geschlechtsspezifischen Diskriminierungen verstärken, sondern zur gesundheitlichen Chancengleichheit beitragen.

138. Körperliche Autonomie und reproduktive Rechte

Die Stadt Wien soll den Zugang zu reproduktiven Rechten und medizinischen Dienstleistungen weiter verbessern, um die Selbstbestimmung aller Menschen zu gewährleisten. Dazu gehört die Legalisierung nicht-kommerzieller Leihmutter-schafts-Abkommen und Eizellspenden unter klaren ethischen Rahmenbedingungen. Diese Maßnahmen schaffen gerechte Möglichkeiten für Menschen mit Kinderwunsch, unabhängig von ihrer Lebenssituation oder sexuellen Orientierung.

139. Barrierefreier Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen

Schwangerschaftsabbrüche sollen bis zur 18. Schwangerschaftswoche vollständig entkriminalisiert und als medizinische Dienstleistung anerkannt werden.

In Österreich ist zwar ein Schwangerschaftsabbruch nach einer Fristenregelung straffrei, allerdings bleibt der Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich im Strafgesetzbuch (§96 und §97 StGB) verankert und wird nur unter "Ausnahmen" toleriert.

Die Kosten für einen Abbruch müssen in Österreich von den Betroffenen selbst getragen werden, es sei denn, es liegt eine medizinische Indikation vor. Dies unterscheidet Österreich von vielen anderen westeuropäischen Ländern, in denen die Kosten von der Krankenkasse übernommen werden. Deswegen fordern wir, dass die Kosten bedingungslos von der Krankenkasse übernommen werden, und verpflichtende Beratung oder Bedenkzeit sollen entfallen. Freiwillige Beratungsan-

gebote bleiben jedoch verfügbar, um individuelle Bedürfnisse zu berücksichtigen. Diese Maßnahmen stärken die Selbstbestimmung von Frauen und garantieren den Zugang zu sicherer medizinischer Versorgung. Die Forderung würde daher eine grundlegende Reform des österreichischen Strafrechts erfordern. Sie würde nicht nur die rechtliche Stigmatisierung beenden, sondern auch den Zugang zu sicheren und erschwinglichen Abbrüchen erleichtern.

140. Bildungs- und Aufklärungsprogramme zur Förderung der Körperautonomie

In Zusammenarbeit mit Schulen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und medizinischen Einrichtungen sollen Bildungsprogramme über Sexualität, Körperautonomie und reproduktive Rechte ausgebaut werden. Diese Programme müssen auch FLINTA-Themen einbeziehen, um Diversität anzuerkennen und Vorurteile abzubauen. Eine moderne Sexuaufklärung stärkt das Bewusstsein für Selbstbestimmung und gesundheitliche Rechte in allen Lebensbereichen.

141. Sicherstellung des Zugangs zu Sterilisationen

Sterilisationen sollen für alle Personen, die sich dafür entscheiden, ohne unnötige bürokratische Hürden zugänglich sein. Eine klare gesetzliche Regelung garantiert den freien Willensentschluss und schützt gleichzeitig vor Diskriminierung oder ungerechtfertigten Einschränkungen. Diese Maßnahme respektiert das Recht auf körperliche Autonomie und stärkt die Entscheidungsfreiheit jedes Einzelnen.

VI. Tierwelt schützen

Aktuelle Probleme

Die österreichischen Tierschutzstandards sind im Vergleich zu vielen anderen Ländern vorbildlich. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir uns darauf ausruhen dürfen und Probleme nur bei anderen suchen sollten. Man kann nur dann in etwas gut sein und bleiben, wenn man sich stets zu verbessern sucht, und das ist im Tierschutz auch notwendig.

Beispiele zur Verbesserung sehen wir unter anderem in unserem Umgang mit Fiakerpferden in der Stadt. Abgesehen von den Auswirkungen auf die Tiere stellen wir die Notwendigkeit dieser Tradition in Frage und sehen den Sprung in die Moderne für überfällig.

Auch bei der Ernährung könnte Wien in seinem Verantwortungsbereich Verbesserungen vornehmen. Die Ernährungsempfehlungen der WHO sehen eine Reduzierung der Aufnahme von gesättigten Fettsäuren vor, welche vor allem in Fleisch und anderen tierischen Produkten gefunden werden können. Nichtsdestotrotz werden in fast ausschließlich allen Kantinen und Speisesälen täglich fleischliche Hauptspeisen angeboten. Während vegetarische Alternativen oft schon angeboten werden, werden vegane Alternativen hingegen fast immer vergebens gesucht.

Und obwohl manche Tiere auch den Weg in unsere Heime finden und als Teil der Familie angesehen werden, muss auch hier der Tierschutz mehr beachtet werden. Vor allem Hunde, aber auch viele andere Heimtiere, werden oft für den Verkauf in eine Richtung gezüchtet, welche für die Gesundheit des Tieres schädlich sein kann. Bestes Beispiel sind Französische Bulldoggen, die für kürzere Schnauzen gezüchtet wurden, welche jedoch die Atmung dieser Tiere stark einschränkt und oft zu langwierigen Operationen oder gar zu einem frühen Tod der Tiere führen kann.

Unsere Vision

Jedes Lebewesen sollte das Recht besitzen, das Leben unter den bestmöglichen Voraussetzungen verbringen zu dürfen. Ob in der Landwirtschaft, im Tiergarten oder in unseren Heimen.

Wien soll in Sachen Tierschutz eine Vorreiterrolle in Europa und der Welt einnehmen. Die Tierhaltung ist aufgrund des Ressourcen- und Flächenverbrauchs einer der größten Treiber des Klimawandels. Zudem gehört es zur Verantwortung des Menschen als vernunftbegabtes Wesen, auf diejenigen zu achten, welche selbst keine Stimme haben aufzuschreien.

Wir von Volt Wien wollen mit folgenden Maßnahmen versuchen, diese Stimme zu sein!

142. Schutz und Abschaffung der Fiakerpferde in der Stadt

Unsere Fiakerpferde leisten über das Jahr hinaus Schwerstarbeit. Auch wenn inzwischen Hitzefrei ab 35°C gilt, ist dies nicht ausreichend. Auch Bilder von Fiakerpferden, die während des Jahrhunderthochwassers im September 2024, trotz Sturm, im Regen in Wiens Innenstadt stehen mussten, sollten sich nicht wiederholen.

Deswegen fordern wir von Volt Wien als Erstmaßnahme, **Hitzefrei für Fiakerpferde ab 28°C und bei extremen Wetterereignissen**, ähnlich September 2024.

Abschaffung der Fiakerpferde in Wien bis 2027

Auf lange Sicht sehen wir in den Fiakern eine veraltete Tradition, die nicht mehr ins 21. Jahrhundert passt. Der Pferdekot verreckt die Straßen, vom Weg von den Ställen in die Innenstadt und zurück stellen sie ein Verkehrshindernis dar und trotz Scheuklappen stellt der Verkehr eine Stresssituation für die Pferde dar.

Bereitstellung von Fördergeldern für Fiakerunternehmen, die auf Elektro-kutschen oder andere umwelt- freundliche Alternativen umsteigen

Wir fordern einen Umstieg von den herkömmlichen Pferdegezogenen Fiakern auf **elektrisch betriebene Kutschen**, nach Aaglander Vorbild. Diese wären nicht nur eine tier- und umweltfreundliche Alternative, sondern könnten die Tradition auch stilvoll fortführen.

143. Förderung von Veganer Ernährung

Flexitarische, vegetarische und vegane Ernährungsformen und Lebensstile nehmen immer mehr Einzug in die Gesellschaft. In Österreich bekennen sich immerhin etwa 5% der Bevölkerung als Veganer*innen,

also zu einem Lebensstil, welcher auf tierische Produkte in sämtlichen Bereichen so gut es möglich ist, zu verzichten, um so das Tierleid zu verringern. Dies hat positive Auswirkungen auf die Tiere, die Umwelt, das Klima und die Gesundheit.

Wir sehen darin einen wichtigen Beitrag zum Schutz des Klimas und zur Verbesserung unseres Lebensstandards. Wir fordern nationale **Informationskampagnen zu pflanzenbasierten Ernährungsformen** nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen. Dadurch sollen Schulen, Gastronomie- betriebe und Kantinen im öffentlichen Raum erreicht werden.

In allen öffentlichen Einrichtungen soll zudem ein alternatives, veganes Menüangebot zur Verfügung gestellt werden. Dadurch wird nicht nur eine pflanzenbasierte Ernährung attraktiver gemacht, sondern es wird auch sichergestellt, dass niemand in seiner Weltanschauung ausgeschlossen wird, wie es Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) vorschreibt. Dies würde niemanden, der oder die sich herkömmlich ernährt, einschränken, sondern nur das Angebot erweitern.

Tierische Produkte sollten hingegen vermehrt aus Betrieben mit hohen Tierschutzstandards kommen, vorzugsweise von regionalen Anbietern.

Anreize für die Gastronomie können das Angebot an pflanzlichen Alternativen zu erhöhen. Hierzu soll die Auszeichnung **“Natürlich gut Essen” von Oeko-Business Wien einen verpflichtenden Anteil an veganen Produkten** beinhalten, wobei bei der Kofinanzierung den Gastronom*innen entgegen- gekommen werden kann. Auch bei der Kennzeichnung soll die Herkunft von tierischen Produkten transparenter werden.

144. Heimtierhandel kontrollieren

Hunde, Katzen etc. über das Internet zu adoptieren, birgt des Öfteren Risiken. Die Seriosität der Anbieter ist oft fragwürdig und wird oft für Betrugereien genutzt. Auch die gesetzliche Vorgabe, Hunde und Katzen online nur mit Genehmigung verkaufen zu dürfen, schützt nicht.

Deswegen soll der **Onlinehandel von Heimtieren verboten werden** und in Wien die **Kontrollen erhöht** werden.

Der Verkauf von Tieren mit Qualzuchtmerkmalen ist, zu recht, illegal. Dieses Verbot kann jedoch durch Mischzüchtungen umgangen werden. Zudem ist dieses Problem nicht allein auf Hunderrassen beschränkt, sondern kann auch bei Katzen, Nagetieren, Reptilien und weiteren üblichen Heimtierarten gefunden werden. Wir wollen dahingehend **die Kontrollen erhöhen und die Aufklärung stärken**, damit die Menschen besser informiert werden über die gesundheitlichen Risiken für die Tiere und somit die Nachfrage nach solchen Züchtungen reduziert wird.

Auch soll nicht mehr mit Qualzuchttrassen geworben werden dürfen.

145. Ausbau der Wildtierpflege in Wien

Wien hat zahlreiche Grünflächen, häufig auch mit Absicht naturbelassen, was zur Folge hat, dass sich auch Wildtiere wie Füchse und Dachse, aber auch hier und da Rehe mit uns diese schöne Stadt teilen. Doch wo Natur und Stadt aufeinandertreffen, kann es auch zu Unfällen kommen oder Konflikten kommen.

Deswegen fordern wir die verstärkte Förderung **des städtischen Wildtierservices** zur Versorgung verletzter oder in Not geratener Wildtiere und zur Beratung bei Wildtiersichtungen und eine Entlastung privater Vereine durch finanzielle

Unterstützung. Eine ganzheitliche, städtische Lösung stärkt den Tierschutz und entlastet private Helfer*innen.

Wir fordern eine Abschaffung der innerstädtischen Leuchtreklame, um die Lichtverschmutzung einzudämmen, und um damit dringend notwendigen Insektenschutz zu unterstützen. Lichtverschmutzung hat gravierende Auswirkungen auf den Biorhythmus von Insekten, was ihre Überlebensrate drastisch senkt. Die Straßenbeleuchtung soll auch in ihrer Form und Beschaffenheit insektenfreundlich gestaltet werden. Wir erleben gerade weltweit ein Artensterben, das mindestens zehn bis hundertmal so groß ist, wie das durchschnittliche Artensterben der letzten zehn Millionen Jahre.

146. Bildungsoffensive für Tierschutz

Einführung von Tierschutzbildung an Schulen sowie Sensibilisierungskampagnen für verantwortungsvolle Tierhaltung.

Frühzeitige Aufklärung stärkt das Bewusstsein für einen respektvollen Umgang mit Tieren und fördert langfristig eine tierschutzfreundliche Gesellschaft. Start der Programme ab dem Schuljahr 2025/26.

VII. Bildung erneuern

Aktuelle Probleme

Wiens Kindergärten, Kindertagesstätten, Volks- und weiterführende Schulen stehen unter immensum Druck: Es fehlen hunderte qualifizierte Fachkräfte, Gruppen und Klassen sind überfüllt, und der Ausbau der Infrastruktur hinkt dem Bevölkerungswachstum, das sich immer diverser gestaltet, hinterher.

Der demografische Wandel durch Migration stellt das Bildungssystem vor zusätzliche Herausforderungen. In vielen Wiener Schulen sprechen zahlreiche Kinder Deutsch nicht als Erstsprache, doch es fehlt an ausreichender Sprachförderung, um ihnen einen erfolgreichen Bildungsweg zu ermöglichen.

Ohne gezielte Unterstützung verschärfen sich soziale Ungleichheiten und Bildungschancen bleiben ungenutzt. Dies gilt im Übrigen nach wie vor für Kinder aus finanziellen und bildungsbenachteiligten Familien, denen eine Chancengleichheit verwehrt bleibt, denn der Grad der Bildung hängt auch in Wien noch stark von der sozialen Herkunft ab.

Gleichzeitig bleibt das Bildungssystem in Teilen im 19. Jahrhundert verhaftet: Leistungsdruck, starre Schulklassen und ein überholtes Bewertungssystem mindern Motivation und Lernerfolg.

Die UNESCO empfiehlt vier Grundpfeiler zeitgemäßer Bildung:

- Lerne, Wissen zu erwerben
- Lerne, gemeinsam zu leben
- Lerne, zu handeln
- Lerne, zu sein

Diese werden in Österreich nur unzureichend umgesetzt. Dadurch verpassen wir die Chance, Kinder bestmöglich auf eine vielfältige und dynamische Zukunft vorzubereiten und die Potentiale jedes Einzelnen zu entfalten. Ein Verlust, der sich in Zukunft auf die gesamte Gesellschaft auswirken wird. Sowohl Integration als auch Inklusion werden im Regelschulsystem, so wie es heute noch in der Mehrheit gelebt wird, nur schwerlich möglich sein.

Schulen sollten Orte sein, an denen kritisches Denken, Mitbestimmung und gesellschaftliche Verantwortung sowie ein Miteinander gefördert werden, doch dieses Potenzial bleibt in Wien oft ungenutzt - auch, aber nicht nur durch den akuten Personalmangel und die daraus folgende Überlastung.

Unsere Vision

Volt setzt sich für eine gute und lebenswerte Zukunft für **alle** Kinder und Jugendlichen in Wien ein. Volt sieht Bildung als Schlüssel zu sozialem Zusammenhalt, Chancengerechtigkeit und gelebter Demokratie – in Europa, Österreich und insbesondere in Wien. Bildung muss alle Menschen befähigen, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben und die Zukunft mitzugestalten. Dabei spielt sie eine zentrale Rolle bei der Bewältigung großer Herausforderungen wie sozialer Ungleichheit, der sich wandelnden Arbeitswelt, der Klimakrise sowie der Stärkung von Demokratie und Frieden.

Eine der größten Aufgaben ist es, den Einfluss der sozialen Herkunft auf den Bildungserfolg zu verringern und individuelle Lernwege zu ermöglichen. Das Wiener Bildungssystem muss gerechter, moderner und durchlässiger werden, damit alle Kinder und Jugendlichen ihr Potenzial entfalten können. Volt denkt Bildung neu – lebensnah, wissenschaftlich fundiert, chancengerecht und inklusiv. Wir setzen uns für eine tiefgreifende Reform des Bildungssektors ein, um mit gezielten Investitionen eine moderne, multiprofessionelle und praxisnahe Begleitung zu gewährleisten.

Volt stellt sich ein modernes, flexibles Bildungssystem vor, das allen Kindern die Möglichkeit gibt, ihre individuellen Potenziale zu entfalten. Projektbasiertes und fächerübergreifendes Lernen soll als zentraler Bestandteil des Lehrplans gefördert werden, um nicht nur kognitive, sondern auch soziale und emotionale Kompetenzen zu stärken.

Unser Ziel: Lernende zu mündigen, engagierten Bürger*innen zu machen, die aktiv die Herausforderungen unserer Zeit bewältigen und die Zukunft Wiens mitgestalten.

147. Mehr Personal für eine bessere Bildung

Wir fordern eine massive Aufstockung der Fachkräfte durch bessere Arbeitsbedingungen, höhere Gehälter und gezielte Ausbildungs- und Quereinsteigerprogramme. Jedes Kind in Wien verdient eine erstklassige Bildung und individuelle Förderung – dafür braucht es jetzt mehr engagierte Pädagog*innen!

Wiens Schulen, Kindergärten und Horte stehen unter massivem Druck, weil es an ausreichend Lehr- und Betreuungspersonal fehlt. Die Stadt unternimmt bereits große Anstrengungen, doch diese müssen deutlich intensiviert werden. Überlastete Pädagog*innen und zu große Gruppen gefährden die Bildungsqualität und Chancengerechtigkeit. Ohne mehr gut ausgebildetes Personal bleiben alle weiteren Reformen wirkungslos.

148. Individuelle Lernwege: Stärkenorientierte Förderung für jedes Kind

Die bisher starren Lehrpläne und Leistungserfassungen müssen durch individuell angepasste Lernwege ersetzt werden. Jeder Schüler und jede Schülerin sollte entsprechend seiner oder ihrer Stärken und Bedürfnisse gefördert werden. Statt Kinder immer nur von ihrem Defizit her zu denken (was können sie nicht?) sollten wir ihre individuellen Talente und Stärken fördern. Die damit einhergehende Begeisterung und Motivation am Lernen an sich kann dann auch helfen, an den jeweiligen Schwächen zu arbeiten und auch in diesen Bereichen Fortschritte zu erzielen. Kinder sollten praxisorientiert, projektbasiert und fächer- und altersübergreifend lernen, und sie sollen vor allem lernen, sich eigenständig Wissen erarbeiten und anzueignen. Die Lernbegleiter*innen können dann individuell auf die Kinder eingehen -

indem sie jedes Kind dort abholen, wo es gerade steht, wird Langeweile oder Überforderung verhindert, und nur so ist echte Integration und Inklusion möglich. Die Anpassung der Lehrpläne könnte stufenweise erfolgen.

149. Jahrgangsübergreifendes Lernen statt Jahrgangsklassen: Gemeinsam wachsen statt starrer Altersgrenzen

Wir setzen uns für jahrgangsübergreifendes Lernen ein, damit Kinder voneinander lernen und sich gemeinsam entwickeln können. Die veraltete Maxime, allen Kindern gleichen Alters zur gleichen Zeit das Gleiche beibringen zu müssen, steht jeglicher Inklusion, Integration und jeglicher individuellen Entwicklung diametral entgegen und ist im derzeitigen Regelschulsystem nur schwer bis gar nicht möglich.

150. Lehrer*innen als Lernbegleiter*innen

Volt fordert, dass Lehrkräfte Schüler langfristig in ihrer persönlichen und akademischen Entwicklung begleiten, anstatt sie lediglich von Jahrgangsstufe zu Jahrgangsstufe durchzureichen. Durch kontinuierliche Betreuung und individuell abgestimmte Förderung können Lehrkräfte besser auf die spezifischen Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes eingehen und eine nachhaltige Lernentwicklung ermöglichen. Eine langfristige Beziehung zwischen Lehrkraft und Schüler fördert Vertrauen, unterstützt die soziale und emotionale Entwicklung und trägt dazu bei, dass Schülerinnen und Schüler ihre Stärken entdecken und weiterentwickeln können – statt in einem starren, jährlichen Wechselsystem zurückgelassen zu werden.

151. Ganzheitliche Leistungserfassung: Von Noten zu individuellen Lernprozessen

Volt fordert die Einführung einer **ganzheitlichen Leistungserfassung**, die **nicht auf Zahlen-Noten** basiert, sondern verschiedene Bewertungsmethoden wie Portfolios, Lerntagebücher und Präsentationen umfasst. Kinder und Jugendliche sollen in die Definition ihrer Lernziele einbezogen werden, um Selbstreflexion und Verantwortung für ihre Entwicklung zu fördern. Dies umfasst aber nicht unbedingt eine Leistungsbewertung, die überwiegend die Motivation am selbstbestimmten Lernen nimmt. Vielmehr obliegt die Entscheidung, welche Potentiale im Einzelnen Schüler am Besten zu fördern wären, dem oder der jeweiligen Lern-Begleiter*in. Statt Kindern die Lust am Lernen schon sehr früh auszutreiben, durch Zwang, Noten, Druck und Wettbewerb, sollten wir ihre angeborene Lust auf Wissen fördern. Statt extrinsischer Motivation (Noten) sollte die intrinsische Motivation im Vordergrund stehen: Wer etwas wissen will, erarbeitet sich dieses Wissen in wesentlich kürzerer Zeit und behält es eher im Langzeitgedächtnis. Der Fokus sollte auf dem Prozess des Wissenserwerbs liegen, und weniger auf einem fertigen Ergebnis.

153. Effektive Bildung: Kürzere, fokussierte Unterrichtszeiten

Qualität vor Quantität: Es bringt wenig, wenn Kinder sechs oder mehr Stunden Zeit absitzen, davon aber zwei gelangweilt vor sich hinträumen, nichts mitnehmen und weitere zwei Stunden nach kurzer Zeit wieder vergessen. Stattdessen sollte Bildung darauf angelegt sein, den selbständigen und nachhaltigen Wissenserwerb zu fördern. Gerade in Zeiten von KI

und Digitalisierung sollten wir aufhören, blind Wissen in unsere Kinder zu stopfen und uns stattdessen auf Fähigkeiten konzentrieren, die uns Menschen von einem Computer unterscheiden: Kreativität, Kooperation, kritisches Denkvermögen, Eigenverantwortung und Verantwortung für unsere (Um-)welt.

Neben der optimierten Lernzeit sollte den Schüler*innen auch eine ausgedehnte, gut betreute freie Beschäftigungszeit angeboten werden, in der sie sich selbstständig und nach ihren eigenen Interessen in Bereichen wie Naturwissenschaften, Sport, Kunst und anderen entfalten können. Dieses selbstbestimmte Lernen stärkt nicht nur die intrinsische Motivation, sondern führt zu einem deutlich nachhaltigeren Wissenserwerb. Kinder und Jugendliche können so ihre eigenen Stärken entdecken und vertiefen, wodurch die Bildungserfahrung insgesamt bereichert und langfristig verankert wird.

153. Schule als Lebensort

Gleichzeitig müssen Schulen weniger reine Lernvermittlungsorte sein, und mehr Lebensorte, eine SchulFAMILIE, die diesem Wort gerecht wird. Wo Beziehungen und soziale Kompetenzen im Vordergrund stehen, in der nicht Autorität und das Recht des Stärkeren gilt, sondern Gemeinschaft, Beziehung und Demokratie gelebt wird. Die Kinder sollten dabei mehr Verantwortung für ihre Schule übertragen bekommen: Von Schulparlamenten bis hin zu einer praktischen Ebene, wie gemeinsame Koch- und Putzdienste. Je mehr Zeit Kinder in der Schule verbringen, desto mehr braucht es dabei natürlich qualifizierte Begleiter*innen, die die Kinder nicht nur "verwahren".

Eine solche Schule der Zukunft ermöglicht allen Kindern, Jugendlichen und Erwach-

senen gleichberechtigt und ohne Diskriminierung Zugang zu hochwertiger Bildung – unabhängig von sozialer Herkunft oder Sprachkenntnissen. Dafür braucht es vor allem den Mut und den Willen zu tiefgreifenden Veränderungen und eine stärkere Unterstützung der Lehrkräfte in ihrem multiprofessionellen Umfeld.

Volt kämpft für eine Bildung, die Chancengleichheit fördert und gleichzeitig die soziale Teilhabe stärkt. Eine Schule, in der jedes Kind nach seinen Bedürfnissen gefördert wird und in der alle – unabhängig von ihrem Hintergrund – gemeinsam lernen können.

Best Practice

Statt Kinder nach der Primarstufe früh in verschiedene Schulformen aufzuteilen, setzt z.B. die **Schweiz** auf ein gemeinsames Lernen innerhalb einer Schulform. Dort erfolgt die Differenzierung nicht durch separate Schulwege, sondern durch leistungsdifferenzierte Gruppen innerhalb einzelner oder aller Fächer – je nach Kanton. Diese Organisation kann in Form von getrennten Kursen oder gemeinsamem Unterricht mit individuell angepassten Lernniveaus erfolgen.

Erst mit Beginn der Sekundarstufe II (ab Jahrgang 10) erfolgt eine stärkere Spezialisierung: Schüler*innen wählen entweder eine berufsorientierte Ausbildung oder eine akademische Laufbahn. Dieses durchlässige System ermöglicht eine längere gemeinsame Bildungszeit und fördert sowohl Chancengleichheit als auch gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die positiven Effekte spiegeln sich in internationalen Vergleichsstudien wider – die Schweiz gehört regelmäßig zu den Spitzenreitern bei Leistungstests wie PISA.

Best Practice

Die **Integrative Lernwerkstatt Brigittenau (ILB)** ist eine öffentliche Ganztagschule der **Stadt Wien** für Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 15 Jahren. Sie zeichnet sich durch ein reformpädagogisches und inklusives Unterrichtskonzept aus, das folgende Besonderheiten umfasst:

Mehrstufenklassen: Die ILB organisiert den Unterricht in Mehrstufenklassen, in denen Schüler*innen unterschiedlichen Alters gemeinsam lernen.

Projektorientiertes Lernen: Es werden projektorientierte Lernangebote bereitgestellt, die individuelles und gemeinschaftliches Arbeiten fördern.

Alternative Leistungsbeurteilung: Bis zur 7. Schulstufe setzt die ILB auf alternative Leistungsbeschreibungen anstelle von Notenzeugnissen. Seit dem Schuljahr 2020/21 ist diese Form der Beurteilung für Schulanfänger*innen jedoch nur noch als zusätzliche Beurteilung vorgesehen.

Naturerfahrungs- und Handwerksprojekte: Ein besonderes Merkmal ist das Projekt "Lernen unter Sternen" in der Stockerauer Au, das Naturerfahrungen und handwerkliches Tun integriert. Zudem gibt es die mobile Outdoorgruppe MOGLLI, die das Lernen in der Natur fördert.

Diese Merkmale machen die ILB zu einer (leider noch) einzigartigen Bildungseinrichtung, die individuelles Lernen und Inklusion in den Vordergrund stellt. Sie wurde mit dem Anerkennungspreis zum Österreichischen Schulpreis ausgezeichnet.

154. Diversitätsbewusste und diskriminierungskritische Bildung auf allen Ebenen

Personalentwicklung in Wien bedeutet, dass alle pädagogischen Fachkräfte, einschließlich Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen und weiteres Betreuungspersonal, verpflichtende Fortbildungen erhalten, die sie für Themen wie Diskriminierung, Rassismus und inklusives Lernen sensibilisieren. Schon in der Ausbildung soll Antidiskriminierung und Rassismuskritik verankert werden, um diese wichtigen Themen als grundlegende Professionskompetenz für alle Lehrkräfte zu etablieren. So stellen wir sicher, dass Bildungsräume für alle Kinder – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Hintergrund – wirklich offen und gerecht sind.

155. Veränderung als Chance

Wien sollte das Potenzial von Migrant*innen und Asylwerber*innen stärker nutzen, insbesondere jene, die in ihren Herkunftsländern bereits als Pädagog*innen tätig waren. Es ist wichtig, diesen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre wertvolle Erfahrung und Expertise in Wiener Schulen einzubringen. Indem wir ihnen den Zugang zu Lehrberufen erleichtern, bauen wir nicht nur Brücken zwischen verschiedenen Kulturen, sondern fördern auch eine vielfältige und integrative Bildungslandschaft. Dies stärkt die Chancengleichheit und sorgt dafür, dass alle Kinder, unabhängig von ihrem Hintergrund, von einer breiten und abwechslungsreichen pädagogischen Erfahrung profitieren.

156. Klare Regeln statt Ablenkung: Handyverbot an Schulen & digitale Grundbildung

Die private Nutzung von Handys während des Unterrichts ist nicht zielführend und beeinträchtigt die Konzentration und

Lernfähigkeit der Schüler*innen. Leider drückt sich die Politik vor ihrer Verantwortung und wälzt diese Entscheidung auf die Schulen ab. Über 70% der Lehrer*innen (lt. Umfrage des öbv) befürwortet ein generelles Handyverbot an Schulen. Eine klare, verbindliche Regelung zur Einschränkung der Handynutzung muss formuliert werden – und zwar von der Politik. Es ist ihre Aufgabe, den Rahmen zu setzen und dafür zu sorgen, dass Schulen nicht alleine, im “Namen der Schulautonomie” (die immer dann herangezogen wird, wenn es unbequem wird) mit dieser Herausforderung, z.B. die Auseinandersetzung mit Eltern und Schüler*innen bei der Änderung der Hausordnung kämpfen müssen.

Gleichzeitig braucht es aber viel mehr Kompetenzen des Lehrpersonals im Bereich der Medienpädagogik. Wie geht man mit neuen Medien, mit unkontrolliertem Zugriff aufs Internet, wie mit sozialen Medien verantwortungsvoll um? Was ist eine zuverlässige Quelle? Denn auch wenn die Smartphones nicht während des Unterrichts genutzt werden, sind sie ja trotzdem weiterhin im Leben der Kinder und Jugendlichen präsent. Zu dieser digitalen Grundbildung, die auch für den demokratischen Prozess innerhalb unserer Gesellschaft unabdingbar ist, gehören auch verbindliche Regeln für Schulgruppen, Klassenchats etc. auf WhatsApp oder anderen Diensten.

Best Practice

Im Gymnasium Franklinstraße im **21. Bezirk** wurde vor etwa einem Jahr ein striktes Handyverbot eingeführt. Die Handys werden in der Unterstufe vor Unterrichtsbeginn in Boxen gesperrt. Als Ergebnis kommunizieren Schüler*innen mehr miteinander und nutzen die Pausen aktiv.

157. Bekämpfung von Mobbing und Gewalt gegen Schüler*innen und Studierende

Wir möchten ein umfassendes Anti-Mobbing-Programm an Wiener Schulen einführen. Mobbing und Gewalt gegen Schüler*innen und Studierende müssen frühzeitig erkannt und konsequent unterbunden werden, da sie oft langfristige psychische Folgen haben. Häufig steckt dahinter ein „Bully“, der verbal oder körperlich angreift, während Mitläufer aus Angst vor Ausgrenzung schweigen oder mitmachen. Oftmals haben Mobber eigene Probleme, wie etwa frühere Erfahrungen mit häuslicher Gewalt, systemische Diskriminierung oder ein gewaltsames Umfeld. Für besonders vulnerable Gruppen wie trans* Jugendliche sind Anlaufstellen und Safe-Spaces besonders wichtig, denn Mobbing und Gewalt, sowie Bullying an den Schulen und Gewalt im öffentlichen Raum sind ein großes Problem für queere, insbesondere nicht gender- normativ agierende Jugendliche.

Um effektiv gegen Mobbing vorzugehen, fordern wir den Ausbau der verfügbaren psychologischen Sprechstunden mit Expert*innen vor Ort, Aufklärung über den Umgang mit digitalen Medien zur Prävention von Cybermobbing sowie gezielte Schulungen für Psycholog*innen und Professor*innen, um Konflikte frühzeitig zu erkennen und zu lösen.

Regelmäßige Schulungen für Lehrkräfte und Schulpersonal werden zur Früherkennung und Intervention bei Mobbing angeboten und Anti-Mobbing-Inhalten werden in den Lehrplan aller Schulstufen aufgenommen. Ein zugängliches und anonymes Meldesystem für Mobbing-Fälle (Whistle-Blower-System) wird etabliert. Eltern werden aktiv in Anti-Mobbing-Initiativen involviert und Workshops zum Thema angeboten.

Gewalt und Mobbing an Wiener Schulen ein generelles und zunehmendes Problem. Allerdings sind LGBTIQ-Jugendliche besonders häufig von Diskriminierung und Mobbing betroffen: ca. 50% der LGBTIQ-Jugendlichen im Alter von 15 bis 17 Jahren in Österreich haben Bullying in der Schule erlebt², und mehr als 20% verheimlichen ihre Identität in der Schule aus Angst vor Diskriminierung.

158. Inklusion von Kindern mit Behinderungen

Inklusion in Schulen ist ein zentraler Schritt, um Chancengleichheit zu schaffen und die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention zu erfüllen. Eine barrierefreie Schulumgebung und bedürfnisgerechte Angebote ermöglichen allen Kindern und Jugendlichen eine gleichberechtigte Teilnahme am Schulleben. Deshalb setzt sich Volt für diese Zukunft ein:

Barrierefreie Schulen: Bestehende Schulen werden so gestaltet, dass sie für alle Lernenden und Lehrenden zugänglich sind. Schulgebäude werden zukünftig kind- und jugendgerecht modernisiert und gebaut. Im Besonderen müssen sie an die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen und Neurodivergenzen angepasst sein.

Multiprofessionelle Teams für Inklusion: Teams mit Inklusionsfachkräften unterstützen Kinder und Jugendliche mit Behinderungen bedarfsgerecht. Die Betreuungsquote wird demnach angepasst.

Förderschulen als Übergangslösung: Förderschulen werden in enger Kooperation mit Regelschulen betrieben, bis das Ziel „Eine Schule für alle“ erreicht ist.

159. Bildung ein Leben lang

Maßgeschneiderte Weiterbildungen für Menschen mit Behinderungen werden durch individuelle Bildungsangebote und Lohnkostenzuschüsse unterstützt.

160. Einheitliche und durchgängige bauliche Barrierefreiheit

Alle öffentlichen und privaten Gebäude für Kund*innen (Bankfilialen, Apotheken, Postfilialen, Friseursalons usw.), Verkehrsmittel und Plätze in Wien müssen durchgehend barrierefrei gestaltet werden – ohne Ausnahme. Derzeit gibt es in Wien zwar gesetzliche Vorgaben zur Barrierefreiheit (z. B. § 115 der Wiener Bauordnung), jedoch werden diese nicht konsequent umgesetzt. Historische Gebäude, Kopfsteinpflaster in der Innenstadt und unzureichend abgesicherte Baustellen stellen weiterhin Hindernisse dar. Volt setzt sich daher für:

- Einheitliche Standards für alle Bauvorhaben einführen, einschließlich historischer Gebäude.
- Verpflichtende Nachrüstungen für bestehende öffentliche Gebäude und Plätze umsetzen.
- Eine zentrale Monitoring-Stelle einrichten, die die Einhaltung der Standards überwacht.

Best Practice

Luxemburg hat einheitliche Zugänglichkeitsstandards für Neubauten und Renovierungen existieren, die mit klaren Vorgaben und deren konsequenter Umsetzung wirksam sind.

TRAU DICH WIEN

Volt Österreich 2025